



Josef Schmid:

Kinderbetreuung flexibilisieren!

Beim ersten Münchner CSU-Familiengipfel kündigte der Fraktionsvorsitzende an, ein Beschleunigungsprogramm auf den Weg zu bringen. **Seite 15**



Theo Harnischmacher:

Innovatives Investment von Bank und Sparkasse

Laut stellv. BayernLB-Vorstandsvorsitzendem geht die Rolle der Kreditinstitute beim PPP über eine gewöhnliche Kreditbereitstellung hinaus. **Seite 3**



Leo Schrell:

Wertschätzung über Parteigrenzen hinweg

Gratulanten aus allen Bevölkerungskreisen feierten Dillingens Landrat an dessen 50. Geburtstag und zollten ihm hohe Anerkennung. **Seite 16**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 21. Juni 2007

58. Jahrgang / Nummer 12

Bayerischer Gemeindetag:

Wasserwirtschaft - quo vadis?

37. Seminar für Führungskräfte der Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft in Bad Wiessee

Die Zukunft der kommunalen Wasserwirtschaft war eines der Themen, mit dem sich das längst zur Tradition gewordene Seminar für Führungskräfte der Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft in Bad Wiessee beschäftigte.

Bei der vom Bayerischen Gemeindetag durchgeführten fünftägigen Veranstaltung (die Seminarleitung oblag einmal mehr Direktor Dr. Heinrich Wietha-Körprich) warteten Dr. Michaela Schmitz, Bereichsleiterin Wasserwirtschaft beim Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW) und Werner Knaus, stellvertretender Vorsit-

zender des Verbandes der Bayerischen Gas- und Wasserwirtschaft e.V. sowie Werkleiter bei der Bayerischen Rieswasserversorgung Nördlingen, mit aktuellen Informationen auf.

Stabile Ausgaben

Wie Michaela Schmitz eingangs erläuterte, sind die durch-

schnittlichen Ausgaben der Bürger für die Abwasserentsorgung seit Jahren stabil. Die Ausgabensteigerungsrate liegt im Durchschnitt unter der Inflationsrate. Die Kostenstruktur der Abwasserentsorgung hat sich nur wenig verändert; zu verzeichnen ist ein leichter Anstieg der Kosten für Abschreibungen. Vergleichsweise hoch sei der Anteil der verbrauchsunabhängigen Kosten in der Abwasserentsorgung.

Daseinsvorsorge

Die Abwasserentsorgung in Deutschland sei eine öffentliche Aufgabe der Daseinsvorsorge, die von den Städten und Gemeinden als kommunale Aufgabenträger wahrgenommen wird. Als Aufgabenträger dominierten öffentliche-rechtliche Unternehmen. Der kommunale Eigenbetrieb sei mit einem Anteil von 36 Prozent vertreten (bezogen auf die erfassten Einwohner), vor dem Zweckverband als Aufgabenträger mehrerer Kommunen mit 28 Prozent und der Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) mit 17 Prozent. Regiebetriebe, die vollständig in die Organisationsstruktur der Kommune integriert sind, machten nur noch 15 Prozent aus.

BGW-Argumente

BGW-Argumente gegen die Liberalisierung des Wassers sind laut Schmitz folgende Punkte: 1. Das Wasserhaushaltsgesetz schreibt eine ortsnah Wasserversorgung vor (Fortsetzung auf Seite 4)

Nähe zum Wirtschaftsraum Frankfurt viele Entwicklungschancen. Schon längst wird in vielen Bereichen - vom Tourismus bis zur Logistik - versucht, durch eine enge Vernetzung mit der hessischen Metropolregion (Fortsetzung auf Seite 4)



Das Kloster Seon bildet den stilvollen Rahmen für die diesjährige Versammlung des Verbands der Bayerischen Bezirke, zu der Präsident Manfred Hölzlein am 5./6. Juli mehrere hundert Gäste erwartet. Den Festvortrag zum Tagungsthema „Heimat Europa, Heimat Bezirk - Regionale Kulturarbeit in Bayern“ wird Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel halten. Bild: Vohler

„BezirkePositionen“:

Für neue Aufgaben gerüstet

Richard Bartsch, Bezirkstagspräsident von Mittelfranken, zeigte sich zuversichtlich: „Ich bin mir sicher, dass wir die Bündelung der ambulanten und stationären Eingliederungshilfe ebenso rasch wie effizient auf den Weg bringen werden. Alle, die bei den Bezirken damit zu tun haben, sind schon heute hoch motiviert und voller Tatendrang“, betonte Bartsch am Rande der jüngsten Hauptausschusssitzung des Verbandes in Ansbach.

Auch Verbandspräsident Manfred Hölzlein sieht dieser Herausforderung optimistisch entgegen: „Wir werden gute Lösungen finden, gerade auch deshalb, weil es uns primär um die uns anvertrauten Menschen geht, die dieser Hilfe weiterhin dringend bedürfen.“

Zeigen, was wir zu leisten vermögen

Fritz Körber, zweiter stellvertretender Verbandspräsident, unterstützte diese Position nachdrücklich: „Es gibt überhaupt

keinen Grund hier verhalten zu sein. Die Bezirke freuen sich darauf, die ambulante und stationäre Eingliederungshilfe ab dem 1. Januar 2008 übertragen zu bekommen. Wir werden zeigen, was wir hier zu leisten vermögen - mit der notwendigen Fachkompetenz und einer hervorragenden bayernweiten Logistik“, so der SPD-Politiker.

Kämpfen um stationäre und ambulante „Hilfe zur Pflege“

Vor diesem Hintergrund wollen die Bezirke auch weiterhin um die stationäre und ambulante „Hilfe zur Pflege“ kämpfen. „Wenn wir das bei der Eingliederungshilfe gut hin bekommen, wird das ein erstklassiges Argument sein, uns auch bei der „Hilfe zur Pflege“ beide Aufgaben zu geben“, machte in Ansbach Schwabens Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert klar. Deshalb müsse und werde den Bezirken alles daran liegen, das Projekt der „Eingliederungshil-

fe“ von Anfang an zu einem Erfolg zu machen.

In jedem Fall sind wir dafür gerüstet. Und das werden wir auch gegenüber der Staatsregierung und den anderen Spitzenverbänden deutlich machen“, gab sich Verbandschef Hölzlein kämpferisch. □



Machen wir uns keine Illusionen: Es geht nicht mehr um die Frage, ob man mehr Krippen einrichten muss. Der Zug ist abgefahren. Der öffentliche Druck ist überall zu groß, die Bevölkerung will diese Angebote. Die Frage ist nur noch, wie schnell und bis zu welchem Versorgungsgrad man im Ausbau geht. **Seite 15**

Regionalkonferenz der SPD-Landtagsfraktion:

„Mittendrin statt außen vor“

Bayerisch-Rhein-Main im Blickpunkt einer Tagung in Aschaffenburg

Auf 23 Regionalkonferenzen in ganz Bayern sucht die SPD-Landtagsfraktion nach den „besten Lösungen für das Land“. Die landesweite Konferenztour startete im März in der Region Würzburg/Kitzingen, bis zum Jahresende soll die Konferenzserie abgeschlossen sein. Anspruch der Sozialdemokraten ist es, für ein gerechtes und solidarisches Bayern zu sorgen, gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen zu schaffen und die Grundlagen für eine Gesellschaft zu legen, die sozial und räumlich zusammenhält.

Unter dem Motto „Bayerisch-Rhein-Main - Mittendrin statt außen vor: Tourismus, Technologie und Logistik als Entwicklungsmotoren“ diskutierten die bayerischen Sozialdemokraten vor kurzem in Aschaffenburg mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Infrastruktur die Herausforderungen und Chancen der Region. Das Gebiet Bayerisch-Rhein-Main liegt zwar am nordwestlichen Rand Bayerns, jedoch ergeben sich durch seine unmittelbare



Verabschiedung des langjährigen Geschäftsführenden Direktors des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands Wolfram Zwick. Unser Bild zeigt (v. l.): Verbandsvorsitzenden Landrat Dr. Xaver Bittl, Nachfolger Helmut Stanglmayr mit Gattin, Frau Zwick, Wolfram Zwick, Innenminister Dr. Günther Beckstein und den Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs, Dr. Heinz Fischer-Heidelberg (vgl. Bericht auf Seite 2). □

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Für ein Europa der Regionen und Kommunen	2
Mehr Wirtschaftlichkeit durch motivierte Mitarbeiter	2
GZ-Kolumne Hanns Dorfner: Ein Ministerium für den ländlichen Raum	3
Landräte beim Erfahrungsaustausch	4
GZ-Fachthemen: EDV · Technik für die Kommunalverwaltung	5 - 7
Kommunaler Bau	8/9
Wasser · Abwasser	10/11
Kommunalfahrzeuge · Kommunalgeräte	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Europaministerin Müller umreißt Bayerns Ziele im Zeichen der Globalisierung:

Für ein Europa der Regionen und Kommunen

Mit einer aktiv gestalteten Landespolitik will die bayerische Staatsregierung den Weg in die Globalisierung für das Land, seine Regionen und Kommunen gestalten. Dazu sollen die Fördermöglichkeiten der Europäischen Union (EU) weiter in dem Sinne ausgenutzt werden, wie sie im Programm „Regionale Wettbewerbsfähigkeit 2007 bis 2013“ bereits erfolgreich genutzt werden. In einer Regierungserklärung im Landtag hat Europaministerin Emilia Müller die Ziele zusammengefasst, die der am 9. Oktober vom Parlament zu wählende Nachfolger von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber - aller Voraussicht nach Innenminister Dr. Günther Beckstein - dann im Detail verfolgen soll.

Die Ministerin sprach mit Bezug auf das G8-Treffen von Heiligendamm Anfang Juni und mit Blick auf die letzte Regierungserklärung Stoibers vor seinem Rücktritt Ende September die für den 17. Juli anberaumt ist.

Klagerecht bei Verstößen gegen Subsidiaritätsprinzip

„Wir wollen, dass die aus Sicht der Regionen und Kommunen wesentlichen Fortschritte des (angestrebten) Europäischen Verfassungsvertrags erhalten und umgesetzt werden.“ Dazu gehöre die Stärkung der nationa-

len Parlamente und des Ausschusses der Regionen durch ein Klagerecht bei Verstößen gegen das Subsidiaritätsprinzip. Demokratie, Transparenz und Bürgernähe seien die Grundlagen. Bayerns Politik gelte sowohl der Stärkung der wirtschaftlich starken Regionen als auch der Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes. Für den Klimaschutz habe die Staatsregierung mit der Förderung regenerativer Energie konkrete Weichen gestellt.

Vieles könnten die EU-Mitgliedsstaaten besser und vor allem bürgernäher regeln. Nur

dort, wo gemeinsames Handeln einen echten Mehrwert verspreche, „brauchen wir auch mehr Europa“.

Die Sprecher der CSU, darunter Prof. Ursula Männle als stellvertretende Vorsitzende des Europa-Ausschusses, stellten sich voll hinter die Regierungserklärung. Sie komme zum genau richtigen Zeitpunkt nachdem Heiligendamm erneut das Europabewusstsein geweckt habe.

Daseinsvorsorge Aufgabe der Kommunen

Für die SPD versicherte deren europapolitischer Sprecher Dr. Linus Förster zu vielem der Regierungserklärung volle Zustimmung. Jedoch habe die Ministerin statt konkreter bayerischer Impulse eine Aneinanderreihung von Allgemeinplätzen dargeboten. Das Vertrauen der Bürger in ein soziales Europa sei nicht erhöht worden. Förster empfahl, die öffentliche Daseinsvorsorge

im Zeichen der Globalisierung da zu lassen, wo sie am besten aufgehoben sei, nämlich bei den Kommunen.

Für die Grünen äußerte Dr. Martin Runge, der Vorsitzende des Europaausschusses, gleichfalls starke Zweifel an der Wirksamkeit und Zielstrebigkeit der bayerischen Regierungspolitik. Er stellte dem CSU-Konzept die Initiativen seiner Fraktion und Partei entgegen.

Nach Heiligendamm könne man keinesfalls von einem Erfolg sprechen, weder der Bundeskanzlerin noch der Großen Koalition in Berlin und der Regierung Stoibers in München. rm



Ab in die Sonne!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter www.1a-preisvergleichreisen.de

Mehr Wirtschaftlichkeit durch motivierte Mitarbeiter

Neue Wege für das Personalwesen von Kommunen

Das Thema Doppik und die damit verbundene Diskussion um den Einsatz des kaufmännischen Rechnungswesens in Städten und Gemeinden haben den Weg dafür gebnet, die öffentliche Verwaltung aus unternehmerischem Blickwinkel zu betrachten. Während sich eine an wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichtete Sichtweise im Finanzbereich zunehmend durchsetzt, ist der Personalbereich hiervon häufig noch ausgeklammert.

Dabei sind das Engagement und die Produktivität der Mitarbeiter wichtige Faktoren für die Wirtschaftlichkeit der Kommune. Umfassende Beratungsleistungen für die nötige Umstrukturierung sowie die geeignete Software bekommen Kommu-

nen bei der Nürnberger DATEV eG.

Die Leistungsbereitschaft wie auch die konkrete Leistung der Mitarbeiter werden maßgeblich durch die Faktoren Qualifikation, Motivation und Führung beeinflusst. Der Bereich Qualifikation lässt sich dabei am einfachsten optimieren. Dazu werden im ersten Schritt Stellenprofile sowie Mitarbeiterprofile angelegt. Aus deren Abgleich ergibt sich, welche Qualifikationsmaßnahmen für den einzelnen Mitarbeiter sinnvoll sind. Diese können schließlich über interne oder externe Schulungsprogramme umgesetzt werden. Für die Bereiche Mitarbeitermotivation und Führungsqualität liegt der Schlüssel zur Verbesserung in einem partnerschaftlichen Miteinander.

Über Zielvereinbarungen zu mehr Effizienz

Um dahin zu gelangen, ist in vielen Kommunen ebenso wie in Unternehmen ein Umdenken nötig. Kernelement für ein gutes Betriebsklima ist ein regelmäßiger Dialog zwischen Führung und Belegschaft. Am besten gelingt dieser über Zielsetzungen und -vereinbarungen. Dafür muss zunächst eine Strategie für die Kommune als Ganzes ausgearbeitet werden, aus der Ziele für das kommende Jahr abgeleitet werden. Im nächsten Schritt muss geprüft werden, welchen Beitrag die einzelnen Einheiten/Abteilungen dazu leisten können. Innerhalb dieser Zielsetzung werden die persönlichen Ziele für den einzelnen Mitarbeiter definiert, der so den übergeordneten Wert seines Tuns erkennen kann.

Ein solches Zielvereinbarungssystem überträgt dem Mitarbeiter Verantwortung, was ihn wiederum motiviert. Dieser Mentalitätswandel zum verantwortungsvollen Mitarbeiter lässt sich über ein strategisches Personalmanagement bewerkstelligen. Instrumente, mit denen sich die gewünschten Effekte erreichen lassen, sind zum Beispiel eine jährliche Beurteilung aller Mitarbeiter wie auch ein jährliches Führungskräftefeedback, regelmäßige Personalentwicklungsgespräche oder auch Potenzialanalysen.

Software unterstützt Personalprozesse

Bei der Ausgestaltung des Personalmanagements leistet Software gute Dienste - insbesondere, wenn sie wie bei DATEV mit den Programmen für die Lohn- und Gehaltsabrechnung ver-

knüpft werden kann. Im Personal-Managementsystem informieren elektronische Personakonten den Personalverantwortlichen zu jeder Zeit über seine Mitarbeiter. So gibt die Software auch darüber Auskunft, welche Qualifikationen in welchen Bereichen der Kommune vorhanden sind und kann gezielt zur Personalförderung eingesetzt werden.

Zentrale Datenhaltung

Auf Basis dieser Daten lässt sich auch die Personalentwicklung organisieren, indem konkrete Entwicklungsmaßnahmen für einzelne Mitarbeiter im System konzipiert und die Umsetzung administriert werden. Zur Unterstützung der Qualitätssicherung werden die Mitarbeitergespräche, Zielvereinbarungen, Personalentwicklungsgespräche und Potenzialanalysen dokumentiert und die entsprechenden Dokumente im System sicher archiviert. Durch die zentrale Datenhaltung lassen sich die Resultate übergreifend auswerten. Ist an die Zielerreichung auch ein Bonussystem gekoppelt, lässt sich aus den Daten die Berechnungsgrundlage für leistungsbezogene Entgeltanteile einfach ableiten.

Lohnprogramm

Die Werte können direkt an das Lohnprogramm übergeben werden. Sie fließen automatisch in die Personalabrechnung ein, da sich zwischen dem Personal-Managementsystem und den DATEV-Programmen zur Lohn- und Gehaltsabrechnung die Daten problemlos austauschen lassen. Mit der Lohnsoftware können nahezu alle Vergütungsarten abgerechnet werden - inklusive der Beamtensoldung mit ihren speziellen Regelungen. □

Mehr Gehalt für Bayerns Beamte

Die Beamten des Freistaats Bayern bekommen ab 1. 10. 2007 drei Prozent mehr Gehalt. Beamtenfamilien erhalten zusätzlich eine Erhöhung des Familienzuschlags um jeweils 50 Euro für das dritte und jedes weitere Kind.

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber dazu: „Die Beamten haben erhebliche Beiträge geleistet, zum Beispiel mit der 42-Stunden-Woche und dem Verzicht auf Besoldungserhöhungen seit über drei Jahren. Es ist mir ein persönliches Anliegen, dass die Normalisierung der Steuereinnahmen auch bei den Beamten ankommt und der Freistaat Bayern ihre Leistungen anerkennt. Das haben unsere Beamten für ihre gute Arbeit verdient.“ □

Wechsel an der Spitze des BKPV:

Auf Zwick folgt Stanglmayr

Unermüdetes Engagement des Geschäftsführenden Direktors für eine leistungsstarke Kommunalverwaltung - Auszeichnung mit kommunaler Verdienstmedaille in Silber

Mit Ablauf des Monats April schied der langjährige Geschäftsführende Direktor des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes, Wolfram Zwick, aus seinem Amt aus. Wie der Verbandsvorsitzende Landrat Dr. Xaver Bittl bei der offiziellen Verabschiedung in München betonte, verliere der BKPV und mit ihm die ganze Kommunale Familie damit „eine herausragende Persönlichkeit, die sich in überaus hohem Maße Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung erworben hat“.

Wolfram Zwick ist in Regensburg geboren. Das Studium der Rechtswissenschaften schloss er als Zweitbesten seines Examensjahrgangs ab. 379 Mitbewerber ließ er hinter sich. Beruflich war er zunächst im damaligen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, danach beim Landratsamt Ebersberg, bei der Regierung von Oberbayern und im Innenministerium tätig. Zwick trat zu Beginn des Jahres 1984 in den Kommunalen Prüfungsverband ein und übernahm sieben Jahre später die Leitung des BKPV.

Als Zwicks Nachfolger an der Verbandsspitze wurde Helmut Stanglmayr bestellt. Stanglmayr ist seit Anfang 1996 für den Kommunalen Prüfungsverband tätig. Zuletzt leitete er die allgemeine Prüfungs- und Organisati-

onsabteilung und war außerdem Vertreter des Geschäftsführenden Direktors. Weitere Karrierestationen Stanglmayrs waren das Bayerische Innenministerium, die Landratsämter Pfaffenhofen und Dachau, der Verband der Bayerischen Bezirke und die Landesadvokatur Bayern.

Höchste Sachkompetenz

Verbandsvorsitzender Bittl hob hervor, dass Zwicks Richtschnur stets „die von höchster Sachkompetenz getragene, streng unabhängige Prüfung und Beratung der Mitgliedskommunen im Sinn einer wirkungsvollen, öffentlichen Finanzkontrolle“ gewesen sei. Grundsätzliche Veränderungen bzw. notwendige Neuerungen bei den Organisationen und beim Inhalt der Bera-

tung und der Abwicklung seien vollzogen worden. So habe man bereits in den neunziger Jahren erfolgreich die Einführung des doppelten Rechnungswesens, zunächst im kommunalen Krankenhausbereich, begleitet und die Besonderheiten auch der überörtlichen Prüfungsnotwendigkeit berücksichtigt. Zwick sei es auch immer wichtig gewesen, die in der Prüfungs- und Beratungspraxis gewonnenen Erfahrungen für die Kommunen nutzbar zu machen. Eine Vielzahl von Veröffentlichungen sei hierfür der Beweis.

Kommunale Verdienstmedaille

Für „seinen unerermüdeten und erfolgreichen Einsatz für eine leistungsstarke Kommunalverwaltung“ und 16 Jahre erfolgreiche Arbeit als Geschäftsführender Direktor dankte Innenminister Dr. Günther Beckstein dem aus dem Amt Scheidenden. „Mit Ihnen an der Spitze hat der Bayerische Kommunale Prüfungsverband die bayerische Kommunalverwaltung aktiv und erfolgreich mitgestaltet. Unter Ihrer Führung hat sich der Prüfungsverband den Ruf als kompetenter, umfassend ansprechbarer Begleiter, Berater und Kontrolleur der Kommunen im Freistaat erworben“, unterstrich Beckstein. Der Minister händigte Zwick die Kommunale Verdienstmedaille in Silber als Geste des Dankes und der Anerkennung für sein erfolgreiches berufliches Wirken und als Ausdruck der Wertschätzung des Freistaats Bayern aus.

Glaubwürdigkeit in der Kommunalpolitik

In seiner Dankesrede wies Wolfram Zwick darauf hin, „dass gerade ein unabhängiger und kritischer - und manchmal auch unbequemer - Prüfungsverband für die Spitzenverbände, für die Kommunen und vor allem für die Glaubwürdigkeit der Kommunalpolitik insgesamt sehr wichtig ist“. Es sei gut gelungen, auf dieser Grundlage auch gelegentlich unterschiedli-

Wir gratulieren

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ewald Schmid
86513 Ursberg
am 1.7.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heinrich Boßle
92366 Hohenfels
am 27.6.

Landrat Hanns Dorfner
94032 Passau
am 28. 6.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernd Moser
97318 Kitzingen
am 4.7.

Bürgermeisterin Hannelore Betz
91796 Eittenstatt
am 27.6.

Bürgermeister Roland Bürzle
89287 Bellenberg
am 30.6.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Klaus Grünzner
95183 Töpen
am 6.7.

Bürgermeister
Winfried Prinz
87758 Kronburg
am 25.6.

Bürgermeisterin
Brigitte Niedermeier
85395 Attenkirchen
am 25.6.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Landrätin
Dr. Gabriele Pauli
90763 Fürth
am 26.6.

Bürgermeister
Wolfgang Grob
86637 Zusamaltheim
am 28.6.

Oberbürgermeister
Karl Heinz Laudenbach
97688 Bad Kissingen
am 3.7.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Josef Bierschneider
83708 Kreuth
am 27.6.

Innovatives Investment von Banken und Sparkassen:

PPP hat Zukunft!

Anmerkungen von Theo Harnischmacher,
stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Landesbank

„Die Voraussetzungen für die Realisierung von PPP in Deutschland sind derzeit günstig. Auch wird die Realisierung eines Projekts mit zunehmender Praxis noch einfacher werden“, ist Theo Harnischmacher, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Landesbank überzeugt. Wie er im Gespräch mit der GZ betonte, leisteten nicht zuletzt Banken und Sparkassen ihre innovativen Beiträge zur Vereinfachung und Standardisierung von PPP-Transaktionen, die für eine stärkere Durchsetzung von PPP im Markt entscheidend sind.

Tatsache sei, so Harnischmacher, dass die Rolle der Banken und Sparkassen im Rahmen einer PPP über eine gewöhnliche Kreditbereitstellung weit hinausgehe. Die Komplexität der Kreditbeurteilung und individuellen Gestaltungsmöglichkeiten reichen in mancher Hinsicht an die Komplexität einer Investitionsentscheidung heran, weshalb man mit einigem Recht auch von einem „innovativen Investment“ der Banken und Sparkassen sprechen könne. PPP sei weit mehr als ein Finanzierungsmodell; es verändere den gesamten Vorgang der Beschaffung öffentlicher Leistungen.

Forfaitierungsmodell

Mit Blick auf die deutschen Märkte ist Harnischmacher zufolge zunächst eine Unterscheidung zu treffen. Im Bereich von PPP-Projekten der Länder und der Kommunen - das ist der weit überwiegende Marktanteil - komme derzeit überwiegend ein Finanzierungsmodell zum Einsatz, das die finanzierende Bank (nicht dagegen den Baupartner, Facilitymanager oder Betreiber)



Theo Harnischmacher. □

jektfinanzierung definitiv beim privaten Partner. Diese gründen für die Projektdurchführung eine Betreibergesellschaft als Ein-zweckgesellschaft, für deren Verbindlichkeiten sie nicht haften. Die Betreiberrisiken schlagen so-

mit voll auf die finanzierenden Banken durch, die dieser Betreibergesellschaft Finanzierungsmittel zur Verfügung stellen.

Engpass bei kleineren Vorhaben

Am Bankenangebot für PPP-Finanzierungen herrscht kein Mangel, egal welches Finanzierungsmodell im Einzelfall realisiert werden soll, konstatierte der Banker. Gleichwohl „mag ein gewisser Engpass bestehen bei Bankfinanzierungen für kleinere Vorhaben“. Grund sei zum einen, dass PPP-Angebote von der Bau- wie von der Finanzierungsseite her im Augenblick hauptsächlich von größeren Unternehmen und Banken angeboten werden, für die größere Vorhaben im Allgemeinen attraktiver sind. Kleinere Bauunternehmen sind mit dem PPP-Markt noch nicht ausreichend vertraut, ähnlich ist die Situation im Filialgeschäft der Banken.

Individuelle Konzeption

Der zweite Grund für die Schwierigkeit mit kleineren Projekten sei, dass PPP-Angebote naturgemäß sehr individuell - in gewissem Umfang auch auf Seite der Finanzierungen - konzipiert werden. Harnischmacher geht davon aus, „dass die Herausbildung von Marktansätzen und Standards hier eine Verbesserung bringen wird“.

Eigene Zwischenfinanzierung

Fakt sei, dass viele Bauunternehmen Forfaitierungsmodelle präferieren. Dabei müsse in der Regel die Bauphase vom Baupartner selbst zwischenfinanziert werden, bis bei Fertigstellung des Projekts der Forderungsankauf greift, machte der Vorstand deutlich. Die Bauzwischenfinanzierung baue sich sukzessive bis zur Höhe des Gesamtinvestitionsvolumens auf, liege also um

den Faktor 10 höher als ein alternativer Eigenkapitalbeitrag.

Gleichwohl wiege die Zwischenfinanzierungslast meist geringer als das Eigenkapitalerfordernis. Nach einer Bauphase von zwei oder drei Jahren sei das Unternehmen davon wieder befreit.

Als Lösung für den Kapitalengpass kämen grundsätzlich Finanzinvestoren in Betracht, beispielsweise Kapitalanlagefonds,

GZ
Kolumne
Hanns Dorfner



Liebe Lesern

Dass der ländliche Raum in der landespolitischen Diskussion ein stets präsent, ja nahezu unerschöpfliches Thema ist, zeigt sich dieser Tage einmal mehr. So steht ganz oben auf der politischen Agenda der CSU-Landtagsfraktion im Arbeitspapier „Bayern 2020“ der ländliche Raum als Heimat mit Zukunft. Zudem sieht sich die Staatsregierung seit geraumer Zeit mit der Forderung von Landkreistagspräsident Theo Zellner konfrontiert, der mit Nachdruck ein eigenes Ministerium für den ländlichen Raum in Bayern einfordert.

Ein Ministerium für den ländlichen Raum

Hat die Mehrheitsfraktion im Bayerischen Landtag den hohen Stellenwert dieses Themas mit dem genannten Arbeitspapier erfreulicherweise nicht nur thematisiert, sondern mit deutlichen Zielvorstellungen und Handlungsansätzen Wege für eine Umsetzung aufgezeigt, so kann man folglich der Zellnerschen Forderung nach einem Ressort für den ländlichen Raum durchaus etwas Positives abgewinnen. Ich denke, dass zumindest die Bereiche Landwirtschaft und Umwelt in einem Ministerium für den ländlichen Raum zusammengefasst werden könnten und sollten. Dass dies durchaus möglich ist, belegt neben dem Beispiel Baden-Württembergs einmal mehr unser Nachbarland Österreich, denn dort haben sich unter dem Dach eines sog. „Lebensministeriums“ Landwirtschaft und Umwelt erfolgreich zusammengeschlossen. Gerade die engen Verflechtungen der Bereiche Lebensmittelproduktion einerseits und Schutz der Umwelt andererseits verdeutlichen die Wichtigkeit dieser Belange für uns Menschen. Überdies kann damit das Verständnis für beide Seiten wesent-

lich verbessert werden, denn ohne Landwirtschaft kann es keine intakte Umwelt geben und umgekehrt ist es genauso zu sehen. Dieses Miteinander statt eines Gegeneinanders wäre zweifelsohne als großer Gewinn zu sehen.

Die Vorstellung muss also in der Bündelung aller den ländlichen Raum tangierenden Aktionsfelder in einem Ministerium liegen, um daraus als Gesamtstrategisches Ziel tragfähige Zukunftsperspektiven für den ländlichen Raum abzuleiten. Als gewichtiges Argument hierfür mag bereits das neu in das Landesentwicklungsprogramm eingeführte Vorrangprinzip gelten, mit dem die enorme Bedeutung des ländlichen Raums als prägender Teil des gesamten bayerischen Landes unterstrichen wird.

Gerade weil das LEP, wie wir es bisher kennen, in der Vergangenheit eher dazu beigetragen hat, Entwicklungen im ländlichen Raum zu stören oder da und dort sogar zu verhindern, sollte der jetzige Dialog um das neue LEP in der Zusammenführung der landesentwicklungspolitischen Belange in ein gemeinsames Fachressort münden. Die künftige Verhinderung von Reibungsverlusten einerseits sowie die Nutzung von Synergien andererseits könnten insbesondere zu einer Beschleunigung und Entbürokratisierung der Förderverfahren und insoweit auch zu einem Mehr an Transparenz führen. Schwerfällige Abstimmungsprozesse zwischen Fachressorts würden einer besseren Koordination weichen und davon hätten alle Beteiligten etwas, insbesondere aber würde es die Weiterentwicklung des ländlichen Raums optimieren. Und darunter verstehe ich eine moderne Landesentwicklung.

Hanns Dorfner

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

von allen betrieblichen Risiken freistellt. Dieses sog. Forfaitierungsmodell basiere auf dem Ankauf von laufenden Forderungen des privaten Partners gegenüber dem öffentlichen Partner auf Zahlung von Teilen der Vergütung, die für die Nutzung der Schule, des Institutsgebäudes, des Reha-Zentrums oder auch der Umgehungsstrasse zu entrichten ist.

Günstiger Zinssatz

Die Bank oder Sparkasse kauft also diese Forderungen an, der öffentliche Partner verzichtet ihr gegenüber auf jegliche Einwendungen, die dem öffentlichen Partner z. B. wegen unzureichender Leistung zustehen mögen. „Damit wird ein sehr günstiger Finanzierungszinssatz möglich, der dem im Rahmen einer direkten Kreditaufnahme durch die Kommune oder das Land etwa gleichkommt“, erklärte der BayernLb-Vorstand. Ein weiterer Vorteil dieses Modells bestehe darin, dass das gesamte Investitionsvolumen zu 100 Prozent über Kredite finanziert werden kann. Schließlich entstünden hier geringere Transaktionskosten. Als Beispiel für eine PPP auf Basis eines Forfaitierungsmodells nannte Harnischmacher die Ortsumfahrung Miltenberg, für die 2005 das Vergabeverfahren abgeschlossen wurde.

Alternativ zum Forfaitierungsmodell werden auch in Deutschland zunehmend Projektfinan-

FW-Bürgermeistertreffen in Bad Gögging:

Dezentralisierung Gebot der Stunde

„Die Zentralisierungspolitik der CSU in den vergangenen Jahren ist nach Auffassung der Freien Wähler Bayern die Hauptursache für die heutigen Probleme des ländlichen Raums. Zu diesem Ergebnis kamen über 70 Kommunalpolitiker beim niederbayerischen FW-Bürgermeistertreffen in Bad Gögging, Landkreis Kelheim.“

Durch die Zentralisierung von Schulstandorten sei in vielen Kommunen häufig keine wohnortnahe Beschulung mehr gewährleistet, was gerade dem Land Sorgen bereite, so FW-Landesvorsitzender Hubert Aiwanger. Die einseitige Metropolitik der Staatsregierung halte noch heute den Transrapid in München für wichtiger als den Zustand der Staatsstraßen in Ostbayern oder anderen ländlichen Regionen. Die Kürzung der Pendlerpauschale treffe vor allem die Leute auf dem Land. Die Besteuerung der Biokraftstoffe mit Zustimmung der CSU sei ein Schlag gegen die gesamte Branche, was nicht nötig gewesen wäre. Die Landwirtschaft brauche insgesamt mehr Planungssicherheit.

Umsteuern in der Gesundheitspolitik

Dringend umgesteuert werden müsse auch in der Gesundheitspolitik, sonst gebe es in zehn Jahren auf dem Land keine Hausärzte mehr und kaum noch Kreiskrankenhäuser, sondern nur noch

einige zentrale Privatkliniken, erläuterte Aiwanger. Eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung sei dann nicht mehr gewährleistet. Dezentralisierung statt Zentralisierung sei für die bayerische Politik in vielen Bereichen in den nächsten Jahren das Gebot der Stunde, um weitere Fehlentwicklungen zu verhindern.

Zeitnahe Ausbezahlung von Staatszuschüssen

Der Kelheimer FW-Landrat Dr. Hubert Faltermeier forderte die zeitnahe Ausbezahlung von Staatszuschüssen an die Kommunen, um den gegenwärtigen Förder- und Investitionsstau in Bayern aufzulösen. Ein spezielles Seniorenprogramm müsse die wohnortnahe Betreuung älterer Mitbürger sicherstellen. Bürokratieabbau sei dringend nötig. Die Schulzentralisierung führe auch dazu, dass junge Leute ihren Wunschberuf nicht erlernen würden, weil sie unzumutbar weite Wege in die wenigen übrig gebliebenen Ausbildungseinrichtungen zurücklegen müssten. Elektriker aus der Kelhei-

mer Gegend etwa müssten bis nach Dingolfing fahren.

Beim Thema Ausbildung knüpfte auch Hans Kaltenhauser, Sprecher des FW-Wirtschaftsarbeitskreises, an. Die Ausbildungsreife vieler Schulabgänger müsse verbessert werden, die Lehrpläne benötigten mehr Praxisbezug. In seinem Unternehmen habe er pro Mitarbeiter und Monat 45 Minuten Bürokratie zu erledigen, was ein Vielfaches der Belastung europäischer Mitbewerber ausmache. Auch die hohen Energiepreise - mit verursacht durch den Rückzug des Staates aus der Energiewirtschaft - belasteten die heimische Wirtschaft. Ziel der bayerischen Politik müsse es sein, Handwerk und Unternehmer auch in der Fläche zu halten, um Kaufkraft und wohnortnahe Arbeitsplätze zu sichern. Einseitige Metropolförderung sei hier schädlich.

„Die Zukunft des ländlichen Raumes ist zu wichtig, als nur Wahlkampfthema für diejenigen zu sein, die die beklagten Fehlentwicklungen politisch zu verantworten haben und nach der Wahl wieder alles in der Schublade verschwinden lassen“, so Vorsitzender Aiwanger in seinem Schlusswort. „Wir Freie Wähler müssen das Thema auf der Tagesordnung halten, sonst passiert nichts!“ DK

Immobilienfonds oder Private Equity Fonds. Im Ausland haben sich einige Infrastrukturfonds zum Beispiel auf Autobahnfinanzierungen spezialisiert. In Deutschland bestehen Harnischmacher zufolge „noch gewisse Restriktionen für Kapitalanlagegesellschaften, z. B. in Straßenausbauvorhaben oder Abwasseranlagen zu investieren“. Abgesehen davon sei die Branche durchaus interessiert, vor allem an kommunalen Hochbauprojekten. Sie wiesen einen relativ stabilen Cashflow über sehr lange Laufzeiten mit einem kommunalen Partner auf und stellten somit attraktive Risiken für langfristige, eher sicherheitsorientierte Anlageinteressen dar.

Keine handelbaren Anteile

Eine der bestehenden Schwierigkeiten in diesem Zusammenhang sei, dass es in Deutschland noch keine handelbaren Anteile an PPP-Investments gibt. Die Initiative Finanzstandort Deutschland, die von Banken und Sparkassen ins Leben gerufen wurde, habe sich dieses Problems angenommen. Harnischmacher zeigte sich zuversichtlich, „dass diese Kapitalquelle künftig bedeutender wird“.

„Banken und Sparkassen betätigen sich in eher geringem Umfang als Eigenkapitalinvestoren für PPP-Projekte“, fuhr der Vorstand fort. Gerade in Deutschland sei dies für Banken schwierig, weil es Rahmenbedingungen gebe, „die eine Entscheidung für die Fremdkapital- oder Eigenkapitalbereitstellung verlangen und die Übernahme beider Rollen beim gleichen Projekt zu einem erhöhten Risiko werden lassen“. Hier müsse der Gesetzgeber handeln.

Fazit: „Die Finanzmärkte stellen Finanzierungslösungen zu attraktiven Konditionen bereit, sowohl im Hinblick auf Laufzeiten von 20 Jahren und darüber hin-

aus, als auch im Hinblick auf Zinskonditionen auf einem gegenwärtig generell niedrigen Niveau“, stellte Harnischmacher fest. Die richtige Lösung für jedes Projekt zu finden, erfordere auch von Banken bzw. Sparkassen und ihrer Beratung ein hohes Maß an Kreativität, Flexibilität, Engagement und Innovation. Der BayernLb-Vorstand ist sich sicher, „dass PPP auch in Deutschland Zukunft hat“. Den Banken komme hier eine tragende Rolle zu. DK

Starke Nachfrage nach staatlicher Wohnraumförderung

Als „beispiellos niedrig“ bezeichnete Innenminister Dr. Günther Beckstein die Zahl der 11.900 Baugenehmigungen in den ersten vier Monaten dieses Jahres. Ursache hierfür sei die Abschaffung der Eigenheimzulage.

Um so mehr wachse die Bedeutung des Bayerischen Wohnungsbauprogramms. Denn immer mehr Bürgerinnen und Bürger seien für den Erwerb eines eigenen Hauses auf diese staatliche Unterstützung angewiesen. So förderte der Freistaat im dritten Jahr in Folge in den ersten fünf Monaten mehr Wohnungen als im jeweiligen Vorjahr. 980 Wohnungen waren es von Januar bis Mai - trotz knapper staatlicher Finanzmittel. Damit habe man nahezu ein Prozent mehr Haushalte bei der Wohneigentumsbildung unterstützt als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Insgesamt förderte der Freistaat in diesem Zeitraum 1.300 Miet- oder selbstgenutzte Wohnungen im Bayerischen Wohnungsbauprogramm.

Infos im Internet: <http://www.wohnen.bayern.de>. □

Nicht jeder muss das Rad neu erfinden...

Neun ehemalige Landtagsabgeordnete trafen sich als Landräte zum Erfahrungsaustausch

„Nicht jeder muss das Rad neu erfinden!“ Auf diese Formel lässt sich die Begründung für eine lockere Arbeitsgemeinschaft bringen, die seit einigen Jahren neun Landräte aus Altbayern und Schwaben von Zeit zu Zeit zusammenführt. Als Landtagsabgeordnete lernten sie sich einst kennen, als Landräte tauschen sie nun gelegentlich ihre Erfahrungen aus. So kürzlich im Berchtesgadener Land, wohin dieses Mal Landrat Georg Grabner seine acht Kollegen eingeladen hatte.

Der Regensburger Landrat Herbert Mirbeth, Initiator und Organisator der „Ehemaligen“, konnte dazu im Rathaus von Schönau am Königssee auch die Landräte Dr. Xaver Bittl (Eichstätt), Hermann Steinmaßl (Traunstein), Martin Bayersdorfer (Erding), Erwin Schneider (Altötting), Gebhard Kaiser (Oberallgäu), Josef Eppeneder (Landschüt), Alfred Reisinger (Straubing-Bogen) mit jeweils einer Reihe von Referenten aus den einzelnen Landratsämtern begrüßen. Es ging um Fragen der Wirtschaftsförderung, der Kindertagespflege, der Kooperation von Zulassungsstellen oder der Zusammenarbeit von Kreisbauhöfen mit den Bauhöfen des Staates.

Besonders eingehend disku-

tierten die Landräte die Umsetzung der Ministerratsbeschlüsse zur Optimierung der Lebensmittelsicherheit.

Gegen zweite Vollzugsschiene bei Lebensmittelkontrolle

„Mit größter Sorge“, so der Eichstätter Landrat Bittl, verfolgen die Landräte Bestrebungen der Staatsregierung, eine Optimierung der Lebensmittelsicherheit durch Maßnahmen erreichen zu wollen, die möglicherweise kontraproduktiv sind und Reibungsverluste befürchten lassen. Im einzelnen geht es darum, so wurde in der angeregten Aussprache am Königssee deutlich, dass der Staat zusätzliches Personal, so z.B. Amtstierärzte und Lebensmittelüberwachungsbe-

amte, den Regierungen für temporär übertragene Aufgaben zuweisen will. Nicht der Aufbau von zusätzlichem Personal ist nach Meinung der Landräte Gegenstand der Kritik, sondern die Absicht, in einer temporären zweiten Vollzugsschiene die Durchgängigkeit des Kontrollsystems aufzubrechen und dadurch erhebliche Probleme in der Zusammenarbeit bei der Rückübertragung auszulösen. Vielmehr sollte das an den Regierungen vorgehaltene zusätzliche Fachpersonal den Behörden vor Ort unterstützend und konsiliarisch zur Verfügung stehen.

Hygienestandard

Dadurch könnte, so Bittl, ein einheitlicher Hygienestandard auf hohem Niveau garantiert werden. Darüber hinaus wandten sich die ehemaligen Abgeordneten gegen die verpflichtende Rotation des Kontrollpersonals. Weder bei den Amtstierärzten noch bei den amtlichen Tierärzten können durch eine solche er-

zwungene Maßnahme positive, den Verbraucherschutz fördernde Effekte erkannt werden. Fakt ist vielmehr, so die Kritik im Schönaauer Rathaus, dass die Nachteile, wie Verlust von Spezialwissen, Kostensteigerungen durch längere Wegstrecken der amtlichen Tierärzte und hieraus resultierende Negativauswirkungen auf mittelständische Handwerksbetriebe letztlich eine flächendeckende Sicherstellung der amtlichen Schlachtier- und Fleischuntersuchung gefährden könnte.

Ambulante und stationäre Pflege ...

Breiten Raum nahm auch die

Zusammenlegung der Aufgabe im ambulanten und stationären Pflegebereich ein. Außer Zweifel stehe nach Meinung der Landräte die Dringlichkeit der Zusammenführung von ambulanten und stationärer Hilfe zur Pflege, wie dies auch bei der Eingliederungshilfe erfolgen soll.

... in eine Hand bei Landkreisen und Städten

Es muss jedoch im Unterschied dazu Aufgabe der Landkreise bzw. kreisfreien Städte werden, dieses in vollständiger Form auszuführen. Die Senioren und Pflegefallzahlen werden erheblich zunehmen und erfordern

nach Meinung der Landkreischefs in Folge dessen für die Zukunft flexible und anpassungsfähige Pflegeformen. Grundsatz müsse sein, dass alte Menschen möglichst in der gewohnten Umgebung bleiben können, denn dort fühlten sie sich auch besonders wohl. Durch eine ortsnahe Pflegeplatzabdeckung, die derzeit ja bereits gegeben ist, sind Landkreise und kreisfreie Städte die „geborenen Dienstleister“ hierfür. Diese Aufgabe ist, so die Landräte, den Verwaltungen der Landratsämter nicht fremd, da bereits für Heimbewohner ohne Pflegebedarf die Abwicklung vom Bezirk auf die Landkreise delegiert ist, also bereits voll bearbeitet werde. **Markus Bauer**

Mittendrin statt außen ...

(Fortsetzung von Seite 1) die Region Bayerisch-Rhein-Main für die Zukunft fit zu machen, wie SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget hervorhob. „Deshalb wollen wir diese Impulse verstärken und weitere Anknüpfungspunkte und Chancen erschließen, um zu Gunsten der Region zielgerichtete Initiativen vor Ort und im Bayerischen Landtag zu entwickeln.“

Cornelius Obier, Geschäftsführer Project M GmbH, Lüneburg, gab einen Überblick über die „touristische Entwicklung des Landkreises Miltenberg an der Schnittstelle der Destinationen Odenwald, Spessart und Franken“. Er konstatierte eine deutliche Abnahme des Übernachtungstourismus im Landkreis Miltenberg. Rückgänge seien vor allem in den Randgebieten des Landkreises zu verzeichnen, während das Maintal mit touristischen Zuwächsen aufwarten könne. Fakt sei, dass ein gemeinsames, tragfähiges, für Kunden schlüssiges „Dach“-Konzept fehle. Eine Vernetzung sei zwar vorhanden (Regionalmarketingverein Mainland-Miltenberg e.V., Gebietsausschuss Spessart-Main-Odenwald), aber keine kundenorientierte Ansprache, stellte Obier fest.

ohne staatliche Zuwendungen) zu sichern.

Voraussetzungen für das Fachpersonal

Was schließlich die soziale Aufgabenerfüllung betrifft, so ist die technische Führungskraft im Rahmen der ihr übertragenen Aufgaben verantwortlich. Sie muss über die erforderlichen Befugnisse verfügen, um eigenverantwortlich handeln zu können. Technisches Fachpersonal sind z. B. geprüfte Netzmeister/Wassermeister und Fachkräfte für Wasserversorgungstechnik (früher Ver- und Entsorger). Aufgaben sollten nur solchen Mitarbeitern übertragen werden, die für die jeweilige Tätigkeit ausreichend qualifiziert sind. Durch berufliche Weiterbildung müsse die Qualifikation der Mitarbeiter auf dem aktuellen Stand gehalten werden; ein zu hoher Outsourcinggrad bedeute in der Regel den Verlust wertvoller Wissensressourcen.

Veränderungsbereitschaft

Knaus abschließend: „Viele verlangen, dass sich Staat und Kommunen aus den Bereichen zurückziehen sollen, wo staatliche Regeln nicht mehr unbedingt nötig sind. Deshalb muss auch die kommunale Wasserwirtschaft sich den neuen Herausforderungen mit Veränderungsbereitschaft und hoher Zuverlässigkeit stellen.“ Die Maxime laute, Effektivität, Fachkunde und Kundenservice zu steigern ohne Abstriche bei Qualität, Umweltschutz und der Gemeinwohlorientierung zu machen. **DK**

Zwar gebe es Investitionen (Geld / Personal), und viele Splitterorganisationen, um den Tourismus voranzubringen, jedoch sei diese Struktur nicht für ein ganzheitliches, gemeinsames Tourismusmarketing und Kundenansprache geeignet, weshalb es notwendig sei, dieses Gefüge zu bereinigen.

Wettbewerbsdruck

Vor dem Hintergrund eines bundesweit starken Wettbewerbsdrucks plädierte Obier für leistungsfähige, gebündelte und kundenorientierte Strukturen sowie eine flächendeckende, regionale Zusammenarbeit. Das „Kirchturmdenken“ müsse aufgebrochen werden, verfügbare Mittel seien zu bündeln und auf gemeinsame Ziele anzuwenden. Die Wahrnehmbarkeit für den Gast müsse gesteigert werden, auch sei die Infrastruktur zu vernetzen (Wanderwege), zudem müsse sich das Marketing auf Destinationsorganisationen bzw. die gesamte Region beziehen.

Wolfgang Filippi, Hafendirektor am Bayernhafen Aschaffenburg, der sich mit Bayerisch Rhein-Main als Logistik- und Produktionsstandort“ befasste, verwies seinerseits darauf, dass sich am Bayerischen Untermain in Folge der industriellen Dichte eine differenzierte Logistikunternehmenslandschaft sowie eine besondere Qualifikationsstruktur bei Beschäftigten herausgebildet hätten. Die Logistikbranche habe sich vom reinen Dienstleister zum positiven Standortfaktor mit überproportional steigendem Wertschöpfungsanteil entwickelt.

Wirtschaftsnahe Verkehrsinfrastruktur

Investitionen in eine wirtschaftsnahe Verkehrsinfrastruktur seien absolut notwendig, fuhr Filippi fort. Diese erhielten bzw. schafften Arbeitsplätze, was wiederum einen großen volks- und regionalwirtschaftlichen Nutzen nach sich ziehe. Außerdem lieferten Schiff und Bahn einen äußerst „positiven Beitrag zur ökologischen Verkehrsbilanz für die Region“. An die Adresse der Politik appellierte der Direktor, „mutig zu sein, um über selbstgezeugene, vor allem kommunale Grenzen hinauszusehen, die es in der Wirtschaft schon längst nicht mehr gibt“.

Angemessene Löhne

In einer anschließenden Diskussion forderte Georg Lieb, ver.di-Gewerkschaftssekretär und Fachsekretär für Logistik, „angemessene Löhne für Arbeitnehmer in prekären Arbeitsverhältnissen im Logistikbereich“. Georg Mittendrin, Regisseur und Intendant der Klingenberg-Festspiele plädierte für lebendiges, regionales, identitätsstiftendes Kulturschaffen, das wichtig sei für Ökonomie und Tourismus in der Region. SPD-MdL Dr.

Heinz Kaiser rief den Freistaat dazu auf, nicht nur die Umlandgemeinden des Münchner Flughafens zu fördern, sondern auch die Frankfurter Umlandgemeinden. Wilfried Kaib, Stadt- und Regionalsoziologe verwies darauf, dass insbesondere die Wirtschaft die Vernetzung im Rhein-Main-Gebiet vorantreibe, die Politik aber hinterher hinke. Kaib forderte, eine Metropolregion Rhein-Main mit politisch institutioneller Struktur zu organisieren. Die Finanzierung müsse eventuell auch durch Staatsverträge geklärt werden.

Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft

Laut Prof. Dr. Wilfried Diwischek, Präsident der FH Aschaffenburg, muss die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft noch verstärkt werden, um den Standort weiterzubringen. Vorbild sei Aschaffenburg mit dem bestehenden Technologietransfer an der Fachhochschule. Um im harten Wettbewerb bestehen zu können, müsse eine gute Ausbildung auf globaler Ebene gewährleistet sein. Deshalb Diwischeks Forderung an die Politik: „Geldhahn aufdrehen, Unternehmen mit einbinden und Weitsicht walten lassen!“ Die Bundesinitiative „Hochschulpakt“ wird seiner Ansicht nach nicht ausreichen, um die Anforderungen der nächsten Jahre zu meistern. Wichtig sei es, die Wirtschaft ins Boot zu holen.

Regionale Kompetenznetze

Reinhard Engelmann, Geschäftsführer IHK Aschaffenburg, votierte seinerseits für die Verbindung zwischen regionalen Kompetenznetzen und bayerischen landesweiten Clustern. Kompetenznetzwerke müssten im Vordergrund stehen, da sie für eine intensive Beschäftigungsentwicklung sorgten und zudem sehr zukunftsfähig seien. Engelmann bemängelte das „nicht gut ausgebaute Glasfasernetz“ in der Region. DSL-Anschlüsse seien nicht flächendeckend verfügbar, was für die Unternehmensansiedlung problematisch sei. Der mögliche Einsatz von Funktechnologie sei wiederum mit sehr hohen Kosten verbunden.

Tourismusförderung ist Mittelstandsförderung

Günter Hampel, Geschäftsführer Tourismus + Congress GmbH Frankfurt am Main, konstatierte, dass die Politik die Notwendigkeit des Tourismus erkannt habe. Tourismusförderung sei im klassischen wie im politischen Sinn Mittelstandsförderung.

Der Markt könne keine politischen Grenzen, sondern Inhalte, weshalb die Region ein Produkt darstelle (z. B. Frankfurt Rhein Main). Das Tourismusgeschäft hingegen sei zielgruppen- und umsatzorientiert. Eine Zusammenarbeit sei wichtig, um positive Effekte zu erzielen. **DK**

Wasserwirtschaft - quo vadis ...

(Fortsetzung von Seite 1)

2. EU-Wasserrahmenrichtlinie: Wasser ist keine übliche Handelsware
3. Durchleitungsprobleme: wirtschaftlich, technisch, hygienisch
4. Keine nationale Verbundnetzstruktur vorhanden
5. Eigenversorgungsgrad Industrie: ca. 90 %
6. Wasserversorgung ist Daseinsvorsorge und Kernaufgabe der Kommunen.

Entscheidungsfreiheit

Der BGW plädierte vielmehr für die Gewährleistung der Entscheidungsfreiheit der EU-Mitgliedstaaten über das Ob und Wie der Leistungen der Daseinsvorsorge, fuhr Schmitz fort. Das hohe Qualitätsniveau für Trinkwasser und Abwasserreinigung müsse ebenso beibehalten werden wie die Fachnormung durch DVGW (Deutsche Vereinigung des Gas- und Wasserfaches), DWA (Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall) und DIN (Deutsches Institut für Normung) als staatsentlastende Tätigkeit. Kostendeckung und Kostenorientierung seien Voraussetzung für eine nachhaltige Wasserver- und Abwasserentsorgung.

Vorteile der kommunalen Wasserwirtschaft

Die kommunale Wasserwirtschaft mit ihren 2.500 Versorgungsunternehmen in Bayern bietet nach Aussage von Werner Knaus klare Vorteile: So ist sie unabhängig von Konzerninteressen und -entscheidungen, weitgehend weltmarktunabhängig, ortsverbunden und kundennah, wartet mit guten Leistungen zu fairen und bezahlbaren Preisen auf und agiert im Sinne der Gleichbehandlung und Gemeinwohlorientierung. Den Vergleich mit den europäischen Nachbarn brauche die deutsche Wasserwirtschaft ohnehin nicht zu scheuen: So gebe der deutsche Bürger jährlich weniger für sein Trinkwasser aus als der französische oder englische Verbraucher. Zudem seien längere Versorgungsunterbrechungen in Deutschland unbekannt.

Doch wo Licht ist, fällt auch Schatten: Knaus zitierte einen Auszug aus einem Abschlussbe-

richt der „Effizienz- und Qualitätsuntersuchung der kommunalen Wasserversorgung in Bayern“ aus dem Jahr 2004, wonach bei der Netzerneuerung ein erheblicher Handlungsbedarf besteht. Die Netzerneuerungsraten liegen demzufolge im Schnitt auf einem zu niedrigen Niveau.

Lediglich 16 % der Teilnehmer hätten im Jahr 2003 den von der Deutschen Vereinigung des Gas- und Wasserfaches (DVGW) empfohlenen Durchschnittswert von 1,5 % Netzerneuerung pro Jahr erreicht. Etwa die Hälfte aller Teilnehmer wiesen mit nur 0,5 % eine Netzerneuerungsrate auf, die selbst bei optimistischen Erwartungen an die Lebensdauer der verwendeten Materialien eindeutig zu niedrig sei. Gerade unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit ergebe sich hier für viele Wasserversorgungsunternehmen (WVU) Handlungsbedarf.

Ohne staatliche Zuschüsse

Bis auf weiteres müssen sich Knaus zufolge die WVU in Bayern darauf einstellen, die vorhandenen Versorgungsstrukturen ohne staatliche Zuwendung aufrecht zu erhalten. Angesichts des teilweise niedrigen Preisniveaus für Trinkwasser in Bayern sei zu erwarten, dass darauf noch nicht alle WVU eingestellt sind. Bestehende Kostenstrukturen seien häufig nur zu Lasten der bisherigen Aufgabenerfüllung und der bestehenden Substanz beizubehalten. In zahlreichen Fällen sei deshalb zu empfehlen, eine mittel- bis langfristige Investitionsplanung dem dafür erforderlichen Gebühren- und Entgeltaufkommen gegenüber zu stellen. In Fällen notwendiger Gebührenanpassungen sollte im Hinblick auf die politische Durchsetzbarkeit solcher Veränderungen frühzeitig reagiert werden.

Nachhaltige und soziale Aufgabenerfüllung

Eine zukunftsfähige Kommunale Wasserwirtschaft in Bayern impliziert laut Knaus sowohl eine nachhaltige und soziale Aufgabenerfüllung als auch eine ökologische und ökonomische Erfüllung von Aufgaben. Erstere gehe mit folgenden Herausforderungen einher: 1. Ständig steigende Qualitätsanforderungen

bei einer rückläufigen Verbrauchsentwicklung (Wassersparen); 2. Durch Bevölkerungsrückgang in einigen Regionen überdimensionierte Anlagen und Leitungsnetze (Stadtumbau); 3. Durch Klimaveränderung steigende Tagesspitzen bei einem weiteren Rückgang des durchschnittlichen Verbrauchs.

Ökologische Vorgaben

Mit Blick auf die ökologische Aufgabenerfüllung sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Wassergewinnung ortsnahe und dezentral (93 % Grund- und Quellwasser)
2. Sicherung der Wassergewinnung durch Vorrang- und Vorbehaltsgebiete (Konflikt mit Baugebieten oder Kiesabbau)
3. Wasserschutzgebiete (nur 4 % der Landesfläche ausgewiesen, weitere Belastungen durch politische Entwicklungen kommen auf die WVUs zu)
4. Kooperationen mit der Landwirtschaft haben sich bewährt
5. Qualität des Trinkwassers (Grenzwerte werden nicht nur eingehalten, sondern in der Regel durch kostenintensive Maßnahmen weit unterschritten)
6. Belastungen durch neue Stoffspuren (Metaboliten) im Trinkwasser nehmen zu, vermeiden statt reparieren wäre besser.

Betriebliche Kooperationen

Ökonomisch betrachtet müssen durch betriebliche Kooperationen Kommunale Trägerschaft und Leistungen als Kernaufgabe erhalten und dabei die Wettbewerbsfähigkeit gesichert werden. Das Preis-Leistungsverhältnis ist Knaus zufolge durch die Teilnahme an Benchmarking-Projekten und Prozessuntersuchungen zu sichern und zu verbessern.

Darüber hinaus gelte es, Versorgungsunterbrechungen in der Wasserversorgung durch Sicherungs- und Überwachungseinrichtungen (die regelmäßig an den Stand der Technik angepasst werden) rund um die Uhr zu minimieren. Auch muss die technische Substanz durch eine angemessene Netzerneuerungsrate (angestrebt werden 1,5 %) erhalten werden. Zudem ist die wirtschaftliche Substanz durch eine dauerhafte Kostendeckung (auch

Rosenheimer IT-Forum:

Telefon und Daten in einem Netz

Wichtig für Kommunen: Gute Vorarbeit und die Wahl des richtigen Zeitpunkts

Internet-Telefonie, mit und ohne Bildübertragung, wird auch für Betriebe, Unternehmen und Kommunen immer bedeutungsvoller, ist sich Rosenheims Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer sicher. Aus diesem Grund beschloss die Stadt Rosenheim gemeinsam mit dem Verein Wirtschaftsraum Südbayern „Greater Munich Area“, ihre bereits seit 2002 jährlich stattfindende praxis- und anwenderorientierte Veranstaltungsreihe „Rosenheimer IT-Forum“ diesem zukunftsweisenden Thema zu widmen.

Hochrangige Anwender und Fachleute für Informations- und Kommunikationstechnik gaben in ihren Vorträgen wertvolle Einblicke in die Materie. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass die Forderungen immer lauter würden, die Welt der Information und der Kommunikation zu einer Einheit zu verbinden. „Ein Netz für alles“: Was logisch und kostensparend klingt, erfordere von Betrieben und Kommunen gute Vorarbeit und die Wahl des richtigen Zeitpunkts.

Neben den technischen Voraussetzungen sind auch die Sicherheitsaspekte nicht zu vernachlässigen, stellte Heinrich Große-Wiesmann, Abteilungsleiter Kommunikationstechnik der Landeshauptstadt München, fest. Im Gegensatz zu herkömmlichen Telefonaten, bei denen höchstens unerwünschte Werbeanrufe stören, drohten bei der Internetsprachkommunikation sämtliche Gefahren, die auch bei bislang üblicher Internetnutzung auftreten. Neben Spams seien

dies auch Viren, Würmer oder Trojaner. Auch die Stromversorgung sei für Anlagen mit vielen Außenstellen nicht zu unterschätzen, betonte der Referent. Doch könne dies durch geeignete „Vorsorge“ und Planung verhindert werden.

Klare Vorteile

Die Vorteile der Vereinigung beider Netze lägen auf der Hand: Durch die Verbindung von Sprach- und Datentechnik sei es möglich, z. B. bei Anrufen sofort die dazugehörige Akte am Computerbildschirm einzusehen, Pläne online zu besprechen und zu ändern und seinem „Gegenüber“ auf dem anderen Kontinent in die Augen zu sehen. Ein Laptop und eine Internetverbindung genügte, um beispielsweise dem Monteur in Dubai über Änderungswünsche des Kunden zu informieren oder Ersatzteillieferungen zu besprechen. Wie diese IT-Projektkommunikation bereits heute mittels Voice over IP bewerkstelligt wird, veranschaulichten Josef Willkommer, Geschäftsführer von Techdivision und Thaddäus Müller, Systemleiter von komro, in ihrem Vortrag „Von der Nur-Sprache bis zur Videokommunikation“.

Der Moderator des Rosenheimer IT-Forums, Prof. Roland Feindor, Dekan für Informatik

an der Fachhochschule Rosenheim, zeigte sich überzeugt davon, „dass die Internet-Telefonie kommen wird und zwar von unten herauf“. Was heute bereits in vielen Haushalten üblich sei – das Internet-Telefonieren über Internet-Flatrate mit dem Sohn in Südamerika oder Gespräche zwischen Oma und Enkel über WebCams – werde sich in den nächsten Jahren auch in den Verwaltungen und den Unternehmen als Standard durchgesetzt haben. Sobald die herkömmlichen Telefonanlagen erneuert werden müssen, wird sich Feindor zufolge die Sprach- und Datenübertragung aus einem Netz als Stand der Technik durchsetzen.

Sanfter Übergang

Als sanften Übergang, der sowohl das Telefonieren über den analogen Anschluss als auch über das Internet erlaubt, werden von verschiedenen Anbietern diverse Koppelungs-Boxen angeboten. Laut Manfred Grundei, Leiter des Amtes für Informationsverarbeitung, besteht bei der Stadt Rosenheim auf Grund der funktionierenden Kommunikationsstruktur derzeit noch nicht die Notwendigkeit, auf die neue Technologie umstellen zu müssen. „Aber auch wir sammeln durch erste, kostengünstige Technologiemigrationen Erfahrungen, warten aber sonst den richtigen Zeitpunkt zur Umstellung gelassen ab“, meinte Grundei, der die Weiterentwicklung der Technik interessiert verfolgt. **DK**

Deshalb sollte eine Strategie zur Weiterentwicklung des kommunalen eGovernments zunächst die verwaltungsinterne Optimierung der Geschäftsprozesse und der prozessnahen IT im Fokus haben. Das setzt ein Umdenken in der Nutzenbeurteilung von eGovernment voraus: Neben Kundenakzeptanz und Außenwirkung ist die Produktivitätssteigerung in den Geschäftsprozessen das vorrangige, messbare und mindestens mittelfristig haushaltswirksame eGovernment-Ziel. Wobei allerdings durch Optimierung der Arbeitsprozesse auch positive Effekte auf Kundenseite entstehen: Beispielsweise können Bescheide schneller erstellt und Leistungen früher erbracht werden.

eGovernment steht aktuell noch am Anfang seiner Möglichkeiten. Vollständig elektronische Lösungen werden bisher erst wenige angeboten, zudem mangelt es häufig an der erforderlichen IT-Infra-

struktur in den Verwaltungen. In vielen Kommunalverwaltungen besteht Nachholbedarf: eGovernmentkomponenten wie Dokumentenmanagement (DMS), elektronische Vorgangsbearbeitung, Archivierung, elektronische Signatur, Virtuelle Poststelle, E-Formulare und Datenaustausch zwischen Fachanwendungen werden noch zu wenig genutzt.

In der IT-Infrastruktur bestehen Lücken, die die Gestaltung effizienter, durchgängiger Prozesse behindern. Vorhandene IT-Komponenten sind zum Teil nicht „flächendeckend“ eingesetzt, alte und neue Anwendungen bestehen parallel und häufig mangelt es an Kooperation, die für vernetzte Lösungen erforderlich ist.

Die Studie hat außerdem gezeigt, dass die meisten Kunden noch Probleme mit prozesskritischen Services wie der elektronischen Signatur oder e-Payment haben. **DK**

Vorsprung durch Innovation

1. Cluster-Tag Informations- und Kommunikationstechnologie in Garching

Mit einer Auftaktveranstaltung am Garchinger Institut für Informatik der TU München ist offiziell der Startschuss für die Arbeit des bayerischen IuK-Clusters erfolgt. Wirtschaftsminister Erwin Huber hob hervor, dass die Informations- und Kommunikationstechnologie „einen besonders wichtigen Pfeiler“ der bayerischen Clusterpolitik darstellt. Es umfasse schwerpunktmäßig die vier Bereiche Mikroelektronik/Elektronik, Software und IT-Dienstleistungen, Telekommunikations-Dienstleistungen sowie IT- und Telekommunikationsequipment.

Die Informations- und Telekommunikationstechnologie spielt in Bayern eine sehr große Rolle. Europa- und weltweit steht der Freistaat in der IT-Branche mit über 300.000 Beschäftigten an einer Spitzenposition. Zahlreiche weltweit bedeutende Unternehmen haben ihren Hauptsitz oder eine Niederlassung in Bayern angesiedelt.

Synergieeffekte

In den letzten Jahren hat der Freistaat bei der Informations- und Kommunikationstechnologie die Forschungsinfrastruktur an den Hochschulen und öffentlichen Forschungsinstituten massiv ausgebaut und - im Rahmen seiner Möglichkeiten - durch Förderung und Schaffung eines technologiefreundlichen Klimas eine Vielzahl von hochinnovativen IT-Unternehmen unterstützt. Bei der Cluster-Offensive der Allianz Bayern Innovativ kommt es nun darauf an, die in Wirtschaft und Wissenschaft vorhandenen Potentiale noch stärker zu vernetzen und Synergieeffekte zu schaffen.

Bayerns Innovationskraft

Laut Minister Huber bestimmen Software und Mikroelektronik als Basistechnologien in nahezu allen Anwendungsbranchen die Innovationsfähigkeit. Mehr als die Hälfte der Industrieproduktion, die meisten modernen Dienstleistungen und 80 Prozent der Exporte hängen vom Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik und der Mikroelektronik ab. Die vier Clustersprecher Prof. Dr. Manfred Broy, Prof. Dr.-Ing. Heinz Gerhäuser, Prof. Dieter Kempf und Reinhold Achatz dokumentierten die Bedeutung und Breite der bayerischen IuK-Branche und ihre Präsenz im ganzen Land. Universitäre Forschungseinrichtungen wie TU München und Fraunhofer Institut sowie Unternehmen wie Siemens und Datev hätten sich der IuK verschrieben. **DK**

Sie stünden beispielhaft für die Innovationskraft des Freistaats.

Das IuK-Cluster versteht sich laut Huber als landesweite Kooperationsplattform der IuK-Wirtschaft und der Wissenschaft. Das Cluster werde aktuelle IT-Themen aufgreifen. Dazu gehörten Informationstechnik bei Banken und Versicherungen, „IT-gestützte Geschäftsprozesse“ und „geodatenbasierte Anwendungen“.

Verknüpfung mit Branchen

Ein herausragendes Ziel des IuK-Clusters sei die Verknüpfung mit den vielfältigen IuK-Anwen- derbranchen, die für Bayern von besonderer Bedeutung sind, fuhr der Minister fort. Dies gelte beispielsweise für die Automobilbranche, die Medizintechnik, die Automatisierungstechnik, die Mechatronik, die Logistik und die Finanzdienstleistungen. Das IuK-Cluster werde sich hier verschiedener Themen annehmen.

Stärken ausbauen

Besonders wichtige Gebiete werden die „Embedded Systems“, Software-Engineering sowie die Sicherheit und Zuverlässigkeit von Software und IT-Systemen sein. Im Kern gehe es darum, die speziellen Stärken der bayerischen Industrie weiter auszubauen: „Das heißt konkret, Produkte in höchster Qualität unter Einsatz komplexer Entwurfs- und Produktionsverfahren zeitnah auf den Markt zu bringen“, erläuterte der Minister.

Zuversichtlicher Minister

Hubers abschließender Appell: „Wir müssen unsere Wettbewerbsvorsprünge durch schnelle Innovationszyklen und innovative Produkte erhalten und ausbauen. Wir müssen um so viel besser sein, wie wir teurer sind. Die rege Beteiligung an der Auftaktveranstaltung stimmt mich zuversichtlich, dass wir in der IuK ein schlagkräftiges Netzwerk in Bayern schaffen können!“ **DK**

eGovernment spart bis zu 40 Prozent Kosten

Studie von KGSt und b.i.t.consult zu eGov-Potenzialen von kommunalen Geschäftsprozessen

In einer Kommune gibt es etwa 1.000 bis 2.000 Prozesse, also klar definierte, zumindest in Teilen wiederkehrende Arbeitsabläufe. 10 bis 20 Prozent dieser Prozesse binden 80 bis 90 Prozent der Personalressourcen. Diese Prozesse sind die Kernprozesse einer Kommunalverwaltung. Der Einsatz von eGovernment-Lösungen im „Front office“ und im „Back office“ kann bei diesen Kernprozessen erhebliche Kosten sparen: bis zu 40 Prozent.

Das ist das Ergebnis einer Studie, die die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt), Köln, gemeinsam mit der b.i.t.consult GmbH, Seeheim, durchgeführt hat. Innerhalb von 18 Monaten wurden systematisch über 300.000 Datensätze zu den Verwaltungsprozessen aus vier Landkreisen und zwei Städten erhoben, um das eGovernment-Potenzial kommunaler Geschäftsprozesse zu ermitteln. Als Ergebnis dieser Potenzialanalyse wurden vier zentrale Thesen formuliert, die Orientierungspunkte für die Weiterentwicklung des kommunalen eGovernment bieten. Daraus leitet die KGSt gegenwärtig Handlungsempfehlungen für ihre mehr als 1600 Mitgliedskommunen ab.

Dazu Gunter Rückziegel, Geschäftsführer der b.i.t.consult GmbH. „Alle Seiten profitieren: Für die Mitarbeiter der Kommunalverwaltung bedeutet das erheblich geringeren administrativen Aufwand, so dass sie mehr Zeit für ihre beratungsintensiven Aufgaben haben. Die Bürger erhalten einen viel flexibleren, schnelleren Service und die Kommune spart Kosten.“

Die Daten wurden „prozessnah“, das heißt auf der Ebene der Sachbearbeiter und Sachgebietsleiter erhoben. In zwei Expertenrunden wurden die Ergebnisse durch die KGSt gemeinsam mit Fachleuten aus Kommunen qualitativ verifiziert. Da wesentliche Aufgaben und Handlungsrahmen der Kommunen vergleichbar sind, sind nach Auffassung von KGSt und b.i.t.consult auch die Erkenntnisse der Potenzialanalyse zu einem großen Teil übertragbar: „Die Leistungen der Kommunen lassen sich auf ein gemeinsames Grundmuster zurückführen. Um die Vergleichbarkeit der Prozesse in den einzelnen Verwaltungen sicherzustellen, haben wir uns in unserer Analyse auf den finanzstatistischen Produktrahmen der Innenministerkonferenz der Länder (IMK) bezogen. So sind unsere Erkenntnisse aus einzelnen Kommunen zumindest strukturell auf jede kommunale Verwaltung in Deutschland übertragbar“, betonen Rückziegel und Dr. Marianne Wulff, die verantwortliche Programmmanagerin bei der KGSt.

Eine Kommunalverwaltung hat je nach Kommumentyp durchschnittlich 200 Produkte, die insgesamt 1.000 bis 2.000 Prozesse umfassen. Allerdings binden 10 bis 20 Prozent dieser Prozesse 80 bis 90 Prozent der Personalressourcen in der Kommune. Diese Prozesse sind die Kernprozesse der Kommune.

Eine der Kernfragen der Studie war die Frage nach dem „Gewicht“ einzelner Produkte und Prozesse für die praktische Verwaltungsarbeit. Die Analyse hat gezeigt: Bezogen auf die Ressourcenbindung gibt es auf kommunaler Ebene durchschnittlich etwa 30 Kernprodukte mit 200 dazugehörigen Kernprozessen. Maßnahmen zur Prozessoptimierung sollten sich zunächst auf diese Prozesse konzentrieren.

80 Prozent der Kernprozesse haben ein signifikantes eGovernmentpotenzial: Detaillierte Analysen im Rahmen der Studie haben für diese 80 Prozent ein Kosteneinsparpotenzial durch Prozessoptimierung mittels eGovernment im Front Office und im Back Office von 20 bis 40 Prozent identifiziert.

Deshalb sollte sich die Prozessoptimierung mit eGovernment zunächst auf die zentralen Kernprozesse konzentrieren. Einsatzmöglichkeiten bestehen sowohl an der Schnittstelle zum Kunden (Front Office), zum Beispiel durch elektronische Anträge, als auch in der Verwaltung selbst (Back Office), zum Beispiel durch elektronische Vorgangsbearbeitung.

Das Einsparpotenzial durch eGovernment ist aktuell auf Seiten der Verwaltung sehr viel größer als auf Seiten der Verwaltungskunden. Deshalb sollte der Einsatz von eGovernment in einer Kommune von innen nach außen wachsen.

Die Einschätzung der Verwaltungsmitarbeiter ergab folgendes Bild: Bei den Kernprozessen haben 80 Prozent ihren Nutzenschwerpunkt auf Seiten der Verwaltung und nur 20 Prozent auf der Kundenseite. Bezogen auf alle Prozesse überwiegt bei 47 Prozent der Prozesse der Verwaltungsnutzen, bei 43 Prozent der Kundennutzen. Neun Prozent aller Prozesse haben ein ausgeglichenes Nutzenprofil.

Der sichere Weg zur Doppik führt über die DATEV.

Unsere Einstellung zur Umstellung lässt sich so beschreiben: partnerschaftliche, sichere Wegbegleitung mit kommunalem Know-how und mit unseren bewährten Doppik-Programmen. Gemeinsam mit ihrem steuerlichen Berater bieten wir Städten und Gemeinden ein maßgeschneidertes Paket aus Dienstleistung, Fachwissen und flexibler Software, auf Wunsch mit einem leistungsstarken Rechenzentrum. Das ermöglicht ausgefeilte Detaillösungen für die speziellen Anforderungen Ihrer Kommune oder des Eigenbetriebs. Und genau das schätzen Kämmerer. Denn im scheinbar Kleinen liegen die größten Herausforderungen bei der Doppik-Umstellung. Sie sehen, der Weg zur Doppik lässt sich gemeinsam meistern. Es kommt nur auf die richtige Umstellung an.

Wir denken schon mal vor.



www.datev.de/kommunal, Telefon 0800 0114348

DATEV

Harter oder weicher Übergang zur kommunalen Doppik?

Derzeit werden immer mehr Kommunen bei dem Thema Neues kommunales Finanzmanagement aktiv. Viele beginnen mit der Klärung erster organisatorischer Fragen oder starten zum Beispiel direkt mit der Erfassung und Bewertung ihres gemeindlichen Vermögens.

Für Gemeinden, die den Umstieg von der Kameralistik zur Doppik planen, ist die Umstellung ihres kommunalen Finanzwesens ein komplexes Vorhaben, das Ressourcen bindet und gewisse Risiken birgt. Der Weg zur Doppik muss deshalb sorgfältig geplant werden.

Grundlegende Entscheidung

Eine der grundlegenden Entscheidungen, die dabei im Vorfeld getroffen werden muss und den weiteren Projektverlauf bestimmt, betrifft die Art und Weise, wie die Umstellung stattfinden soll: „Big Bang“ oder weicher Umstieg?

Mit „Big Bang“ oder dem harten Umstieg wird eine Umstellung bezeichnet, bei der zu einem vorgegebenen Zeitpunkt das kamerale Verfahren flächendeckend zu einem festen Zeitpunkt quasi abgeschaltet und das neue doppische System in Betrieb genommen wird.

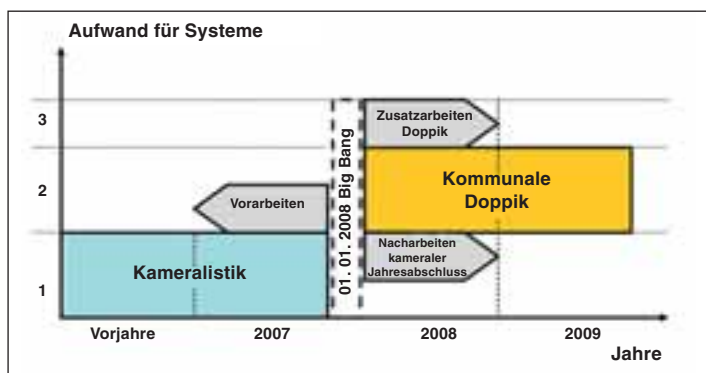


Abb. 1: Zeitliche Verteilung des Arbeitsaufwandes für den „Big Bang“.

Oft liest man auch, dass der „Big Bang“ im Gegensatz zu dem weichen Umstieg mit geringeren Kosten verbunden ist und weniger Vorarbeiten, wie zum Beispiel Überleitungsrechnungen, durchzuführen sind. Aber ist diese Aussage wirklich korrekt? Oder wie erfolgt dann die erste doppische Haushaltsplanung ohne Vorjahresdaten? Durch Daumenschätzung oder durch den Vergleich mit Nachbargemeinden?

Die folgende Grafik zeigt schnell: die Vorarbeiten für einen Umstieg auf das NKF, egal ob hart oder weich, sind identisch, der Nutzen durch die Einbindung der bisherigen Daten (weicher Umstieg) jedoch gewaltig.

Die Schritte 5 und 6 sind zu-

sätzliche Anforderungen, an den fließenden Übergang. Der Lohn dafür ist der automatisierte Zugriff auf alle bisherigen Daten.

Die Schritte 9 und 10 müssen beim harten Umstieg ohne Bezug auf das bisherige System im NKF zusätzlich manuell gemacht werden.

So wie für beide Umstiegs-Varianten die Notwendigkeit der Vorarbeit besteht, sind auch nach dem erfolgten Umstieg gewisse Nacharbeiten zu erledigen. Auch wenn man zum 01. Januar öffentlich-doppisch bucht, der kamerale Haushalt aus dem Vorjahr ist trotzdem nach der herkömmlichen Gesetzeslage abzuschließen.

Besonderheiten

Einige Besonderheiten sind hier allerdings zu beachten. Hat sich eine Gemeinde für einen Wechsel des Haushalts- und Rechnungswesens entschieden, muss sie im letzten Jahr vor der Umstellung einen stichtagsge-

den hingegen für eine gewisse Übergangszeit von empfohlenen zwei bis drei Jahren das kamerale und das doppische System parallel betreiben.

Ressource Zeit

Und hier liegt das Problem: Beide Verfahren nebeneinander zu betreiben kostet Zeit, eine Ressource, die nicht beliebig vermehrbare ist. Die Lösung kann daher nur so aussehen, dass während das kamerale Verfahren weiter beibehalten wird, die doppische Buchhaltung im Hintergrund mit gespeist wird. Die Buchungsdaten werden wie gewohnt über die entsprechenden Haushaltsstellen erfasst. Durch eine Zuordnung der Haushaltsstelle zu Produkt und Konto werden die kamerale Daten parallel auf das entsprechende Produktsachkonto übertragen.

Die innovative Software-schmiede adKOMM Software GmbH aus dem bayerischen Altmühlthal hat dafür eigens das Verfahren adKOMM NKR entwickelt, dessen Baustein EBF sowohl das Buchen kamerale Haushaltsstellen als auch parallel das Buchen doppischer Produktsachkonten unterstützt. Dadurch kann sowohl der kamerale Jahresabschluss, als auch doppische Ergebnisrechnung, Finanzrechnung und Bilanz erstellt werden.

Durch dieses Verfahren sind dann ab sofort Auswertungen

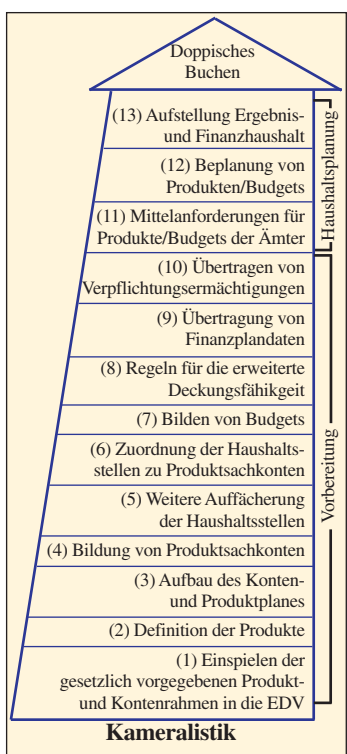


Abb. 2: Vorarbeiten für den Weg von der Kameralistik zur Doppik.

aus beiden Welten möglich. Dies gilt auch und insbesondere für alle rückwirkenden Daten - im Verfahren adKOMM NKR gar über den gesamten Einsatzzeitraum des kamerale Vorverfahrens. Mittels Datenübernahme ist das auch aus anderen Vorverfahren realisierbar.

Der direkte Vergleich führt schneller zu mehr Transparenz und Verständnis des neuen Systems. Auch der „soft fact“ Sicherheit in der Anwendung ist nicht zu unterschätzen. Überhaupt sind diese weichen Faktoren mit entscheidend für den

weiter Lieferant des Kunden bleiben zu können, deutlich höher sind. Auf diese Art und Weise schließt er sogar einen Wechsel auf Fremdanbieter nahezu aus.

Aus diesen Beweggründen werden dann die Entscheidungen für einen harten oder weichen Umstieg getroffen. Um aus diesem Dilemma herauszufinden, hat die adKOMM Software GmbH mit der Entwicklung des adKOMM NKR eine echte Lösungsalternative entwickelt, die es erlaubt, die alten kamerale Daten zu übernehmen und auf

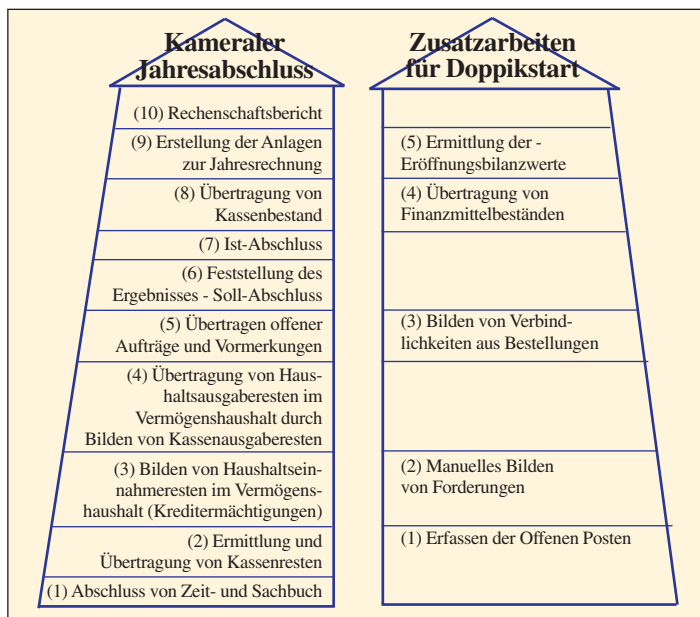


Abb. 3: Übersicht über die Nacharbeiten zum letzten kamerale Jahresabschluss und die Zusatzarbeiten für das erste doppische Jahr.

Umstellungsprozess. Die Mitarbeiter haben schließlich einen wesentlichen Anteil am Erfolg.

Technisch gesehen ist diese Methode erfolgreich, wenn der alte kamerale Haushalt anhand der neu gebildeten Produkte und Konten aufgefächert wird und danach 1:1 entsprechende Zuordnungen vorgenommen werden. Die Kommune muss ihren kamerale Haushalt eben analog dem neuen Produkthaushalt tiefer gliedern. Dafür werden im adKOMM NKR bis zu siebenstellige Gliederungen eingeführt, die es ermöglichen, die meist sechsstelligen Leistungen aus einem Produktrahmen direkt zuzuordnen.

Erfahrungen aus den Pilotprojekten

Nach den Erfahrungen der bis dato durchgeführten Pilotprojekte in verschiedenen Bundesländern wurde bisher keine eindeutige Empfehlung für eine der beiden Vorgehensweisen abgegeben. Im Gegenteil, der eingeschlagene Weg wird verteidigt. Warum? Weil die Entscheidung „Big Bang“ oder weicher Umstieg durch externe Berater oder durch den Software-Lieferanten getroffen wird und deren Empfehlung letztlich auch nur auf dem persönlichen Kenntnisstand oder den technischen Möglichkeiten basiert.

Es ist doch klar, dass ein Berater aus der kaufmännisch-doppischen Welt so schnell wie möglich versucht, sicheres Terrain, das heißt ein doppisches System zu erreichen. Ebenso liegt es umgekehrt auf der Hand, dass der bisher eingesetzte kamerale Lösungsanbieter seinen Anwendern einen weichen Umstieg empfiehlt, da damit seine Chancen,

Unsere Autoren

Anton J. Haunsberger (MBA IT-Management und Informationssysteme)

Der Verfasser war nach seinem Verwaltungsstudium elf Jahre als Kämmerer und Werkleiter tätig. Seit jeher betriebswirtschaftlichen Aufgabenstellungen aufgeschlossen, absolvierte er als einer der ersten Teilnehmer die Ausbildung zum Verwaltungsbetriebswirt.

Als Geschäftsführer der bundesweit agierenden adKOMM Unternehmensgruppe ist er für den Produktbereich Kommunale Finanzen und NKF verantwortlich.

Sandra Schneider (Diplom-Betriebswirtin BA) war nach Ihrem Studium der Betriebswirtschaftslehre für öffentliche Einrichtungen und Unternehmen an der Berufshochschule Gera Assistentin des Bürgermeisters der Stadt Jena. Bei der KOB EDV-Systeme GmbH ist sie im Produktbereich Kommunale Finanzen und NKF für Analyse und Marketingaufgaben zuständig.

und der Lerneffekt quasi nebenbei im Praxiseinsatz durch den laufenden Vergleich eintritt.

Halten wir zusammenfassend fest: die Auswahl des künftigen Softwaresystems und des externen Beraters zur Einführung entscheidet im Wesentlichen die Frage „Big Bang“ oder weicher Umstieg und leider nicht die Möglichkeiten des Anwenders. Innovative Softwarelösungen wie das adKOMM NKR schaffen hier neue Freiräume.

deren Basis einen parallelen Lernbetrieb zu gestalten. Der öDoppik-Einstieg fällt dem Anwender damit leichter, da das kamerale Verfahren ja bekannt ist

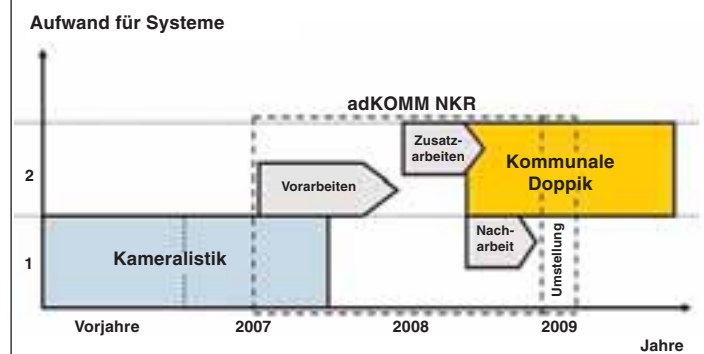


Abb. 4: Zeitliche Verteilung des Arbeitsaufwandes für den fließenden Übergang mit adKOMM NKR.

Virtuelle Behörde auf der KOMMUNALE in Nürnberg:

Perspektiven fürs „LandLeben“

Gemeindetag lädt zu Großveranstaltung und Fachmesse

Am 10. und 11. Oktober ist es wieder so weit: Der Bayerische Gemeindetag veranstaltet die KOMMUNALE, Bayerns größte Tagung und Fachmesse für Kommunalbedarf, im Messezentrum Nürnberg. Unter dem Motto „LandLeben - Perspektiven für alle Städte, Märkte und Gemeinden“ werden die Gemeinden beherzt die Herausforderungen der Zukunft angehen.

Die KOMMUNALE ist das ideale Informations- und Dialogforum für Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte und Geschäftsstellenleiter. Parallel zur Tagung führt der Bayerische Gemeindetag seine Jahresversammlung durch und bietet ein umfangreiches und interessantes Programm an, in dem unter anderem das Thema „Arbeitsplätze schaffen in Städten und Gemeinden“ ein Schwerpunkt ist.

Im Mittelpunkt des Fachkongresses des Gemeindetags stehen in diesem Jahr die Themenschwerpunkte „Arbeit und Wirtschaft“ und „Bildung“. In Seminaren und Workshops sollen Antworten auf drängende Fragen der kommunalen Praxis gegeben werden.

Die Bayerische Gemeindezeitung wird erneut mit ihrer Fachveranstaltung „Die virtuelle Behörde“ dabei sein und die EDV-Fachleute aus den Kommunen über neueste Hardware- und Software-Trends rund um behördliche IT-Ausstattung informieren.

IT-Lösungen für Ihr erfolgreiches Rathaus

- Systemlösungen ämter- und aufgabenübergreifend (z.B. adKOMM HKR, STA/VGA, EWO, BEI, GIS, LuG, etc.)
- Integrationsplattform statt Schnittstellen
- Zentrale Adress- und Objektverwaltung ZAD®
- Stadtlicenz für alle Fachämter in Ihrer Verwaltung
- Informationen fachübergreifend zur Planungs- und Entscheidungshilfe
- Entwickelt im eigenen Haus
- Ihr Lösungspaket aus einer Hand

adKOMM
Unternehmensgruppe

adKOMM GmbH
Stadtweg 14
85134 Stammham
Tel: 08405 9286-210
Fax: 08405 9286-310
Poststelle@adKOMM.de
www.mehr-als-verwalten.de

IT-Service

Personal-Service

Outsourcing

BECON

www.becon.de

Software-Entwicklung

Computer-Systeme

IT-Security

Webdesign

Netzwerke

Beratung

Software-Management

AKDB-Jahresbericht 2006:

Kundenorientierung als Maxime

Vorstand zieht positive Bilanz - Steigende Investitionsbereitschaft der Anwender

Das zurückliegende Jahr war bei den Anwendern der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) und innerhalb ihrer Organisation durch eine Vielzahl von Herausforderungen geprägt. Die flächendeckende Umsetzung des TVöD, die Vorbereitungen zur elektronischen Rückmeldung im Meldewesen und die zunehmende Bereitschaft, die Doppik als Rechnungsstil einzuführen, bestimmten in vielen Kommunen die Diskussion. Zugleich haben zahlreiche Projekte mit Bundes- und Landesbeteiligung z. B. im Kfz-Zulassungsbereich, beim Aufbau von landesweiten Registern oder in der Weiterentwicklung des Personenstandswezens begonnen, die bereits 2006 das Engagement der AKDB erforderten. „Diese Investitionen in die Zukunft werden in den nächsten Jahren viele neue Lösungsangebote für Kommunen überall in Deutschland zur Folge haben“, zeigen sich die AKDB-Vorstände Alfred Trageser, Alexander Schroth und Rudolf Schleyer im soeben veröffentlichten Jahresbericht 2006 zuversichtlich.

Diese Vorleistungen seien durch eine sorgfältige Planung und eine stabile Finanzlage, zu der insbesondere die im zweiten Halbjahr deutlich steigende Investitionsbereitschaft der Kunden beigetragen habe, ermöglicht worden. Die AKDB verzeichne einen steigenden Absatz der Softwarelizenzen und könne aufgrund der großen Bereitschaft ihrer Anwender, die Serviceangebote zu nutzen, auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken.

Erfreuliche Umsatzentwicklung

Die positive Entwicklung der Einnahmesituation in den bayrischen Kommunen hat sich laut Vorstand „erfreulich auf die Umsatzentwicklung 2006 ausgewirkt“. Zurückgestellte Hardwarebeschaffungsmaßnahmen und anstehende Betriebssystemwechsel seien häufig im 2. Halbjahr vollzogen worden. Neue, zukunftsreiche Anwendungen wie z. B. die Archivierung fänden in zunehmendem Maße Eingang in die Verwaltungen. Auch der außerhalb Bayerns erzielte Umsatzanteil stelle mittlerweile eine feste, weiter wachsende

Größe im Gesamtumsatz dar. Günstig beeinflusst wurde die Umsatzentwicklung außerdem durch den Echteintritt neuer Verfahren wie z. B. OKJIS NKFV oder adebisKITA. Das Personalwirtschaftssystem AKDB-PWS und die Rückmeldung bei OK.EWD trugen ebenfalls dazu bei. Alles in allem ergab sich im Vergleich zum Vorjahr beim Gesamtumsatz eine Steigerung um 1,5 Prozent.

Die enge Abstimmung mit kommunalen Spitzenverbänden in Bayern, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Freistaat Bayern auf allen Gebieten und die zunehmende Bereitschaft der Kommunen, in die Optimierung von Prozessen zu investieren, bezeichnet der Vorstand als wichtige Faktoren für diesen Erfolg.

Die Kundenorientierung des Hauses sei im Berichtsjahr durch eine ganze Reihe von organisatorischen Maßnahmen forciert worden. So habe man in konsequenter Umsetzung des mit den kommunalen Spitzenverbänden erarbeiteten Unternehmensleitbildes mit der Bildung von Geschäftsfeldern begonnen. Diese neuen Bereiche fassen den

bisher in getrennten Abteilungen angesiedelten Kundensupport und die Entwicklung für ein Verfahrensgebiet zusammen. Anregungen der AKDB-Kunden, die vor Ort vom Support aufgenommen werden, fließen somit unmittelbar in die Weiterentwicklung der Produkte und Serviceangebote ein. In Verbindung mit einem unternehmensweiten An-

forderungsmanagement werde so die Qualität der Angebote weiter gesteigert.

Günstigere Beurteilung

Wie eine Kundenbefragung im vergangenen Jahr gezeigt habe, „sind wir mit dieser Ausrichtung auf einem guten Weg“. Sowohl die Funktionalität und Anwenderfreundlichkeit der Softwareprodukte wie auch Kommunikationsverhalten und Image der AKDB hätten im Vergleich zur Umfrage 2003 vielfach eine günstigere Beurteilung erfahren. Die Hinweise aus der Umfrage un-

terstrichen die Richtigkeit der Entscheidung, „unsere regionale Nähe durch die Aufwertung der bisherigen Niederlassungen zu eigenverantwortlichen Geschäftsstellen weiter auszubauen“. Während sich Wettbewerber durch Konzentrationsprozesse gezwungen sähen, den Rückzug aus der Fläche anzutreten, „stärken wir gemeinsam mit allen Tochterunternehmen und weiteren Partnern, z. B. den kommunalen Serviceanbietern außerhalb Bayerns, die ortsnahe Betreuung unserer Anwender“.

Elektronische Rückmeldung

Der letzte Tag des Berichtszeitraumes stellte den Abschluss eines der größten Projekte zur Vernetzung von Ämtern und Dienststellen dar, das jemals in Deutschland durchgeführt wurde. Alle Meldebehörden ohne Ausnahme kommunizieren seitdem auf elektronischem Weg und ersparen dem Bürger damit zahlreiche Behördengänge. „Im Gegensatz zu vielen zentralistischen Vorhaben, die durch Verzögerungen oder mangelbehaftete Funktionalität ein negatives Medienecho hervorriefen und damit die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes insgesamt in Frage stellten“, ist das Projekt „Elektronische Rückmeldung“ laut Vorstand „lautlos und fehlerfrei in den Echtbetrieb überführt worden“. Das intensive Zusammenspiel von Softwareanbietern wie der AKDB, kommunalen Datenzentralen und Landeseinrichtungen habe diesen großen Erfolg ermöglicht.

Die bei diesem Projekt gewonnenen Erfahrungen unterstützten die kommunale Sicht, Bürgerdaten dort zu verwalten, wo diese bürgerfreundlich erho-

ben werden können: im Rathaus vor Ort. Diese Erkenntnis habe zweifellos in Bayern die Übertragung der Aufgabe, das Zentralregister für Bürgerdaten bei der AKDB als Drehscheibe kommunaler Informationen anzusiedeln, unterstützt.

Behördenübergreifende Maßnahme

Verfahrensübergreifend wurde 2006 die Integration der AKDB-Anwendungen ausgebaut. Diese behördenübergreifende Maßnahme steht Verwaltungen aller Größenordnungen in gleicher Weise zur Verfügung. So nutzen beispielsweise die Anwender in Bayerns kleinsten Gemeinden im Einwohnerwesen OK.EWD den selben Komfort wie die Sachbearbeiter beim Neukunden Freie und Hansestadt Hamburg.

Living Data und DVKS

Die AKDB-Tochter LivingData unterstützte als Systemhaus die Orientierung auf die Wünsche und Anforderungen der Kunden. Zahlreiche Projekte seien mit großem Erfolg durchgeführt worden. In Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Thüringen übernahm die AKDB-Tochter DVKS Support- und Betreuungsaufgaben.

Die andere Tochter TERA-Kommunalsoftware wiederum bot gemeinsam mit Partnerunternehmen im Bau- und Grundstücksbereich Lösungen an. Mit wachsendem Erfolg konnte die „kommIT Gesellschaft für Informationstechnik mbH“ als gemeinsames bundesweites Vertriebsunternehmen von AKDB und Dataport neue Kunden gewinnen und bestehende Geschäftsbeziehungen ausbauen. **DK**

New Public Management - und alles wird besser?

Von Peter Vorgel, Geschäftsführer tsm total-sourcing-management

Seit vielen Jahren sind sich die Fachleute einig, dass der Veränderungsbedarf in der IT, aber auch in der „Non IT“ Landschaft von Öffentlichen Verwaltungen deutlich zunehmen wird. Insbesondere der Ausbau des Angebots an Transaktionsdienstleistungen mit hoher Nutzungsfrequenz zwischen Kommunen und Wirtschaft, die Förderung der Zusammenarbeit und Koordination zwischen den Gebietskörperschaften, um föderale Hürden zu überwinden (z. B. in den Metropolregionen), der Aufbau von interoperablen Lösungen, die konsequente Umgestaltung des Back-Office sowie die Veränderung heterogener und verteilter IT-Landschaften erfordern es, eine klare Strategie zu formulieren und diese in die Gesamtstrategie zur Verwaltungsmodernisierung einzubetten.

Zur Beschreibung der Vision halten wir den Begriff „New Public Management“ für sehr geeignet. New Public Management ist ein Denkansatz für eine neue Managementphilosophie, welche Politik und Verwaltung stärker nach privatwirtschaftlichen Managementtechniken, unternehmerischen Erfolgsprinzipien und marktwirtschaftlichen Steuerungsmechanismen ausrichten will. Ziel ist eine Stärkung des Staates.

Wer soll das alles finanzieren?

Bei ständig sinkenden Budgets ist diese Aufgabe nicht immer leicht lösbar. Oft sucht man die Lösung in einer rigorosen Veränderung der Informationstechnologie. Dabei bedeutet IT-Optimierung oft nur Kosteneinsparungen. Dass eine Reduktion der Kosten ein wichtiger und entscheidender Treiber für die IT-Optimierung bedeutet, ist unbestritten. Sie darf jedoch nicht darauf reduziert werden, sondern muss auf vielen Ebenen stattfinden, um die „Produktivität“ der Verwaltung nicht zu gefährden.

Lassen Sie doch die Nutzer bezahlen!

Oft ist die private Wirtschaft der eigentliche Gewinner. Einfachere und schnellere, und damit wirtschaftlichere Kommunikation mit Behörden reduziert die dafür aufzuwendenden Kosten bei Industrie und Handel. Dadurch sind Wege aufzeigbar, die eine gemeinsame Finanzierung ihrer Verwaltungsreform ermöglichen. Zeigen sie dazu ihrer Wirtschaft die möglichen Potentiale auf. Nehmen sie dazu am besten professionelle Hilfe in Anspruch.

Fazit

Betrachten sie die Optimierung der Verwaltung aus verschiedenen Perspektiven. Diese sind erforderlich, um über die Kostenfrage hinaus die Leistungsfähigkeit der IT zu erhöhen. Konzentrieren sie sich dabei insbesondere auf Sourcing- und Organisationsentscheidungen als eine Möglichkeit zur Optimierung der IT. Dazu sollten Sourcing Strategien entwickelt werden, die eine differenzierte Betrachtung und Entscheidungsgrundlage zulassen. Ergeben

Landkreis Schweinfurt:

Neueste Technik im Berufsschulzentrum

Im heutigen Schulleben ist es enorm wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler auch einen guten EDV-Unterricht genießen können, um auf ihr späteres Berufsleben vorbereitet zu sein. Da die im Berufsschulzentrum Alfons-Goppel vorhandenen EDV-Arbeitsplätze vollkommene belegt sind, wurde nun ein mobiler EDV-Raum in Form eines Laptopwagens angeschafft.

Dieses „mobile Klassenzimmer“ beinhaltet neben 18 Laptops auch einen Beamer und einen Drucker. Über W-Lan wird ein Netzwerk aufgebaut, das eine Verbindung zum Schülernetzwerk und somit zum Internet gewährleistet. Dadurch wird jeder Schulsaal EDV-fähig und garantiert einen Einsatz für alle Fachbereiche und alle Unterrichtsfächer.

Die Rechner dienen zur Infor-

mationsbeschaffung und Aufgabenerledigung. Anschließend werden die Daten auf einem speziellen Speicherstick für jeden Schüler gespeichert. Dies fördert die Selbstständigkeit der Schüler; zudem können so die Arbeiten zur weiteren Bearbeitung mit nach Hause genommen werden. Die Kosten dieses Laptopwagens belaufen sich auf 25.000 Euro, die durch den Landkreis Schweinfurt finanziert wurden. **□**

tsm

Zusammenhänge verstehen
Lösungen erarbeiten
Umsetzung garantieren

Öffentlich Private Partnerschaft & Outsourcing

Wir unterstützen Sie mit fundierter und ganzheitlicher Beratung und operativem Management – um gemeinsam mit Ihnen konkrete und gesicherte Strategien und Konzepte zu entwickeln.

Wir haben die Referenzen in der modernen öffentlichen Verwaltung.

tsm total-sourcing-management
Deutschland +49 911 9893015
info@total-sourcing-management.eu
www.total-sourcing-management.eu



Meldewesen auf Augenhöhe ...



... schnell und freundlich!

AKDB
PARTNER DER KOMMUNEN



In den Grundstein wurden von Schulleiterin Irmgard Kotzmann, Bürgermeister Georg Schwarz, Landtagsabgeordnetem Alfred Sauter und Planer Josef Schuster Tageszeitung, Ortsgeschichte, Ortsplan und Kleingeld gelegt. Bild: Dieter Jehle

Neuburg/Kammel:

Grundsteinlegung für neue Grundschule

Der Markt Neuburg (Landkreis Günzburg) baut eine neue Schule mit Sporthalle. Die Baukosten liegen bei rund 5,1 Millionen Euro. Der Grundstein für den Neubau der Grundschule wurde jetzt gelegt. „Der heutige Tag ist ein wirklich großer Tag, wir legen den Grundstein für ein Projekt, das in den vergangenen 15 Jahren oft Gegenstand strittiger Diskussionen, komplizierter Beschlüsse und umfangreicher Untersuchungen war“, betonte Bürgermeister Georg Schwarz.

„Vor drei Jahren haben wir mit dem Kauf dieses Geländes einen Schlussstrich unter die jahrelangen Debatten und damit den geistigen Grundstein für unsere neue Schule mit Sporthalle gelegt“, erinnerte Bürgermeister Georg Schwarz. Die Grundsteinlegung bezeichnete der Gemeindeführer als sichtbares Zeichen von Aufbruchstimmung und Optimismus. Er dankte den Marktämtern, die sich einstimmig zu diesem mutigen Schritt entschlossen haben.

Doppeltturnhalle

„Die Zeit der Provisorien (Anm.: die Grundschüler von Neuburg sind bisher in drei Schulgebäuden untergebracht) wird im Herbst nächsten Jahres endlich vorbei sein. Unsere Schüler und Lehrer werden großzügige, übersichtliche Räumlichkeiten und lichtdurchflutete, modern ausgestattete Klassenzimmer ebenso wie eine vielseitig zu nutzende Doppeltturnhalle vorfinden. Wir werden an dem Projekt zwar fünf Jahre zu knabbern haben, wir werden diese Herausforderung aber meistern“, versprach Schwarz.

Landtagsabgeordneter Alfred Sauter bezeichnete den Neubau als ein wichtiges Projekt im Rahmen der Daseinsvorsorge in Neuburg. Der Freistaat habe mit seinem Teil dazu beigetragen. „Wir sind bei der Förderung mit 37 Prozent der zuzuwendenden Kosten an die Obergrenze gegangen und haben gemacht, was möglich war“, erklärte Sauter. „Mit diesem Bau werden Lehrer wie Schüler neue, andere und vor allem optimale Voraussetzungen vorfinden“, betonte Landrat Hubert Hafner.

„Nach derzeitigem Planungsstand wird die Sporthalle bereits Ende des Jahres soweit fertig gestellt sein, dass sie in Betrieb gehen kann. Bis zum Schuljahr 2008 wird dann die Schule inklusive der kompletten Außenanlagen auch soweit sein, dass der Schulbetrieb hier aufgenommen werden kann“, versprach

Josef Schuster vom Planungsbüro Schuster engineering. Die Aufgabe seines Büro war auf dem 18.000 qm großen Grundstück eine moderne, funktionale Schule einschließlich einer Doppeltturnhalle entsprechend den finanziellen Möglichkeiten des Marktes Neuburg zu planen.

„Dieses Schulhaus wird, wenn es fertiggestellt ist, das Kostbarste aufnehmen, was wir haben, unsere Kinder. Die Investition gilt den Kindern und unsere Kinder sind es wert“, sagte Pfarrer Karl Fritz im Rahmen der Segnung des Grundsteines.

Goldene Zeiten

„In Neuburg braucht man nicht schwarz zu sehen, auch wenn rote Zahlen stehen, so brechen für die Schule goldene Zeiten an. Es ist die Fortsetzung einer unendlichen Geschichte, die Grundschule Neuburg hat jetzt ihr Frühlingmarchen“, sagte Schulleiterin Irmgard Kotzmann und bezeichnete Bürgermeister Schwarz als Meister des Mutes und Strategie der Finanzen, weil er seine ganze geistige Kraft eingesetzt habe, damit aus diesem epochalen Projekt in Neuburg Geist, Körper und Herz in den Schulkindern wachsen könne.

Spannender Moment

Dann kam der spannendste Moment der Grundsteinlegung. In den zwei Tonnen schweren Stein wurde zunächst eine Kasette mit Tageszeitung, Ortsplan, Ortsgeschichte, Bauplänen und Kleingeld eingelegt. Anschließend hievte der Bagger den Stein in das dafür vorbereitete Loch.

Die Grundschulkinder umrahmten den festlichen Akt mit Gedichten, Gesängen und überreichten an Bürgermeister Georg Schwarz ihre Wunschzettel für die neue Schule. Die älteren Grundschulkinder übergaben mehrere Modelle, wie sie sich die Schule vorstellen. Die musikalische Umrahmung übernahm eine Bläsergruppe der Berufsschule für Musik. Dieter Jehle

Verbandstag 2007 der Bayerischen Baugewerbeverbände:

Trendwende geschafft

Lage und Perspektiven der bayerischen Bauwirtschaft standen im Mittelpunkt des Tags des Baugewerbes in der Neuen Residenz Bamberg. Der Verbandstag unter der Leitung seines Präsidenten Helmut Hubert, der am 10. Juni seinen 70. Geburtstag feiern konnte, bot für die unter dem Dach der Bayerischen Baugewerbeverbände organisierten, mehr als 4.000 Betriebe des Hoch-, Straßen-, und Tiefbaus eine willkommene Plattform zur Diskussion.

Wie Wirtschaftsminister Erwin Huber in seiner Festrede betonte, ist das Baugewerbe „eine Schlüsselbranche für Wachstum und Beschäftigung“. Die guten Zahlen, Statistiken und Stimmungsmeldungen des ersten Quartals „dürfen uns aber nicht in Zufriedenheit wiegen“, meinte Huber; „vielmehr müssen unsere gemeinsamen Anstrengungen - im Bund, Land und in der Wirtschaft selbst - dahin gehen, die Bauwirtschaft zu einem nachhaltigen und dauerhaften Konjunkturmotor zu machen.“

Strategie hat sich ausgezahlt

Die Große Koalition habe in Deutschland eine Politik in Gang gesetzt, die das Wirtschaftswachstum fördert und die Arbeitslosigkeit verringert. Wenn diese Entwicklung anhält, werde Deutschland bald zu seiner alten Funktion als Wachstumslokomotive zurückfinden, zeigte sich der Minister überzeugt. Die wirtschafts- und finanzpolitische Strategie, zu konsolidieren und Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu geben, habe sich schon heute ausgezahlt.

In diesem Zusammenhang nannte Huber die Unternehmens- und Erbschaftsteuerreform, die Reform der Berufsgenossenschaften, die Evaluierung der novellierten Handwerksordnung sowie die Vergaberechtsreform. Es gelte nicht nur, das „uneinheitliche und komplizierte“ Vergaberecht zusammenzuführen und zu vereinfachen; gleichzeitig sei besonders auf eine mittelstandsgerechte Ausgestaltung des Vergaberechts zu achten. Huber: „Nach unserer Auffassung muss die herkömmliche losweise Vergabe von

Baufträgen der Normalfall bleiben. Bauaufträge müssen durch ihren Zuschnitt und ihre Größe der Tatsache Rechnung tragen, dass die Bauwirtschaft ganz überwiegend mittelständisch geprägt ist. Wenn die Losgrößen mit der Leistungsfähigkeit der meisten Unternehmen korrespondieren, dann haben viele Bieter eine realistische Chance auf einen öffentlichen Auftrag.“

Auch auf Landesebene werde Wert auf eine mittelstandsfreundliche Politik gelegt, so Huber. Der Freistaat unterstütze das bayerische Handwerk mit mehr als 20 Mio. Euro jährlich u. a. für Technologietransfer, Aus- und Fortbildung, Coaching und Markterschließung. Das Mittelstandskreditprogramm sei durch Haftungsfreistellungen und die Ausweitung der Fördermöglichkeiten weiter gestärkt worden. In die Allianz Bayern Innovativ sollen 10.000 Unternehmen eingebunden werden. Auch das Handwerk könne sich in den Clustern aktiv einbringen und von ihnen profitieren. Huber: „Wir setzen auf eine landesweite Informations- und Unterstützungskampagne zur Unternehmensnachfolge.“

Mit Blick auf die Novellierung des Mittelstandsförderungsgesetzes erklärte der Minister, dass dort erstmals Regelungen zur mittelstandsfreundlichen Vergabe enthalten sein werden und zum Beispiel auch der Meisterbrief für die Vergabe besonderes Gewicht erhalten wird. Huber: „Ich weiß, dass beim MFG Wünsche offen bleiben. Aber: Wir werden im Bayerischen Landtag einen für alle Seiten tragbaren Kompromiss erreichen. Ihre konkreten Vorschläge zum Vergaberecht tragen dazu bei.“ DK

Innenminister Günther Beckstein:

„Immobilien sollen Investition mit Zukunft bleiben“

„Die Bayerische Staatsregierung setzt sich auch auf Bundesebene dafür ein, dass der Bau und Erwerb von Wohneigentum, und zwar gleichermaßen von eigengenutztem und vermietetem, erstrebenswert bleiben“, betonte Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich des Landesverbandstages des Landesverbands Bayerischer Haus-, Wohnungs- und Grundbesitzer e.V. in Bad Reichenhall. Der Minister stellte heraus, dass die Wohnungsvermieter mit ihrer Investitionsentscheidung dazu beitragen, dass für große Teile der Bevölkerung Wohnraum zur Verfügung steht.

Zu den geplanten Änderungen im Erbschaftssteuerrecht versicherte Beckstein, dass sich die Bayerische Staatsregierung auf Bundesebene dafür einsetzen wird, dass eine für die Erben von Immobilien tragbare Lösung gefunden wird: „Auch Erben von Immobilien besitzen vor dem Erbfall nicht immer Vermögen. Wenn sozialdemokratische Begehrlichkeiten demnächst Gesetz werden sollten, müssten viele aus der Erbmasse die Immobilie sanieren und er-

hebliche Steuern zahlen. Hier sollte der Bundesgesetzgeber angesichts keineswegs üppiger Vermietungsmargen Schmerzgrenzen im Auge behalten.“

Gesetzliche Verankerung

Beckstein erinnerte daran, dass sich die Bayerische Staatsregierung erfolgreich dafür eingesetzt hat, die Umsetzung der europarechtlichen Vorgaben zum Antidiskriminierungsschutz auf das unbedingt Erforderliche zu beschränken. „So ist es gelungen, gesetzlich zu verankern, dass bei der Vermietung von Wohnraum eine unterschiedliche Behandlung im Hinblick auf die Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen und ausgewogener Siedlungsstrukturen sowie ausgleichender wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Verhältnisse zulässig ist. Auch in Zukunft ist damit eine an diesen



Bruckmühl beherbergt die fünfte Realschule im Landkreis Rosenheim. □

Landkreis Rosenheim:

Realschule Bruckmühl feierlich eingeweiht

Trotz angespannter Finanzlage investiert der Landkreis Rosenheim kontinuierlich und intensiv in die Bildung. Landrat Dr. Max Gimple wertet die Maßnahmen der jüngsten Zeit als „umfangreichste Schulbaumaßnahmen aller Zeiten in der Region“.

Alleine in den vergangenen zwei Jahren bestritt der Landkreis Rosenheim 15 Millionen Euro zur Umsetzung von acht Schulbaumaßnahmen. Rund ein Drittel der Investitionen flossen dabei in den Umbau und die Erweiterung der Realschule in Bruckmühl.

Weitere Planungen

„Zudem laufen derzeit weitere Planungen für den Bau einer Dreifachturnhalle in Brannenburg, die Erweiterung der FOS/BOS Rosenheim sowie für Umbaumaßnahmen an den Berufsschulen im Zuge der Berufsschulreform“, so der Landrat weiter.

Steigende Schülerzahlen

Mit der fünften Realschule im Landkreis Rosenheim, der Realschule Bruckmühl, wurde gerade im bevölkerungsreichen Westen einen weiteren Bildungsstandort geschaffen, um den nicht nur dort stetig steigenden Schülerzahlen gerecht zu werden. Bereits im Schuljahr

2004/2005 wurden nach einem Beschluss des Kreistages fünf Realschulklassen von Bad Aibling zur Entlastung der dortigen Realschule in den generalisierenden Altbau der Grund- und Teilhauptschule nach Bruckmühl (Holnstainer Schule) verlagert. Kurz darauf gab das Kultusministerium grünes Licht für eine neue Realschule.

Gleichzeitig machten steigende Anmeldezahlen von drei weiteren Klassen pro Jahr den Umbau und die Erweiterung der Realschule Bruckmühl zu einer dreizügigen Realschule notwendig. Die Baumaßnahmen wurden im August 2005 begonnen und Anfang 2007 fertiggestellt.

20 Arbeitsplätze

Derzeit besuchen 300 Schüler die Schule. Mit der feierlichen Segnung und Schlüsselübergabe wurde die Realschule in Bruckmühl im Mai offiziell dem Schulbetrieb übergeben. Mit der Realschule in Bruckmühl entstanden überdies rund 20 Arbeitsplätze. □

Der Minister appellierte an die Immobilienbesitzer, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Heizung und Warmwasserbereitung haben einen Anteil von rund 40 Prozent am gesamten Energieverbrauch in Bayern. Die Wärmeversorgung für Gebäude bietet deshalb das größte Einsparpotential, bei dem jeder einzelne seinen persönlichen Beitrag leisten kann. 95 Prozent der CO₂-Emissionen, die durch das Heizen von Gebäuden entstehen, entfallen auf den mehr als 25 Jahre alten Gebäudebestand. „Neben CO₂ kann man besonders bei unsonnigen Gebäuden mit Heizungen bis 1988 bei sachgerechter Planung mit verhältnismäßig wenig Geld enorm viel Energie und damit auch Kosten einsparen“, stellte der Minister heraus.

Gebäudeenergieausweis

„Einen Schub beim Problembewusstsein bei Eigentümern und vor allem bei Vermietern verspreche ich mir von der Einführung von Gebäudeenergieausweisen Anfang kommenden Jahres. Für bestehende Gebäude werden dabei zwar keine Standards verschärft. Die neugeschaffene Transparenz des Energieverbrauchs von Gebäuden wird sich jedoch auf Verkehrswerte bebauter Grundstücke und auf Mietpreisgestaltungen auswirken. In vielen Fällen wird sich unter dem Diktat des Wettbewerbs eine bislang aufgeschobene Sanierungsmaßnahme als durchaus rentabel erweisen“, so Beckstein. □

UNIPOR

Die Bundesagentur für Arbeit in Günzburg:

Eine neue Dimension beim Bau mit Raum-Modulen

Etwa 2.600 qm Verwaltungsgebäude schlicht, solide und elegant verpackt. Das ist die neue Bundesagentur für Arbeit in Günzburg. Aber nicht nur von außen wird eine hohe Bauqualität signalisiert, auch beim Innenausbau wurde ein außergewöhnliches Qualitätsniveau realisiert.

Auch für die Bundesagentur für Arbeit. Es war daher keine Frage, den Büroebau in der Zeit und Geld sparenden Raum-Modul-Bauweise zu realisieren. Denn das hat sich inzwischen herumgesprochen: Kurze Bauzeiten und Planungssicherheit funktionieren nur mit der modularen Bauweise. Dass sich der Investor für die Spezialisten der Renz GmbH, aus Althengstett, entschieden hat, kommt von den guten Erfahrungen, die er bei der Realisierung eines ähnlichen Projektes gemacht hat.

Eine solide Basis

Die 126 Raum-Module bilden, nebeneinander gestellt, aufeinander gestapelt und miteinander verkoppelt, den soliden „Rohbau“ des Gebäudes. Bereits bei der Herstellung im Werk wurde der komplette Boden-, Wand- und Decken-Aufbau, inklusive der Isolierung, ausgeführt.

Außen und innen perfekt ausgeführt

Nicht nur optisch, außen durch den kompletten Putz (Strukturputz auf Putzträgerplatte) steht das Gebäude gut da. Auch innen macht das Gebäude einen hochwertigen Eindruck. Die Wände und Decken sind in Trockenbauweise gefertigt. Wobei die Wände in

den Büros und im Treppenhaus Glasfasergewebetapeten haben und in den Sanitäräumen teilweise gefliest sind. Im Flurbereich sorgt eine abgehängte Akustikdecke für die nötige Geräuschdämmung. Der Bodenbelag ist in den Büros aus Nadelfilz, im Treppenhaus, im Windfang, Wartebereich und Verteilerflur aus strapazierfähigem Feinsteinzeug.

Vollwärmeschutz

Die Sanitäräume sind komplett ausgestattet, einschließlich der behindertengerechten Toiletten. Für die Beschattung der Kunststoff-Fenster sorgen Alu-Außenjalousien und Textil-Vertikal-Innenjalousien. Der Vollwärmeschutz ist auf dem neuesten Stand der ENEC. Selbstverständlich sind auch alle Brandschutzbestimmungen erfüllt. Das gilt für die verwendeten Baumaterialien, als auch für die vorgeschriebenen technischen Einrichtungen.

Die technische Ausstattung gehört dazu

Dazu zählen nicht nur die komplette Elektroinstallation, sämtliche Rasterleuchten einschließlich der Notbeleuchtung. Auch diverse EDV-Komponenten, mit der notwendigen Verkabelung, teilweise im System-Doppelboden im Netzwerk-

raum, sind installiert. Für die notwendige Wärme, in den kälteren Jahreszeiten, sorgen der vorbereitete Heizungsanschluss und Flachheizkörper. Aber auch der Aufzug, inklusive dem notwendigen Schachtgerüst ist eingebaut.

Einladender Eindruck

Die vorgeschriebenen Fluchttreppen hinter einer reizvollen Holzverschalung sind ebenfalls in Modulbauweise konstruiert. Ein elegantes Vordach mit transparenter Eindeckung macht den einladenden Ein-

Fachtagung von Regnauer Fertigung:

Bauen als strategische Investition

Gebäude sind Teil des Marketingmix

Wie Unternehmen für die Zukunft bauen, zeigte eine Tagung der Regnauer Fertigung im Mercedes-Benz Center in München auf. Im Mittelpunkt des Symposiums für Planer und Entscheider, bauwillige Unternehmen und Architekten standen Wirtschaftsbauten mit Mehrwert. Sie stellen nach Überzeugung des Seebrucker Unternehmens, das Marktführer bei der Realisierung moderner Gewerbebauten aus Holz ist, mehr als eine funktionale Hülle dar: „Vorausschauende geplante Businessbauten steigern die betriebliche Effizienz, erhöhen die produktive Kommunikation, bieten Mitarbeitern und Kunden ein Identifikationsobjekt, schaffen ein inspirierendes Wohlfühlambiente und unterstützen Unternehmen bei der flexiblen Anpassung an neue betriebliche Anforderungen“, lautete das Fazit von Geschäftsführer Michael Regnauer.

Dass sich die Arbeitswelt in einem intensiven Veränderungsprozess befindet, den zukunftsweisende Bauvorhaben berücksichtigen sollten, demonstrierte der Zukunftsforscher Oliver W. Schwarzmann. Der Vorstand der Gesellschaft für ökonomische Zukunfts- und Verkaufsforschung, Future Business Group, wies darauf hin, dass die wachsende Geschwindigkeit ökonomischer Entwicklungen von Unternehmen ein hohes Maß an Vitalität erfordere. Starre Strukturen, Hierarchien und Formalismen seien dabei hinderlich.

Multioptionale Nutzung

Unternehmensorganisationen der Zukunft müssten auf hohe Anpassungsfähigkeit und Flexibilität setzen. Diese Variabilität werde auch die kommende Gebäudearchitektur prägen: „Schnelle Verwandlungsfähigkeit und multioptionale Nutzung sind weitere Treiber für die Zukunft von Wirtschaftsbauten“, so Schwarzmann. Die Gewerbeimmobilie der Zukunft müsse auch in der Lage sein, als Marketinginstrument zu wirken. „Unternehmensbauten werden Teil des Wertschöpfungs- und Identifikationsprozesses“, betonte der Forscher. Gebäude müssten nach außen die Individualität der Unternehmensphilosophie und ihre Kultur widerspiegeln.

Referenzobjekte

Die von Schwarzmann aufgezeigten Strukturen der Arbeitswelt von morgen setzt das Unternehmen Regnauer bereits heute in zukunftsweisende Wirtschaftsbauten aus Holz um. Diplom-Ingenieur Carsten Lotz, Bereichsleiter Objektbau bei Regnauer, stellte den Teilnehmern der Tagung zahlreiche Referenzobjekte vor. Die realisierten Businessgebäude strahlen, davon konnten sich die Gäste überzeugen, eine besondere At-

druck dieses Gebäudes perfekt.

Systempartner statt Lieferant

Die Renz GmbH, in Althengstett hat sich im Bereich Raum-Module den letzten Jahren immer mehr mit architektonisch anspruchsvollen Projekten auseinander gesetzt. Weil immer mehr Bauherren und Architekten die kompetente und fachlich fundierte Beratung der Raum-Modul-Spezialisten schätzen. Aber nicht nur durch die kompetente Beratung, auch das Eingehen auf besondere Wünsche und die Beschäftigung mit neuen ungewöhnlichen Lösungen, machen das Althengstetter Unternehmen zu einem begehrten Partner.

Der Komplett-Service der Renz GmbH umfasst die termingerechte Lieferung, die Überwachung der Montagear-



Hohe Bauqualität außen wie innen.

beiten und die Koordination der Zulieferer und Handwerker vor Ort.

Perfekter Service

Als anerkannter Systempartner steht Renz für absolute Kundenorientierung, unbestrittene Qualität, zuverlässige Logistik und perfekten Service. Das gilt natürlich nicht nur für den Bereich Raum-Module und Raum-Container. Auch beim übrigen Lieferprogramm: Mate-

rial-, Lager- und Seecontainer, Stahlbau-Spezial-Container, Mini-, Kompakt- und Iso-Hallen, sowie Systemhallen, können sich die Kunden auf die Kompetenz der Renz-Berater verlassen.

Nähere Informationen sind erhältlich von: Renz GmbH; Im Unteren Ried 26, 75382 Althengstett, Tel. 0 70 51 - 96 77 30; Fax 0 70 51 - 96 77 33, e-mail: info@renz-container.com; internet: www.renz-container.com

Regnauer stelle die Gebäudearchitektur bewusst in den Dienst einer schnellen Verwandlungsfähigkeit, einer multioptionalen Nutzung und Variabilität. Eine visionäre Antwort bietet das Familienunternehmen nach Angaben des Referenten auch für den Energiebereich - wichtiger Schlüsselfaktor für den Erfolg von Gewerbeimmobilien in einer Zeit, die zunehmend von hohen Energiepreisen und der Notwendigkeit zum Klimaschutz geprägt sei. Die Regnauer-Vitalwand mit ihren überdurchschnittlichen Dämmwerten beispielsweise vollbringe Höchstleistungen im Energie-sparen.

„Programming“

Regnauers Kompetenz basiert nach Angaben von Geschäftsführer Michael Regnauer auf der Planungsmethode „Programming“. „Die richtigen Fragen stellen - die richtigen Schlüsse daraus ziehen“ laute das Prinzip der Methode.

Großer Erfahrungsschatz

Vor der Festlegung der Architektur durchleuchteten die Planer intensiv die betrieblichen Abläufe des Auftraggebers, die Organisations- und Mitarbeiterstruktur, Ziele und Zukunftsplanungen des Unternehmens. Die gewonnenen Daten bildeten die Rahmenbedingungen für das Bauwerk und die Grundlage für die weitere Planung, die schließlich zur konkreten Umsetzung führt.

Bei der Realisierung kommt Regnauer als führendem Anbieter im Wirtschaftsbau aus Holz die Erfahrung aus über 1000 Projekten zugute. Sie sind nach Angaben des Geschäftsführers auch in das Gebäudemodell „Future Lab“ eingeflossen. Es bildet als Ideenträger und Realisierungsbeispiel die Grundlage zahlreicher Bauprojekte.

„Future Lab“

In „Future Lab“ sind Regnauer zufolge auch die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse der Geschäftsprozessoptimierung und der biosozialen Harmonielehre integriert worden. Ein hohes Maß an Flexibilität und eine sehr variable architektonische Gestaltung machen das auf Bausteinen basierende Modell für unterschiedliche Nutzungen interessant. Die Außenwirkung als „weicher Standortfaktor“ spiele dabei für Unternehmen, die innovativ und kundennah arbeiten müssen, eine immer wichtigere Rolle, betonte Regnauer.

Mehrwert gewinnen

Wie durch bewusstes Bauen Attraktivität, immaterielle Substanz und Mehrwert gewonnen werden, zeigte den Teilnehmern eine Führung durch das Mercedes-Benz Center in München. Der Prototyp eines gelungenen Identifikationsobjektes paart beispielhaft emotionales Markenerlebnis mit hoher Funktionalität. **DK**



Bei der Preisverleihung - von links: Joachim Grüter (Präsident Deutscher Naturwerksteinverband), Architekt Klaus Brückner (in Vertretung der Söhne Peter und Christian Brückner), Stellvertretender Landrat Günther Kohl, Architekt Kaspar Kraemer (Präsident Bund Deutscher Architekten).

Hauzenberg:

Auszeichnung für Granitzentrum

Das Granitzentrum Bayerischer Wald in Hauzenberg sorgt im Architektur- und Natursteinumfeld nach wie vor für großes Aufsehen. Nun bekam das Projekt eine Auszeichnung im Rahmen des Deutschen Naturstein-Preises.

Dabei werden auf der großen Natursteinmesse Stone+Tec in Nürnberg alle zwei Jahre hervorragende Bauwerke ausgezeichnet, bei denen Naturstein zum Einsatz kommt. Neben Gebäuden in Berlin, München, Stuttgart, Minneapolis und der Frauenkirche in Dresden wurde diesmal auch die Architektur des Hauzenberger Granitzentrums gewürdigt.

Gelungene Integration des Gebäudes

Die Jury hebt besonders die gelungene Integration des Gebäudes in den alten Steinbruch

hervor und betont die Qualität und Präzision der Granitverwendung, die die Leistungsfähigkeit und Schönheit dieses Materials, des Bayerwaldgranits, aufzeigen.

Stolzer Landrat

Landrat Günther Kohl als Vertreter des Bauherren nahm zusammen mit Architekt Klaus Brückner die Auszeichnung entgegen. Bei dieser Gelegenheit besuchte Landrat Günther Kohl auch die Messestände der Firmen Josef Kusser, Aicha vorm Wald und der Berbinger Granitwerke Georg Zankl. **□**

Gemeinsam Werte schaffen

KOMPETENTE
Dienstleistungen für Kommunen

- Regional- und Standortentwicklung
- Immobilienentwicklung
- Wohnungsbau / Einheimischen-Modelle

Ihre Ansprechpartner:

Franken:	Herr Grauer	Tel. 0911 / 23 20 929
	Herr von Imhoff	Tel. 0911 / 23 20 920
Oberbayern und Schwaben:	Herr Danninger	Tel. 089 / 23 87-0
Niederbayern und Oberpfalz:	Herr Müllner	Tel. 0941 / 78 00 116
Regional- und Standortentwicklung:	Herr Streng	Tel. 0921 / 78 42-0



Wussten Sie eigentlich, dass bei der BLS unter anderem Stadtplaner, Architekten, Landschaftsplaner, Agraringenieure und Immobilienkaufleute tätig sind? Dieses kompetente Team bietet Ihnen umfassende Dienstleistungen „aus einer Hand“!

Bayerische Landessiedlung GmbH





Forumsveranstaltung in Altenstadt. Von links: Bürgermeister Albert Hadersbeck, Firmeninhaber Johann Emter und Weilheim-Schongaus Landrat Luitpold Braun.

Emter schafft neue thermische Kapazitäten:

Innovative Klärschlammverwertung

Anlage im Oktober 2007 betriebsbereit

Neue Wege bei der thermischen Verwertung von Klärschlamm beschreitet die Firma Emter aus Altenstadt bei Schongau. Im Oktober dieses Jahres soll die neue Anlage in Betrieb gehen. „Wir sind mit dem Rohbau der Halle fertig, die ersten Anlagenkomponenten stehen zur Montage bereit“, sagte Johann Emter, Geschäftsführer der Emter GmbH anlässlich einer Forumsveranstaltung im firmeneigenen Entsorgungs- und Energiepark. Mit dieser hochmodernen thermischen Klärschlammverbrennungsanlage schafft das Unternehmen weitere, dringend benötigte Kapazitäten.

„Jährlich können wir mit dieser neuen Technologie ca. 120.000 Tonnen Klärschlamm umweltfreundlich und preisgünstig entsorgen“, betonte Emter. Zwei Verbrennungsöfen garantieren hohe betriebliche Verfügbarkeit. Die Trocknung des Klärschlammes erfolgt durch eine Wannentrocknungsanlage. Die geruchsbehaltende Abluft aus der Lagerung und aus der Brüdenkondensation wird den Verbrennungsöfen zugeführt. Damit bleibt die Umwelt unbelastet. Die Abgasreinigung geschieht in zwei Stufen. Ein eigenes Klärwerk wird sicherstellen, das nur unbelastetes Abwasser in die Kanalisation gelangt.

Konzept aus einer Hand

Mit dieser Anlage kann die Emter GmbH seinen Kunden ein Entsorgungskonzept aus einer Hand bieten. Dazu gehört die komplette Transportabwicklung. Emter gebe eine Entsorgungssicherheit durch umweltfreundliche und energieeffiziente Neutralisierung des Abfalls. Dadurch, dass keinerlei fossiler Brennstoff verwendet werde, bestehe hohe Kosteneffizienz. Die dezentrale thermische Verwertung von Klärschlamm habe sich zu einem interessanten Geschäftsfeld der Emter GmbH entwickelt. „Als Reststoffverwerter und Recycling-Unternehmen verfügen wir über die Rohstoffe. Zudem ergibt sich ein Handlungsbedarf aufgrund der neuen Deponieverordnungen“, unterstrich Emter die Lage. Daher hat sich die Emter GmbH entschlossen, in eine Anlage zur Trocknung und thermischen Verwertung von maschinell entwässertem Klärschlamm zu investieren.

Niedrigere Kosten

Spezialist für intelligentes Abfallmanagement in Gewerbe, Industrie und Kommunen ist die SÜD-MÜLL-Unternehmensgruppe. „Kern unseres strategischen Konzepts sind neben der Abfallentsorgung vor allem auch die Abfallvermeidung und die Wiederverwertung von Abfällen“, so Gernot Eberhard, Geschäftsführer und Inhaber der SÜD-MÜLL GmbH & Co. KG. „Mit unseren Spezialisten sind wir in der Lage, anspruchsvolle technische Innovationen zu entwickeln.“

Aufgrund der besonderen

Bauweise und Konstruktion der Anlage können die Trocknungskosten im Vergleich zu herkömmlichen Verfahren weit aus geringer gehalten werden. Schon bei der Teiltrocknung entsteht eine Reduzierung der Menge, verbunden mit einer Transporteinsparung, Lagerfähigkeit und einer gleichzeitigen Hygienisierung des Endprodukts.

Der Nutzen für den Kunden liegt darin, dass die SÜD-MÜLL GmbH & Co. KG die komplette Projekt- und Bauleitung übernimmt: die komplette Dienstleistung aus einer Hand. Qualität und Entsorgungssicherheit für den Kunden ist die Maxime der SÜD-MÜLL Unternehmensgruppe.

Das Herzstück

Das Herzstück für die thermische Klärschlammverbrennungsanlage der Emter GmbH - die Verbrennungsanlage - wird die Firma ALDAVIA BioEnergy GmbH aus Linz liefern. „Die patentierte ALDAVIA-Technologie kombiniert die Kostenvorteile der Vorschubrostfeuerung mit den technischen Vorteilen der Wirbelschichtfeuerung“, erklärte Projektleiter Walter Möslinger. Diese patentierte Technik sei das Ergebnis intensiver Forschungsarbeit und bereits seit Jahren international erfolgreich im Einsatz.

Ausgereifte Technologie

„Unser Unternehmen liefert eine ausgereifte Technologie mit höchster Verlässlichkeit, das gilt auch bei komplizierten Klärschlamm-Fractionen mit variierender Qualität“, betonte Möslinger. Die klassische Vorschubrosttechnik sei allein für diesen Einsatzzweck bei der Anlage der Emter GmbH ungeeignet, da es zu Verschlackungen und Korrosionen kommen könnte, die eine geforderte Verfügbarkeit von 8.000 h/a aufgrund häufiger Wartungsarbeiten unmöglich mache. Die Wirbelschichttechnik sei bei Leistungsklassen bis 30 MWth aufgrund hoher Investitions- und Betriebskosten meist unwirtschaftlich. „Die ALDAVIA-Anlagentechnik ist die optimalste Lösung für höchste Brennstoffflexibilität bei maximalen Wirkungsgraden und sorgt für höchste Anlagenverfügbarkeit“, schloss Projektleiter Möslinger.

Rohrleitungsbauverband rbv und Bauindustrie Bayern:

Investieren das Gebot der Stunde

Investitionsstau, Fachpersonalmangel, marodes Rohrleitungssystem: Es wird in den nächsten Jahren große Probleme bei der öffentlichen Wasserver- und -entsorgung geben. Damit die Belastungen nicht auf künftige Generationen verschoben werden, muss jetzt investiert werden. Der rbv bietet eine halbprivate Lösung und sucht für ein Pilotprojekt Kommunen im ländlichen Raum.

Auf einer Veranstaltung des Rohrleitungsbauverbandes rbv und der Bauindustrie Bayern sprach der Vorsitzende der rbv-Landesgruppe, Dipl.-Ing. (FH) Dieter Beck, davon, dass nur nach England oder Frankreich gesehen werden müsste, um die dringende Notwendigkeit einer Alternative zur kompletten Privatisierung des Rohrleitungsnetzes zu erkennen. 30 Prozent des Netzes sind sanierungsbedürftig. In Einzelfällen wird schon mehr Wasser in den Boden gepumpt als verbraucht. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Dieter Hesselmann sagte: „Pro Jahr müssten 1,5 bis 2 Prozent der Trinkwasserleitungen erneuert werden, nur um auf dem heutigen Stand zu bleiben. Tatsächlich beträgt die Erneuerungsrate aber nur 0,9 Prozent.“ Konkret heißt das, dass ein Rohr 111 Jahre halten muss.

Die zurückgegangenen Investitionen in der Instandhaltung haben aber noch eine weitere wichtige Auswirkung: Zwischen 1996 und 2002 ist die Zahl der Arbeitnehmer im Rohrleitungsbau um ein Drittel gesunken. Für die gesamte Bundesrepublik werden 200-300 Rohrmeister benötigt, tatsächlich ausgebildet werden aber nur 25! Wird die Erneuerung des Netzes noch weiter aufgeschoben, wird es wohl zu einem Fachpersonalmangel kommen. Mittlerweile dürfte sich der Investitionsstau auf 13 Milliarden Euro belaufen und jährlich kommen weitere vier Milliarden Euro hinzu.

Der rbv bietet öffentlich-privat

te Kooperationsmodelle in denen gezieltes Outsourcing von technischen Dienstleistungen Qualität, Sicherheit und Preisstabilität der Wasserver- und -entsorgung gewährleistet und akute und vorsorgende Investitionen in Anlagen- und Leitungsinfrastruktur ermöglicht.

Diese Modelle liefern Chancen für beide Seiten. Rohrleitungsbauunternehmen könnten Leistungen wie Netzführung, Störungsservice/Bereitschaft, Instandhaltung und -setzung, Wartung und Inspektion übernehmen. Im Einzelfall wäre auch eine komplette Übernahme der technischen Betriebsführung möglich. Hier bliebe die Kommune weiterhin Eigentümer des Netzes und der Anlagen und auch rechtlich und kaufmännisch alleine verantwortlich. Je nach Bedarf werden verschiedene Stufen des Grades der Einbindung angeboten. Die Entscheidungshoheit über die Finanzen bleibt weiter bei den Kommunen oder dem Kommunalen Zweckverband.

Ministerialrat Michael Haug versicherte die geistige Unterstützung der Landesregierung, nicht aber die finanzielle oder organisatorische, da die Landesregierung keinen freien Wettbewerb im Sinne des Preisdumpings wünscht. „Anlagen, die auf Kosten des Bürgers erbaut wurden, müssen erhalten werden“, so Haug. Weiter Infos unter: www.rohrleitungsbauverband.de/kontakt/landesgruppen/lg_bayern.html ch

Grundstein für künftige Erfolge gelegt

Geschäftsführung bei Fränkischen Rohrwerken wird erweitert

Die Fränkischen Rohrwerke kündigen für 2007 eine personelle Erweiterung der Geschäftsführung an. Nach dem Ausscheiden seiner Mitgesellschafter September 2006 hatte Otto Kirchner die alleinige Geschäftsführung im Unternehmen übernommen. Mit Hartmut Hausknecht, Michael Huck, Michael Thomé und Dr. Rainer Flohr, die in der Firma seit längerer Zeit wichtige Leitungsfunktionen innehaben, nimmt sich der Unternehmer ab 1. Mai 2007 kompetente Führungskräfte in die Geschäftsführung des mittelständischen Industrieunternehmens.

„Die Fränkische ist seit meinem Eintreten vor fast 25 Jahren von 450 auf 1.550 Mitarbeiter gewachsen, der Umsatz hat sich in der Zeit fast verfünffacht, auf heute rund 250 Mio. Euro. Heute ist jeder unserer Geschäftsbereiche so groß oder sogar größer als unser gesamtes Unternehmen damals. Damit ich genügend Raum für eine aktive strategische Führung des Unternehmens habe, verlagern wir die Verantwortung für das operative Geschäft stärker in die Geschäftsbereiche, deren neue Geschäftsführer dafür weitreichende Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen übernehmen. Durch die neue Aufteilung wollen wir den Grundstein für weiteres kontinuierliches und profitables Wachstum legen“, so Kirchner.

Die neue, erweiterte Unternehmensspitze wird durch kurze Entscheidungswege Maßnahmen schneller umsetzen und auch auf die Veränderungen ihrer Märkte unmittelbar reagieren können. Zudem soll die angestrebte enge Zusammenarbeit zu einer Verbesserung des Informationsflusses, der Kommunikation und des Verständnisses zwischen den Ge-

schäftsbereichen beitragen. Otto Kirchner wird sich dagegen als Vorsitzender der Geschäftsführung außer um die Zentralbereiche in erster Linie um die strategische Ausrichtung des Unternehmens sowie die Verfolgung der Unternehmensvision kümmern.

Kompetente Kräfte

Dr. Rainer Flohr übernimmt die Geschäftsführung für den Geschäftsbereich Industrieprodukte mit allen drei Auslandsstandorten und den beiden Produktionsstätten in Königsberg und Hofheim. Hartmut Hausknecht verantwortet künftig den Bereich Finanzen mit Finanz- und Betriebsbuchhaltung, Controlling und EDV sowie die Rechtsabteilung. Michael Huck ist in Zukunft verantwortlich für die Sparte Haustechnik und den Zentralbereich Materialwirtschaft mit Einkauf und Logistik. Michael Thomé, heute Leiter Geschäftsbereich Drainage- und Elektrosysteme, wird als Geschäftsführer neben seinen bisherigen Bereichen den Geschäftsbereich Maschinen und die Verantwortung für die übergreifende Produktionstechnik übernehmen.



Der Leiter des Augsburgs Klärwerks Wolfgang Schwarz (l.) erläutert Johannes Hintersberger, MdL, Mitglied im Umweltausschuss des Bayerischen Landtags, Umweltcluster Geschäftsführerin Dr. Manuela Wimmer (2. und 4. von links) und CSU Funktionsträgern die effiziente Funktionsweise der Klärwerkbecken.

Führung durch das Augsburgs Klärwerk

Landtagsabgeordneter Johannes Hintersberger: Energie aus Klärschlamm politisch vorantreiben!

Zusammen mit der Geschäftsführerin des Umweltclusters Bayern, Dr. Manuela Wimmer sowie interessierten Stadträten und CSU-Ortsvorsitzenden aus seinem Stimmkreis besichtigte der Augsburgs Klärwerk der Stadt Augsburg.

„Das Klärwerk Augsburg gehört zu den modernsten und effizientesten Klärwerken in Deutschland und ist eine wichtige Innovationsschmiede in Augsburg“, lobte Hintersberger die Bedeutung der Anlage und die engagierte Kompetenz der Beschäftigten. Im Gespräch mit dem langjährigen Klärwerksleiter Dipl.-Chem. Wolfgang Schwarz verwies Hintersberger und Dr. Wimmer auch auf die Kooperationsmöglichkeiten im Umweltcluster Bayern. „Die Anlage ist ein innovativer Mosaikstein im Umweltcluster“, so Hintersberger.

„Augsburger Modell“

Das moderne Klärwerk reinigt täglich das Wasser von 350.000 Einwohnern, dazu kommen Industrie- und Gewerbeabwässer: dies entspricht jährlich ca. 70 Millionen m³. „Viele Bürger wissen oft nicht, wie sicher, wirtschaftlich und vor allem sauber das Abwasser geklärt wird und welches Potenzial das Klärwerk besitzt“, machte Schwarz deutlich. Das besondere Entwicklungspotenzial des Klärwerks liegt aus Sicht von Hintersberger

gerade auch in der Nutzung von Klärschlämmen als Energieträger. „Das Verfahren zur Nutzung von Klärschlämmen als Energieträger geht auf eine Idee des Augsburgs Klärwerks zurück, das als Patent angemeldet wurde, und in Fachkreisen als „Augsburger Modell“ bekannt ist“, erklärte Schwarz. „Im Klärschlamm steckt viel Energie, die es zu nutzen gilt, denn sie ist biologisch, emissionsarm und wirtschaftlich“, griff Hintersberger die Verfahrensinitiative auf, kann aber auch die Ängste der Bevölkerung bei Thema Klärschlamm nachvollziehen.

„Die Diskussion über den Einsatz von Klärschlämmen als Energieträger kann und muss offensiv mit sachlichen Argumenten geführt werden. Wir müssen den Bürgern die Ängste nehmen, Beweise für die Unbedenklichkeit der energetischen Nutzung vorlegen und Vorteile darlegen, wie zum Beispiel die Vermeidung des Entsorgungstourismus von Klärschlämmen von mehreren hunderttausend Kilometern in Jahr“, forderte Hintersberger und sagte Wolfgang Schwarz seine politische Unterstützung zu.

Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall:

Gewässerentwicklungspreis für Münchens „Isar-Plan“

Mit dem erstmals vergebenen Gewässerentwicklungspreis der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) wird die Umsetzung des „Isar-Plans“ des Freistaates Bayern - vertreten durch das Wasserwirtschaftsamt München und der Landeshauptstadt München - ausgezeichnet.

Die Isar, ein alpiner Fluss mit im Jahresverlauf stark schwankenden Abflüssen, wird derzeit im Stadtgebiet Münchens auf einer Länge von acht Kilometern renaturiert. Die Uferauen bieten nun für Tiere und Pflanzen naturnahen Lebensraum, und für die Münchner stehen neue Erholungsflächen für Freizeit und Sport zur Verfügung. Der DWA-Gewässerentwicklungspreis wird vergeben für herausragende und vorbildlich durchgeführte Maßnahmen zur Erhaltung bzw. naturnahen Gestaltung und Entwicklung urbaner Gewässer.

Die Isar war in München lange ein Fluss im Betonkorsett: Steile Böschungen verhinderten bislang den Zugang zum Gewässer. Die Umgestaltung im Rahmen des Isar-Plans gibt dem Fluss nun sein Kiesbett und einen naturnahen Verlauf zurück. Unter dem Motto „Neues Leben für die Isar“ wurde das insgesamt acht Kilometer lange Pro-

jekt der Isar-Renaturierung für die Bayern-Metropole in Auftrag gegeben (www.neues-leben-fuer-die-isar.de). Seit 1995 wird unter intensiver Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden und politischen Gremien der Isar-Plan im Rahmen einer offenen Planung vorangetrieben. Derzeit sind sechs der insgesamt acht Kilometer renaturiert, das letzte Teilstück soll bis 2010 fertig gestellt sein.

Otto Schaaf, Präsident der DWA, lobt das Projekt als vorbildlich. „Hier wird eindrucksvoll gezeigt, wie auch im städtischen Raum Gewässerentwicklung, Hochwasserschutz und Naherholung miteinander in Einklang gebracht werden können.“ Entsprechend dem Anlass wird der Preis ein „Denkmal“ in Form eines Isarfindlings sein, der mit einer entsprechenden Hinweistafel versehen an einer exponierten Stelle am Gewässer aufgestellt wird. DK

Hochbehälter Haidberg:

Wasserkammern generalsaniert

Ein Beitrag zur Sicherung der Trinkwasserversorgung für Nürnberg

Nach einer Generalsanierung innerhalb von 28 Monaten steht der Hochbehälter Haidberg wieder zur Trinkwasserversorgung zur Verfügung. N-ERGIE investierte rund 6,4 Millionen Euro in die Sanierung des Bauwerkes mit den beiden Wasserkammern, der Behälterbelüftung, des Schieberhauses sowie den technischen Einrichtungen und Außenanlagen. Nach fast 50 Betriebsjahren war es an der Zeit, die verbrauchte Putzschicht in den beiden Wasserkammern zu erneuern und die gesamte Technik des Hochbehälters auf den neuesten Stand zu bringen.

Wasserkammern so groß wie zwei Fußballfelder

Die Planungen der Generalsanierung begannen im November 2003. Bei diesen Planungen war es besonders wichtig, dass auch während der 28-monatigen Bau-phase die Trinkwasserversorgung in den angeschlossenen Bereichen störungsfrei aufrechterhalten blieb. So wurde ein „Fahrplan“ der N-ERGIE Trinkwassergewinnungsanlagen und des Wasserbezuges vom Zweckverband Wasserversorgung Fränkischer Wirtschaftsraum (WFW) erstellt, der das Fehlen der Speicherkapazität einer Wasserkammer im Hochbehälter Haidberg (37.500 Kubikmeter) berücksichtigt, ohne dass es zu Versorgungs-

problemen in der Stadt kommt. Der Hochbehälter Haidberg mit seinen zwei getrennten Wasserkammern (Ost und West) hat eine Grundfläche von 152 Metern mal 100 Meter und ist damit ungefähr so groß wie zwei Fußballfelder. Die Höhe der Kammern liegt zwischen 5,08 Metern und 6,83 Metern, der Füllstand schwankt im Normalbetrieb zwischen 2,60 m und 3,50 m.

2.400 bar Druck lösten alte Beschichtung

Von Januar bis Juli 2005 wurde die Ostkammer saniert. Ein Wasserstrahl mit einem Druck von 2.400 bar trug die alte Betonwandbeschichtung ab. Mit diesem gewaltigen Druck könnte ei-

ne Wassersäule von 2,4 Kilometern Höhe erzeugt werden. Anschließend erhielten die Wände der Wasserkammer eine neue Betonputzschicht mit einer Stärke zwischen 35 bis 40 Millimeter. Auch die zahlreichen Säulen werden erneuert. Der Böden der beiden Wasserkammern wurden mit einer Fräse abgefräst und nachher neu eingebaut. Eine Fläche von insgesamt 64.000 Quadratmeter (m²) wurde mit 8.000 Tonnen Beton neu beschichtet.

Da die beiden Wasserkammern mit einem Fassungsvermögen von jeweils 37.500 Kubikmeter Trinkwasser nacheinander saniert wurden, wurde zu Beginn der Arbeiten die mit Wasser gefüllte Westkammer hermetisch abgeriegelt, um das Eindringen von Staub und Schmutz durch die Bauarbeiten in der Ostkammer zu verhindern. Anschließend wiederholten sich die Maßnahmen bei der Sanierung der Ostkammer. Die Sanierungsmaßnahmen im Einzelnen: Betonsanierung der beiden Wasserkammern - Erneuerung der Belüftungstechnik - Modernisierung der gesamten Elektrotechnik - Sanierung des Schieberhauses und der Außenanlagen

Hochbehälter seit 45 Jahren in Betrieb

Der Hochbehälter Haidberg wurde nach einer zweijährigen Bauzeit am 28. Juni 1959 auf dem rund fünf Hektar großen Gelände offiziell in Betrieb genommen. Seit dieser Zeit wird der Nürnberger Norden mit Trinkwasser aus dem Hochbehälter versorgt. Auch die Erlanger Stadtwerke (ESTW) erhalten Trinkwasser aus diesem Behälter. Gespeist werden die beiden Trinkwasservorratskammern von den Wasserwerken Ranna und Erlenstegen/Eichelberg. Mit der Sanierung des Hochbehälters Haidberg liefert die N-ERGIE Aktiengesellschaft einen weiteren Beitrag, um auch in der Zukunft die Trinkwasserversorgung in der Stadt Nürnberg zu sichern. Pro Jahr liefert die N-ERGIE rund 32 Millionen Kubikmeter Trinkwasser über ihr 2.252 Kilometer langes Wasserversorgungsnetz an die Nürnberger Bevölkerung.

Hochbehälter erfüllen drei wichtige Aufgaben:

- Druck: den im Rohrnetz erforderlichen Druck zu halten,
- Tagesausgleich: den Unterschied zwischen dem weitgehend gleichbleibenden Wasserzufluss aus den Gewinnungsgebieten und der im Tagesverlauf stark schwankenden Wasserabgabe auszugleichen,
- Vorrat: Wasservorrat zur Überbrückung von Betriebsstörungen sowie zur Brandbekämpfung bereitzustellen.

Ein Hochbehälter besteht aus den beiden Wasserkammern, einem Rohrkeller und dem Bedienungsgebäude. Während im „oberen Teil“ des Bedienungsgebäudes hauptsächlich die elektrischen und verfahrenstechnischen Ein-

wurden über 270 Kilometer Flussschleiche mit Kosten von über 140 Millionen Euro saniert.

Sechs Flutpolder

Derzeit sind sechs große Flutpolder in der Planung. Ziel ist es, in Bayern ein Hochwasserrückhaltevolumen von rund 30 Millionen Kubikmetern zum Schutz vor Hochwasser zu schaffen. Im Alpenraum wurden seit 2001 rund 92 Kilometer Wildbachschutzbauten verwirklicht. Knapp 40 Prozent der Überschwemmungsgebiete Bayerns sind bereits festgesetzt. □

richtungen untergebracht sind, also z. B. auch die Einrichtungen zur Fernüberwachung der Anlage, beherbergt der Rohrkeller die hydraulischen Einrichtungen wie Rohre, Armaturen, Schieber, Wasserzähler und anderes.

Um die Anlage sicher und funktionsfähig zu gestalten, sind im Wesentlichen folgende Einrichtungen erforderlich: Der Hochbehälter ist gesichert durch eine Zugangstür. Trinkwasser wird von der Wassergewinnungsanlage oder vom Wasserwerk über eine Druckleitung in die Wasserkammern eingespeist. Nach Durchfließen der Wasserkammern gelangt das Trinkwasser über die Entnahmeleitung in die Fallleitung und wird dem Versorgungsgebiet zugeführt. Aus Gründen der Betriebssicherheit ist auch eine Überlaufleitung anzubringen.

Tritt z. B. der Fall ein, dass die Wasserkammern überfüllt werden, so gelangt das Überwasser über eine Überlaufschwelle in einen „Vorraum“, um dann durch die Überlaufleitung schadlos abgeführt werden zu können. Bei diesem System ist der Einbau von Drucktüren erforderlich. Der betretbare „Vorraum“ bietet optimale Möglichkeiten, die Wasseroberfläche visuell zu beobachten und ihn auf Verunreinigungen hin (Schwimmstoffe) zu kontrollieren.

Optimaler Schutz

Um die Wasserkammern auch regelmäßig reinigen zu können, ist über die Entleerungsleitung eine vollständige Entleerung der Kammern möglich. Hierzu ist an geeigneter Stelle ein Entleerungssumpf vorzusehen. Durch Wasserzulauf und Wasserentnahme ändert sich die Höhenlage der Wasserspiegeloberfläche ständig. Durch Ausdehnung und Komprimierung können hierdurch Luftdruckschwankungen in den Wasserkammern auftreten. Um diese auszugleichen, sind an geeigneter Stelle Entlüftungen vorgesehen. Einbruchhemmende Türen, vergitterte Fenster und der Einbau von Bewegungsmeldern gehören zur Standardausrüstung jeder Wasserversorgungsanlage.

Darüber hinaus muss Trinkwasser geschützt werden, zum Beispiel vor Licht und Aufwärmung (Bakterienbildung!). Dieser Schutz wird optimal dadurch gewährleistet, indem die Wasserkammern mit Erde überdeckt wird. Einen zusätzlichen Vorteil bietet diese Erdüberdeckung auch im Sinne des Landschaftschutzes, schließlich ist ein Hochbehälter oft an exponierter Stelle zu finden. Elektrische Einrichtungen, Einrichtungen der Fernüberwachung und der Verfahrenstechnik sind meistens im oberen Teil des Bedienungsgebäudes, also über dem Rohrkeller, zu finden. □

„Wasser braucht eine Stimme“

40 Jahre Arbeitsgemeinschaft Wasserver- und Abwasserentsorgungsunternehmen Niederbayern/Oberpfalz

Bei einem Festakt zum 40-jährigen Bestehen der Arbeitsgemeinschaft Wasserver- und Abwasserentsorgungsunternehmen Niederbayern/Oberpfalz in Landshut gab es von der bayerischen Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Emilia Müller, großes Lob für die enge kommunale Kooperation. Gleichzeitig sprach sich Müller gegen Forderungen der Europäischen Union aus, den Wassermarkt zu privatisieren.

Im Vordergrund des Interessensverbandes, der laut Manfred Kaschel, stellvertretender Vorsitzender der Arge und Wasserverbandsvorsitzender Mittlerer Vils Aham, die kommunalen Zweckverbände unterstützt, stehen die Fort- und Weiterbildung sowie die Information über neue Entwicklungen auf allen Gebieten der Wasserversorgung.

Wie der Arge-Vorsitzende und Bürgermeister in Regenstuf, Dagobert Knott, betonte, biete die Vorstandschäft interessante Themen bei Tagungen an, um den Erfahrungsaustausch von Bürgermeistern, Werks- und Geschäftsleitern sowie technischem Personal zu ermöglichen. Rund 175 Mitglieder gehören dem Interessensverband derzeit an. Jüngstes Mitglied ist die Stadt Landshut, deren Oberbürgermeister Hans Rampf als Gastgeber die Bedeutung der Trinkwasserversorgung besonders hervorhob.

Landshut ist auch der Gründungssitz der Arge. Die finanzielle Not der Kommunen und Zweckverbände sowie die ungleiche Verteilung von Fördermitteln waren Knott zufolge 1967 der Anlass für die verantwortlichen Werksleiter aus den Wasserverbänden Au in der Hallertau, Rottenburg und Mallersdorf/Labertal, den Verband zum Leben zu erwecken. 1978 wurde die Arge Niederbayern um die Region Oberpfalz erweitert.

Wie Staatsministerin Müller darstellte, sei Anfang der 60er Jahre noch ein Großteil des Trinkwassers aus flachen Brunnen mit Oberflächenwasser gekommen. Bis zu 90 Prozent dieses Wassers sei deshalb bakteriologisch nicht einwandfrei gewesen. Die Abwässer seien in Güllegruben und über Absetzgruben in Bäche, Flüsse und Seen geleitet worden. Entsprechend hoch belastet seien die Gewässer gewesen.

Laut Müller steht die Arge seit ihrer Gründung für Qualitätsmanagement und Know-how-Transfer. Dass Städte und Gemeinden dabei eng mit dem Ministerium zusammenarbeiten, bezeichnete Müller als „Paradebeispiel für das erfolgreiche Miteinander von Staat und Kommunen“. Eine Partnerschaft sei der „Königsweg zur Erfüllung dieser Aufgaben“,

konstatierte auch Ministerialrat Michael Haug.

„Öffentliches Trinkwasser ist kein Wirtschaftsgut wie jedes andere und kann daher nicht hundertprozentig dem Wettbewerb unterworfen werden“, stellte die Ministerin zudem fest und sprach sich unter Applaus gegen die Liberalisierung des Wassermarktes aus. Reine Gewinnorientierung gefährde die bisherigen Erfolge beim Trinkwasserschutz und beim nachhaltigen Umgang mit der Ressource Trinkwasser. Dies gehöre zu Recht zu den Kernkompetenzen der Kommunen.

Mit Blick auf drohende EU-Richtlinien, die die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden in der Wasserversorgung erschweren würden, ging von Gemeindegatspräsident Dr. Uwe Brandl folgender Appell aus: „Zwischengemeindliche Kooperationen gehen die EU nichts an, solange es sich bei den Partnern ausschließlich um Kommunen handelt und die Aufgabenerledigung auf das Gebiet dieser Kommunen beschränkt bleibt. Die in der EU-Kommission bis zum heutigen Tag anzutreffende Rechtsmeinung, immer dann, wenn entgeltliche Verträge vorliegen und nur Teile eines Aufgabengebiets interkommunal erledigt werden, seien die vergaberechtlichen Anforderungen des Binnenmarktes zu erfüllen, geht völlig an der Rechtswirklichkeit vorbei.“

Brandl sparte aber auch nicht mit Lob. Er würdigte den Einsatz der Ministerin für die Wasserversorgung und die Hilfe von Umwelt- und Finanzministerium, die den Kommunen zinslose Überbrückungskredite anbot, da der Staat seine Fördergelder für Wasserleitungs- und Kanalbauten kurzfristig eingestellt hat.

Für seine herausragenden Verdienste erhielt Werner Ebermeier, der bis 1996 Geschäftsführer der Arge war und nun Seminare und Fortbildungskurse anbietet, das Ehrenzeichen des Bayerischen Gemeindegats. „Wasser braucht eine Stimme“, so Ebermeier, weshalb Zusammenschlüsse wie die Arge Wasserver- und Abwasserentsorgungsunternehmen Niederbayern/Oberpfalz notwendig seien. **DK**



N-ERGIE Vorstandsvorsitzender Herbert Dombrowsky mit Ulrich Mohr (Bereich Wassermanagement) Rita Kamm-Schuberth (Pressesprecherin) und Jiri Pavlik (Leiter Wassermanagement) vor dem Wandgemälde in der Eingangshalle des Schiebergebäudes. Bild: N-ERGIE

Wetterextreme:

Freistaat Bayern will Vorsorge verbessern

Bayern will die Vorsorge gegenüber Wetterextremen wie Hochwasser und Trockenheit weiter verbessern. Umweltminister Dr. Werner Schnappauf hat im Kabinett über die Auswirkungen des Klimawandels auf den Hochwasserschutz berichtet. Außerdem hat das Kabinett einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Bayerischen Wassergesetzes beschlossen, mit dem Vorgaben des Bundes in Landesrecht umgesetzt werden.

Schnappauf betonte, dass die Staatsregierung in ihrem erfolgreichen Hochwasserschutzprogramm 2020 die neuesten Klimaprognosen berücksichtigt und die Maßnahmen des Programms mit Hochdruck weiterführen werde.

Antworten geben

Schnappauf: „Der Klimawandel stellt uns vor neue Herausforderungen. Bayern muss sich nach den aktuellen Klimaprognosen in den nächsten Jahrzehnten auf lang anhaltende Trockenzeiten im Wechsel mit starken Regengüssen und Hochwasser einstellen. Wir müssen daher den Hochwasserschutz konsequent fortsetzen und gleichzeitig auch für genügend Trinkwasser in Trockenperioden und eine ausreichende Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen sorgen. Wir müssen darüber diskutieren und eine Antwort geben, wie wir uns im Klimawandel vor verstärkten Hochwassergefahren schützen wollen, z. B. durch weitere Rückhalteflächen und Sicherung von Überschwemmungsgebieten.“

Schnappauf will eine breite Diskussion anstoßen, wie die Gefahren aufgrund der Klimaerwärmung für hochwassergefährdete Gebiete begrenzt werden können.

Aufgestocktes Volumen

Schnappauf hob hervor, dass das Hochwasserschutzprogramm der Staatsregierung bis zum Jahr 2020 Ausgaben von insgesamt 2,3 Milliarden Euro vorsieht. In den zurückliegenden fünf Jahren wurden rund 750 Millionen Euro in den Hochwasserschutz investiert. Zur Beschleunigung des Programms wurde das Volumen in den Jahren 2006 bis 2008 auf jährlich 150 Millionen Euro aufgestockt. Dies ist das größte Bauvolumen im Hochwasserschutz, das Bayern je verwirklicht hat.

Seit dem Jahr 2001 haben bereits 220.000 Bürger auf einer Fläche von 16.000 Hektar einen zusätzlichen Hochwasserschutz erhalten. Dazu wurden bereits über 35 Kilometer Hochwasserschutzmauern und 18 Kilometer Flutmulden sowie drei Millionen Kubikmeter Hochwasserrückhaltevolumen geschaffen. Bis heute

Gesplittete Abwassergebühr

Wir haben Ihre Lösung!



IS Software
Vertrieb und Service
Im Gewerbepark A 35
93059 Regensburg
Telefon 09 41/46 45-20
E-Mail vertrieb@is-soft.com

AFH Bad Salzungen GmbH
Albert-Schweitzer-Straße 30
36433 Bad Salzungen

Telefon 0 36 95/55 27-0
E-Mail info@afh-online.de

BayWA im ersten Quartal 2007:

Milde Witterung beflügelt das Geschäft

Umsatz und operatives Ergebnis deutlich gesteigert

Die außergewöhnlich milde Witterung nutzte der BayWa-Konzern im ersten Quartal 2007 zu einer deutlichen Steigerung des Umsatzes und des operativen Ergebnisses. Dazu trugen vor allem die Geschäftssegmente Agrar und Bau bei. Dagegen führten die für die Jahreszeit zu hohen Temperaturen zu einer geringeren Nachfrage nach Wärmeenergie.

Der Konzernumsatz in Höhe von 1,4 Mrd. Euro lag im ersten Quartal 2007 um knapp 11 Prozent über der vergleichbaren Vorjahreshöhe. Dabei konnte der Konzern den für diese Periode geschäftstypischen Verlust deutlich reduzieren. Das operative, um Einmaleffekte des Vorjahres bereinigte Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) steigerte der Konzern von minus 27,3 Mio. Euro auf minus 10,2 Mio. Euro. Im Vorjahresquartal war der Veräußerungsgewinn von 21,3 Mio. Euro aus dem Verkauf von zwei Finanzbeteiligungen enthalten.

Erfreulicher Start

Die ersten drei Monate haben zwar wegen des saisontypischen Geschäftsverlaufs bei der BayWa und der witterungsbedingten Marktschwankungen noch wenig Aussagekraft für die Jahreszahlen. Allerdings sieht die Konzernleitung den insgesamt guten Start in das aktuelle Geschäftsjahr als Bekräftigung ihrer positiven Erwartungen für das Gesamtjahr. Auch die Zahlen für April bestätigen diesen Trend.

Umsatz- und Ertragssteigerung

Die Geschäftsparten im Segment Agrar erwirtschafteten bei sehr milden Winter- und Frühjahrestemperaturen im Vergleich zum sehr kalten Vorjahresquartal höhere Umsätze und Erträge. Sie steigerten den Umsatz um 27 Prozent auf 690 Mio. Euro. Der Zuwachs fiel bei landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und Erzeugnissen mit einem Plus von 34 Prozent auf 566 Mio. Euro besonders deutlich aus. Vor allem im Getreidehandel konnte die Agrarsparte höhere Bestände aus dem Vorjahr zu guten Preisen vermarkten. Auch die Nachfrage nach Betriebsmitteln zog mit dem wesentlichen früheren Vegetationsbeginn an.

Der Absatz technischer Einrichtungen und Investitionsgüter sowie die einschlägigen Serviceleistungen blieben stabil. Die Erlöse lagen mit 124 Mio. Euro knapp über Vorjahreshöhe.

Wachstum beim Bau

Entsprechend der guten Umsatzentwicklung verbesserte sich im Segment Agrar auch das EGT. Der deutliche Anstieg von minus 5,9 Mio. Euro auf plus 5,3 Mio. Euro resultierte aus der günstigen Marktlage im Getreidehandel und dem angestiegenen Betriebsmittelgeschäft. Die

Sparte Technik konnte trotz Restrukturierungsmaßnahmen das Quartalsergebnis leicht anheben.

Das Segment Bau nutzte die konjunkturelle Entwicklung und das milde Wetter zu einem weiteren Wachstum, das deutlich über dem Branchenschnitt lag. Der Umsatz kletterte um 21 Prozent auf 300 Mio. Euro. Der Baustoffhandel verbesserte sich um 21,6 Prozent auf 199 Mio. Euro und profitierte besonders von seiner Stärke im Bereich Modernisierung und Sanierung.

Ein überdurchschnittliches Wachstum verzeichneten als Folge des guten Gartengeschäfts auch die Bau & Gartenmärkte. Erlöse von 101 Mio. Euro bedeuten ein Plus von 19 Prozent.

Das im ersten Quartal geschäftstypische Minus beim EGT im Segment Bau konnte

der Konzern aufgrund der deutlichen Geschäftsbelebung erheblich verringern.

Milder Winter senkt Wärmebedarf

Nach den außergewöhnlich hohen Wintertemperaturen verzeichnete der Konzern im ersten Quartal eine erheblich geringere Nachfrage nach Wärmeenergie. Der um 17 Prozent auf 358 Mio. Euro gesunkene Umsatz im Segment Energie resultiert deshalb überwiegend aus niedrigeren Heizölbestellungen. Diese waren im Vergleich zu dem Wärmebedarf nach dem Rekordwinter 2005/2006 um rund 40 Prozent geringer. Der Befüllungsstand der Tanks befand sich Ende März auf einem außergewöhnlich hohen Niveau.

Zuwachs im Autohandel

Mit dem Autohandel und der Lebensmittelproduktion konnte der Konzern den Umsatz insgesamt um 20 Prozent auf 91 Mio. Euro steigern. Das Plus kommt primär aus Zukäufen und der Erweiterung des Konsolidierungskreises im Autohandel.



Auf innerstädtischen Straßenzügen und Plätzen fällt mehr Schmutz an, der sich aus dem fahrenden Verkehr ergibt. Lange Einsatzzeiten, Vierrad-Lenkung und eine große Aufnahmekapazität sind Merkmale der SWINGO 200.

Eine Familie zum Kehren

SCHMIDT Winterdienst- und Kommunaltechnik GmbH präsentiert die drei neuen Kompaktkehrmaschinen der SWINGO-Serie auf der „demopark“ in Eisenach

Mit der SWINGO-Serie hat die SCHMIDT Winterdienst- und Kommunaltechnik GmbH in St. Blasien eine ganze Familie für Reinigungsaufgaben in Innenstädten im Programm. Die drei neuen Kompaktkehrmaschinen sind aufeinander abgestimmt, um alle Zonen in einer Stadt oder Gemeinde sowie alle Arten von Kehrgut wirtschaftlich und effizient zu reinigen.

„Wir haben bei der Entwicklung der SWINGO-Familie in Kreisen gedacht“, erläutert der verantwortliche Produktmanager bei SCHMIDT in St. Blasien, Sigurd Kohls. Im Kern dieses Kreises steht der Mittelpunkt ei-

wie auf innerstädtischen Straßen sorgt die SWINGO 150 für Sauberkeit. Ihr 1,5 m³ großer Kehrgutbehälter trägt wie das patentierte Umlaufwassersystem zu längeren Einsatzzeiten bei. Staubarmes Kehren und ein ge-

SCHMIDT auf der DEMOPARK:

Bewährtes und Erprobtes für die kommunalen Kunden

Das Traditionsunternehmen aus dem Hochschwarzwald, präsentierte auf DEMOPARK in Eisenach ein umfassendes Angebot aus dem umfangreichen SCHMIDT Lieferprogramm für die kommunale Winterdienst- und Kehrtechnik. Im Mittelpunkt standen neben den vier Anbau-Maschinen zum neuen UNIMOG U 20 eine ganze Reihe von neuen oder weiterentwickelten Kehrmaschinen. Weitere interessante Exponate für Schmalspurfahrzeuge und Traktoren rundeten den Messeauftritt ab.

SCHMIDT präsentierte ein Komplettpaket für den Wintereinsatz des neuen UNIMOG U 20, bestehend aus vier Maschinen. Der einscharige Schneepflug SNK 30 und die Seitenschneeschleuder HS 5 wurden beide auf den neuen UNIMOG U 20 abgestimmt. Die Aufbau-Streumaschine STRATOS FST 14 sowie der einscharige Schneepflug CPM 3 wurden sogar speziell für das neue Trägerfahrzeug entwickelt.

Im Vorführbereich des Standes wurden immer wieder die fünf neuen bzw weiterentwickelten SCHMIDT Kehrmaschinen in Aktion gezeigt (vgl. nebenstehenden Bericht).

„Wir wollen den Besuchern

zeigen, was unsere Kehrmaschinen leisten“, brachte es der Vertriebsaußendienstleiter Gerd Kröning auf den Punkt. „Mit unseren Kehrmaschinen bieten wir ein attraktives Lieferprogramm aus einer Hand zur Reinigung der Straßen in Städten und Gemeinden.“

Interessante Exponate

Weitere interessante Exponate für Schmalspurfahrzeuge, etwa die einscharigen Schneepflüge der CPL und FLL Baureihen sowie der Keilschneepflug KL-V 24, ergänzten das Ausstellungsprogramm ebenso wie die Maschinen für den Einsatz an Traktoren. Dazu gehören etwa die

leistungsfähige Anhäng-Kehrmaschine WASA 300, die Anbau-Streumaschinen der TRAXOS Serie und die Schneepflüge der SNK und CIRRON Baureihen.

Neben umfangreichen Informationen der SCHMIDT Gruppe, den verschiedenen Produkten und deren Einsatzmöglichkeiten gab es am Stand natürlich viel Gelegenheit für individuelle Gespräche. „Das direkte Gespräch mit unseren Kunden ist durch nichts ersetzbar“, machte Kröning deutlich. Es gäbe immer wieder neuen Informationsbedarf seitens der kommunalen Kunden.



Den täglichen Wohlstandsmüll im Fußgängerbereich beseitigt die SWINGO 100: Getränke Dosen, Verpackungen von Süßigkeiten und die Reste von Fast-Food-Restaurants oder Imbissbuden: Essensüberbleibsel und Plastikbestecke. Das Geräte verfügt über zwei individuell zu steuernde Tellerbesen. Bürgersteige, Ecken und vergleichbare Flächen kehrt sie zuverlässig.

ner Stadt, ein Markt- oder Rathausplatz mit Brunnen, Ruhebänken und anderen kommunalen Installationen.

Täglicher Wohlstandsmüll

Hier - im Fußgängerbereich - fällt vor allen Dingen täglich Wohlstandsmüll an: Getränkedosen, Verpackungen von Süßigkeiten und die Reste von Fast-Food-Restaurants oder Imbissbuden: Essensüberbleibsel und Plastikbestecke. Zu finden ist der Müll meist rund um Sitzgelegenheiten. Genau für diese Areale ist die SWINGO 100 konzipiert. Sie ist schmal, wendig und verfügt über zwei individuell zu steuernde Tellerbesen. Bürgersteige, Ecken und vergleichbare Flächen kehrt sie zuverlässig und effizient. Ihr Kehrgutbehälter fasst 1,0 m³ und dank der Filtertechnologie sorgt sie nicht nur auf dem Boden für saubere Verhältnisse.

Längeren Einsatzzeiten

Wird der Kreis etwas größer gezogen, verändern sich Einsatzgebiet und Kehrgut. In der Zone zwischen Fußgängerbereichen und Straßen mit Verkehr finden sich zusätzlich Straßenstaub, Laub und Abrieb. Darauf muss die Kehrtechnik eingestellt sein. Auf Plätzen, in Parkhäusern so-

ringer Wasserverbrauch sind Markenzeichen der Maschine, die von einem Euro4-Motor angetrieben wird.

Mit einer höheren Leistung in Sachen Einsatzdauer und Kehrleistung wartet die SWINGO 200 auf. Damit erfüllt sie die Reinigungsaufgaben, die der nächstgrößere Kreis stellt. Auf innerstädtischen Straßenzügen und Plätzen fällt mehr Schmutz an, der sich aus dem fahrenden Verkehr ergibt. Lange Einsatzzeiten, Vierrad-Lenkung und eine große Aufnahmekapazität sind Merkmale der SWINGO 200. Ihr Kehrgutbehälter aus Aluminium fasst 2,0 m³, sie erreicht Kehrbreiten zwischen 1.400 und 2.500 mm und wird von einem Euro4-Motor angetrieben.

Auf einer eigenen Vorführfläche stellte SCHMIDT während der „demopark“ in Eisenach die neue SWINGO-Familie und weitere Produkte vor, wie die neue handgeführte Kehrmaschine CITYGO 30, die neue CLEANGO 400, eine Weiterentwicklung der renommierten CLEANGO sowie Schneepflüge und Streumaschinen für kommunale Zwecke. Außerdem war SCHMIDT mit seinen Aufsatz- und Anbaumaschinen auf dem großen Gelände von Mercedes-Benz Unimog umfangreich vertreten.

SCHMIDT

Die neuen Swingo's!



SWINGO 100 Kehrgutbehälter 1,0 m³



SWINGO 150 Kehrgutbehälter 1,5 m³



SWINGO 200 Kehrgutbehälter 2,0 m³

SCHMIDT Winterdienst- und Kommunaltechnik GmbH

Albtalstraße 36 • 79837 St. Blasien
Telefon: + 49(0)7672 412-0 • Telefax: + 49(0)7672 412-230
E-Mail: info@schmidt-swk.de • Internet: www.schmidt-automotive.de



Neuer kompakter Unimog-Geräteträger U 20: Die bewährte Technik der größeren Geräteträger U 300, U 400 und U 500 verbindet der Mercedes-Benz Unimog U 20 mit weniger Fahrzeuggewicht, ausgeprägter Wendigkeit und einem nied-

rigen Preis. Beim zulässigen Gesamtgewicht liegt der U 20 zwischen 7,5 und 8,5 Tonnen, die Achslasten sind mit 4,8 Tonnen zur Aufnahme von Anbaugeräten gut bemessen. Auf den Bildern ein Modell mit Frontausleger-Böschungsmäher. □

Weltpremiere auf der „Demopark“ 2007:

U 20 erstmals öffentlich im praktischen Einsatz

Mähen, Streuen, Fräsen, Häckseln, Mulchen - Topdaten in Vielseitigkeit, Leistung, Umweltverträglichkeit und Bedienkomfort
Isobus - Alle Geräte hören auf ein Kommando

Schon beim Auftakt in Eisenach vor zwei Jahren hat sich die Grundidee der Fachmesse Demopark bewährt: Mähen, Graben, Fahren, Baggern und Bohren vor den kritischen Augen des Fachpublikums, das ist die Spezialität der Freiluftmesse für den Kommunaldienst sowie den Garten- und Landschaftsbau. Nach den drei Vorgängerveranstaltungen in Fulda und dem Auftakt in Eisenach vor zwei Jahren wurde sie nun schon zum fünften Mal durchgeführt. In diesem Jahr wurde die Demopark erstmals erweitert um den Schwerpunkt Demogolf.

Nahtlos fügte sich der neue Unimog U 20 von Mercedes-Benz in das Messekonzept der praktischen Technikdemonstration: Erstmals konnte das Publikum den jüngsten Spross der Unimog-Familie in Aktion erleben. Bei den bisherigen Messeauftritten anlässlich seiner Weltpremiere auf der IAA 2006 in Hannover und im April 2007 auf der Bauma war der U 20 lediglich als statisches Exponat präsent.

Der neue kompakte Unimog-Geräteträger in Aktion

Auf dem Flugplatz Kindel konnte man den U 20 endlich in Aktion erleben: Wie er sich bei Mäharbeiten dirigieren lässt und wie mühelos schnell sich die Geräte wechseln lassen. Mit dabei waren natürlich die Partner, die die Anbau- und Aufsatzgeräte herstellen: Palfinger mit seinem Ladekran PK 6001, ein maßgeschneiderter Streuautomat von Gmeiner und - für sich schon

eine eigene Messepremiere - mit das Mähergerät MFK 400 von Mulag. Hierbei handelt es sich um ein Auslegermäherwerk, wobei der Ausleger über eine Reichweite von vier Metern verfügt.

Für den täglichen Einsatz in vielen Kommunen

Die bewährte Technik der größeren Geräteträger U 300, U 400 und U 500 verbindet der U 20 mit weniger Fahrzeuggewicht, ausgeprägter Wendigkeit und einem niedrigeren Preis. Beim zulässigen Gesamtgewicht liegt der U 20 zwischen 7,5 und 8,5 Tonnen, die Achslasten sind mit 4,8 Tonnen vorn und hinten zur Aufnahme von Anbaugeräten gut bemessen. Die hohe Wendigkeit hat ihre Ursache im um 380 mm auf 2700 mm verkürzten Radstand. Der U 20 verfügt im Gegensatz zum U 300 bis U 500 über ein Ganzstahlfahrerhaus aus der Großserie, in seiner technischen Grundauslegung wurde er gerade auf den tägli-

chen Einsatz vieler Kommunen zugeschnitten. Zweikreis-Winterdiensthydraulik, Zapfwellen-Getriebe vorn, Nebenabtrieb vom Getriebe und die Frontanbauplatte gehören zur optionalen Ausrüstung und erlauben die Nutzung einer Vielzahl von Geräten. Motor (115 kW/156 PS), Getriebe, Achsen und die Einzelbereifung sind identisch mit dem U 300. Das Achtgang-Getriebe ermöglicht Geschwindigkeiten zwischen 1,2 und 90 km/h.

Demonstration der Vielseitigkeit

Seit jeher ist die nahezu grenzenlose Vielseitigkeit des Unimog sein Markenzeichen. Nicht weniger als zehn Fahrzeuge der Typen U 300 und U 400 bot Mercedes-Benz auf einem mehr als 3.000 Quadratmeter großen Ausstellungsareal auf, davon waren acht Unimog-Geräteträger in Aktion zu erleben. Eindrucksvoll wurde auch hier der Mehrfachnutzen des Unimog für den Besucher demonstriert, zum Beispiel in der Kombination mit einem Mähergerät und einem Streuautomaten.

Zu besichtigen waren:

- U 500 mit Winterdienstkom-

ination Schneepflug/Streuautomat von Schmidt Winterdienst

- U 400 mit Hochdruckreiniger und Wasserfass von Leistikow,
- U 400 mit Wechselaufbaukehmaschine SK 350 von Schmidt Winterdienst und Kommunaltechnik, Isobus-Steuerung und Kamera

- U 400 mit Frontausleger der Mulag Fahrzeugwerke und Flachsiloströuer von Schmidt; auch dieser Unimog ist mit Isobus und Kamera ausgerüstet

- U 400 mit einer kompletten Ausrüstung von Mulag: Randstreifenmäher MRM 300, Leitpfostenmäher MLM 200, Heckausleger MHU 800; diese Kombination ist ebenfalls ein Beispiel für den Isobus-Einsatz

- U 400 mit Frontausleger von Dücker, Flachsiloströuer von Gmeiner, außerdem Isobus plus Kamera

- U 300 mit Tandem-Mähergerät von Dücker

- U 400 langer Radstand mit Bankettfräse von Söder in Kombination mit einem Plattenverdichter

- U 400 langer Radstand mit Front-Holzhäcksler von Dücker und Absetzkipper von Jotha

- U 400 A, ein Unimog in Agrarausführung mit Frontflächen- sowie Heckseitenmulcher von Dücker

Dabei stellt die Kombination des U 300 mit dem Tandem-Mähergerät von Dücker eine für den Praktiker bedeutsame Neuheit dar. Bisher war dieses Mähergerät wegen des Gewichtes an der Vorderachse nur auf dem größeren U 400 einsetzbar, jetzt dank einer innovativen Heckballastierung auch beim U 300.

Interessante Einzellösungen sind auch die Bankettfräse mit Plattenverdichter am U 400 - hier geht es um Reprofilierung

der Bankette, um den Wasserablauf von der Straße zu gewährleisten und Frostschäden vorzubeugen. Der Front-Holzhäcksler gibt ein praxisnahes und im Ablauf spektakuläres Beispiel für den Umgang mit dem nachwachsenden Rohstoff Holz ab.

Höchste Technik-Standards

Die Vier- und Sechszylinder-Motoren der Baureihe 904 LA und 906 LA in der Leistung von 110 kW (150 PS) bis 210 kW (286 PS) spiegeln wie die gesamte Nutzfahrzeugpalette von Mercedes-Benz einen sehr hohen Stand der Abgastechnik wider. Die Unimog verfügen über Blue-Tec-Technologie (Stickoxide werden durch Zuführung von Harnstoff eliminiert), erfüllen die Abgasregelung Euro 4 und garantieren außerdem einen sehr niedrigen Feinstaubausstoß.

Einmalige Stellung auf dem Markt

Mehrere technische Highlights geben dem Mercedes-Benz Unimog eine einmalige Stellung auf dem Markt. So erlaubt die Wechsellenkung Variopilot ein Verschieben von Lenkrad und Lenksäule sowie der Pedalerie auf die jeweils andere Seite im Fahrerhaus - eine wesentliche Einsatzerleichterung, wenn es um gute Sicht auf den rechten Fahrbahnrand geht.

Der halbautomatisierten Telligent-Schaltung von Mercedes-Benz steht im Unimog als Alternative „Automatic-Shift“ zur Verfügung, eine elektronisch automatisierte Schaltung. Sie erlaubt manuelle Bedienung (Schalten ohne Kuppeln) oder automatischen Fahrbetrieb.

Eine weitere Unimog-Spezia-

lität stellt die serienmäßig eingebaute Wendeschaltung EQR („Electronic Quick Reverse“) dar. Hier ist ein schneller Wechsel zwischen Vorwärts- und Rückwärtsfahrt ohne Anhalten möglich - wichtig zum Beispiel, um das Fahrzeug beim Freiräumen einer Kreuzung schneller zu reversieren.

Ein Bedienpult für alle - der Isobus

Eine Unimog-Spezialität ist auch der Isobus. Nach umfangreichen Praxiserprobungen ist das innovative Datenverarbeitungssystem nun serienreif. Es ermöglicht eine einheitliche Bedienung völlig verschiedener An- und Aufbaugeräte mit nur einem Bedienpult über Dreh- und Drucktasten. Über eine genormte Schnittstelle kommen die notwendigen Daten aus dem Rechner des An- bzw. Aufbaugerätes in das Isobus-Bedienterminal, werden dort gespeichert und stehen zum Abruf bereit.

Verschiedenartige Geräte lassen sich aufrufen ohne Vorprogrammierung und ohne Umstellung von der Software des einen Geräteherstellers auf die des anderen. Dieses hohe Maß an Kompatibilität wird ab 2008 noch ergänzt durch die integrierte Möglichkeit der Datenerfassung als Grundlage für Leistungsnachweise zum Beispiel im Winterdienst oder für die Abrechnung privater Dienstleister.

Spezialisten unter sich

Der Unimog kommt aus einem „Werk im Werk“. Der Produktbereich Sonderfahrzeuge verfügt innerhalb des großen Lkw-Produktionsstandortes Wörth über eine eigene Fertigungsstraße. 750 Mitarbeiter sind damit beschäftigt, im Jahr rund 2.000 Mercedes-Benz Unimog und 1.000 Mercedes-Benz Eonic zu bauen, ein vornehmlich auf die Abfallentsorgung zugeschnittenes Lkw-Fahrgestell. Man ist hier in vielen Branchen zu Hause, wird der Unimog doch in sehr unterschiedlichen und oft extreme Anforderungen stellenden Einsatzfeldern genutzt. Ob nun der neue U 20, die Geräteträger U 300, U 400 und U 500 oder die Typen der hochgeländegängigen Baureihe U 3000, U 4000 und U 5000. Neben Winterdienst, Grünflächenpflege und anderen Arbeiten im Garten- und Landschaftsbau können das sein Waldbrandbekämpfung, Baumverpflanzung, Profilieren von Gräben, Bohren von Erdlöchern, Rangierarbeiten auf der Schiene oder Rettungsdienste in unwegsamen Gelände. 325.000 Einheiten des „Universal-Motor-Gerät“ (dafür steht die Abkürzung „Unimog“) wurden in 59 Jahren gebaut. □



Nah dran. Ihre Unimog-Partner in Bayern.

► Der Mercedes-Benz Unimog zeigt immer und überall viel Einsatzfreude. Genau wie die Fachberater Ihrer bayerischen Unimog-Partner - ganz in Ihrer Nähe.

► Profitieren Sie von praxisgerechten Lösungen aus einer Hand.

Mit individuellen Fahrzeug- und Gerätekombinationen, vielen maßgeschneiderten Finanzdienstleistungen und professionellem Mercedes-Benz Service.

► Ihr Unimog-Fachberater freut sich auf Sie. Mehr Informationen auch

unter www.mercedes-benz.com/unimog
Mehr bewegen. Unimog.



Mercedes-Benz

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt
Tel.: 0 94 53/99 11-10, Fax: 0 94 53/99 11-06
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH
Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten
Tel.: 0 89/12 06 61-00, Fax: 0 89/12 06 61-27
E-Mail: henne-unimog.hst@mercedes-benz.de
Internet: www.henne-unimog.de

KLMV GmbH
Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau
Tel.: 0 92 86/95 11-0, Fax: 0 92 86/95 11-10
E-Mail: verkauf@klmv.de
Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm
Tel.: 07 31/97 56-2 14, Fax: 07 31/97 56-4 10
E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com
Internet: www.wilhelm-mayer.com

1000 Jahre Fürth:

Ein Jahr der Feste

Ruf als „Fränkisches Jerusalem“ ist umstritten / Stadt der Denkmäler und Solaranlagen / Stadtpark ein Überbleibsel der Bundesgartenschau

1000 Jahre Fürth: Am Anfang des Jahres 2007 stand eine Briefmarke. Millionenfach ist seitdem auf einem 45-Cent-Wertzeichen der Deutschen Post das Alter der Stadt mit dem Kleeblatt im Wappen nachzulesen. Doch richtig herumgesprochen hat es sich scheinbar immer noch nicht: Nürnbergs kleine Schwester hat 50 Jahre ältere Stadtrechte als die Nachbargemeinde.

Vielleicht deshalb diese Feste-Offensive: Fast scheint es, als wolle die Stadt für jedes der 1000 Jahre eine Feier organisieren. Kein Tag ohne Fete; oft sind es fast ein Dutzend „Events“, wie auf der eigens eingerichteten Internetseite www.1000-Jahre-Fuerth.de zu lesen ist.

Seit Beginn der Industrialisierung hat Fürth den Ruf, Stadt der 1000 Schlotte zu sein: Schwarz,

darauf. Stilisiert zu sehen ist unter anderem das Rathaus: Zwischen 1840 und 1850 errichtet, wurde vor allem der Turm zum Wahrzeichen von Fürth. Er ist jenem am Palazzo Vecchio in Florenz nachempfunden.

Dass sie über 2.000 Baudenkmale beherbergen, die höchste Denkmaldichte von ganz Bayern - das wurde auch den Fürthern erst nach und nach klar. Den Titel

beratungszentrum deutschlandweit; in der Solarbundesliga der Großstädte Rang 4: Beispiele für die erfolgreiche Umorientierung der Wirtschaft auf Zukunftsthemen.

Dennoch sind die Fürther Stadtältern auch auf die Vergangenheit stolz. Sogar der Spiegelindustrie haben sie kürzlich ein Denkmal gesetzt. Und das, obwohl die eine hochgiftige Altlast hinterließ, deren Reparatur viel Geld verschlang: Mit Quecksilber, dem Spiegelrohstoff des 19. Jahrhunderts waren Häuser und Böden in großen Teilen der Innenstadt verseucht.

In den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg traten in Fürth Geborene als wichtige Figuren der Zeitgeschichte in Erscheinung: Der „Vater des deutschen Wirtschaftswunders“ Ludwig Erhardt beispielsweise stammt aus der Kleeblattstadt. Zwar war er nie Mitglied der CDU, doch deren Vorsitzender konnte er ebenso werden wie Wirtschaftsminister und Bundeskanzler. An den wohl bekanntesten Zigarrenraucher Deutschlands erinnert inzwischen das Stadtmuseum und eine Büste.

Petticoat und Schickedance

Parallel zu Politiker Erhardt machten zwei Industrielle von sich Reden: Max Grundig, der Erfinder des Volksradios Heinzelmann, und Gustav Schickedanz, der Gründer des Großversandhauses Quelle. Den Dreien widmete das besuchenswerte Fürther Stadttheater im Jubiläumsjahr übrigens die erfolgreiche Revue „Petticoat und Schickedance“. Doch inzwischen ist der Grundig-Konzern zerschlagen; Quelle kämpft gemeinsam mit Karstadt ums Überleben. Das macht deutlich, warum ein Umbau der Fürther Wirtschaft mehr als nötig war.

Auch Henry Kissinger, der ehemalige US-Ex-Außenminister, ist ein echter „Fädder.“ Ihr jüdischer Glaube veranlasste die Familie, 1938 wegen der Nazis in



Briefmarke über Fürth: Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung (links) und der parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Karl Diller
Foto: Heinz Wraneschitz

düster, verraucht. Dagegen wehren sich die Verantwortlichen mit allem, was sie haben. Denn die Industrie zeigt nun ein sonniges Gesicht: In Fürth sind heutzutage kaum noch qualmende Essen zu sehen. Kein Wunder, dass die Stadtverwaltung versucht, die Außenwirkung der kleinen Großstadt zu verbessern.

2.000 Baudenkmale

Ein auffälliges Beispiel: Auf den Autobahnen rundherum werden Schilder aufgestellt. „Fürth-Denkmal- und Solarstadt“ steht

„Solarstadt“ hat sich Oberbürgermeister Thomas Jung dagegen selbst ausgedacht: Als am früheren Müllberg, direkt neben dem Rhein-Main-Donau-Kanal, vor Jahren die damals größte Solarstromanlage Bayerns eingeweiht wurde, hielt er das für geboten.

Selbsternannte Solarstadt

Inzwischen hat die selbsternannte „Solarstadt“ den Namen mehr als verdient. Hersteller von Solarglas und Wechselrichtern; ein großes Systemhaus; das immer noch einzige neutrale Solar-

Erster Münchner CSU-Familiengipfel:

Kinderbetreuung flexibilisieren!

„Wie können die notwendigen Kinderbetreuungsplätze in der Landeshauptstadt möglichst schnell realisiert werden?“ lautete das Thema des ersten Münchner CSU-Familiengipfels in der CSU-Stadtratsfraktion. Auf Einladung des Fraktionsvorsitzenden und OB-Kandidaten, Stadtrat Josef Schmid, trafen sich Elternvertreter, Vertreter der Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen und Familienpolitiker von Stadt und Land.

Wie Sozialministerin Christa Stewens und der familienpolitische Sprecher der CSU im Bayerischen Landtag, Joachim Unterländer, betonten, gibt es seit der Einführung des BayKi-BiG einen Rechtsanspruch der Kommunen auf Co-Finanzierung durch den Freistaat, wenn der Bedarf vor Ort anerkannt wurde. Elternvertreter sowie Repräsentanten der Trägerverbände verwiesen auf eine Vielzahl von Verbesserungs- und Ausbaumöglichkeiten bei den Kindertagesbetreuungseinrichtungen und machten deutlich, dass der hohe bürokratische Aufwand und die hohen Ausstattungsstandards oftmals eine rasche Realisierung von Betreuungsplätzen verhindern.

Rot-Grünes Versagen

Fraktionsvorsitzender Josef Schmid wurde deutlicher: Er kritisierte, dass Rot-Grün es in fast 15 Jahren ihrer Regierungszeit in München nicht geschafft habe, ein bedarfsgerechtes Netz an Kinderbetreuungsplätzen aufzubauen. „Da hilft es auch nicht, mit dem Finger auf die

CSU im Freistaat oder in München zu zeigen, die Verantwortung liegt hier einzig und alleine bei Rot-Grün“, so Schmid. Bund und Freistaat hätten mit dem Beschleunigungsprogramm von Bundesministerin von der Leyen einerseits und dem Rechtsanspruch auf Co-Finanzierung sowie dem Zukunftsprogramm „Kinder und Betreuung“ der Bayerischen Staatsregierung andererseits das Ihre getan.

Zehn Anträge

„Damit jetzt endlich ein Beschleunigungsprogramm auf den Weg gebracht werden kann“, wurde beim Familiengipfel eine ausführliche „Stoffsammlung“ angelegt. Aus dem Problemschilderungen und Anregungen wurden folgende zehn Anträge formuliert und umgehend eingereicht:

1. Bedarfsgerechte und familienfreundliche Kernzeitfestlegung in Horten
2. Aufhebung des städtischen Tagespflegemonopols und die Einräumung der Möglichkeit der Ausbildung von Tagespflegern auch durch freie Träger

3. Durchführung der erforderlichen Qualifizierung für Tagespflege bei bereits qualifiziertem Personal (z.B. Erzieherinnen, Lehrerinnen etc.) auch berufs begleitend

4. Zurückführung der räumlichen Grundvoraussetzungen für den Betrieb von Großpflegereinrichtungen auf das absolut notwendige Minimum (vor allem Brandschutz) und finanzielle Unterstützung für Brandschutzmaßnahmen durch die Stadt

5. Bei Bedarf Nutzungsmöglichkeit von Räumen in Kinderbetreuungseinrichtungen für Tagespflege außerhalb der Betriebszeiten

6. Überprüfung einer Realisierung eines flexiblen Kinderbetreuungsprogramms

7. Entwicklung eines Konzepts, wie die Randzeiten der Betreuung in institutionellen Einrichtungen durch den Einsatz von Tagespflegern verlängert, ergänzt und flexibilisiert werden können

8. Überprüfung der Zusammenführung der Zuständigkeiten bei Kinderbetreuung, so dass an den Referatsgrenzen keine Brüche mehr entstehen

9. Schaffung einer Möglichkeit zur zentralen Information und Anmeldung an sämtlichen städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen sowie Aufforderung an die freien Träger, sich hieran

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Hurra, weißer Rauch steigt in Berlin auf. Über die unschuldigen Kindlein des Landes wird sich bald ein Füllhorn von Bundesmitteln zum Krippenbau ergießen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hatte einen seiner sarkastischen Tage, als die Nachricht kam, dass der Bund bis 2013 vier Milliarden Euro in ein Sondervermögen zum Krippenausbau einzahlen möchte.

Sondervermögen klingt ja gut. Obwohl - als die Opposition noch schwarz oder rot war, da hätte man es einen Schattenhaushalt genannt, wenn man Gelder neben dem eigentlichen Etat ausgeben will. Aber die Zeiten stehen halt auf Einigkeit. Und so geht das Spiel weiter, das der Bund schon bei den Ganztagschulen gespielt hat: Er gibt ein bisschen was für die einmaligen Investitionen dazu, um die Folgekosten, vor allem das Personal, dürfen sich andere kümmern.

Von der Kraft der Zuversicht

Aber was solls. Besser der Bund gibt was dazu, als dass alles an den Kommunen alleine kleben bleibt. Denn über eines braucht man sich keine Illusionen zu machen: Es geht nicht mehr um die Frage, ob man mehr Krippen einrichten muss. Der Zug ist abgefahren. Der öffentliche Druck ist überall zu groß, die Bevölkerung will diese Angebote. Die Frage ist nur noch, wie schnell und bis zu welchem Versorgungsgrad man im Ausbau geht. So ist es bei uns auch. Krippen haben eine mächtige Lobby, bei uns allen voran durch die Stadträtin Dr. Claudia Elfer, die als allein erziehende Mutter von Zwillingen am eigenen Leibe verspürt hat, wie wichtig ein sinnvolles Betreuungsangebot ist.

Und das Timing der Berliner für ihre Segensnachricht war ja perfekt. Zur gleichen Zeit erschienen Berichte, wonach der deutsche Traum- und Taumel-Sommer 2006 jetzt positive Folgewirkungen in Form einer sprunghaften Steigerung der Geburtenzahlen nach sich zieht. Damit sind allerdings nicht Kinder gemeint, die schon vor ihrer Geburt Objekte parteiinterner Machtkämpfe wurden. Sondern es geht um die durchaus ernst gemeinte Behauptung, dass die



Fußball-Weltmeisterschaft 2006 einen Baby-Boom in Deutschland ausgelöst habe.

Seit Jahren warnen seriöse Ökonomen vor den wirtschaftlichen Folgen, wenn ein Volk zu wenig Kinder hat und zu wenig Ersparnisse aufhäuft. Letzteres können wir ja bekanntlich nicht, weil der Staat meint, unsere Ersparnisse wären in Form von Steuern bei ihm in besseren

Händen und ersteres haben die jungen Frauen und Männer dieses Landes durch faktisches (Nicht-)Handeln zu vertreten. Vor allem auf unsere Altersversorgung wirkt es sich katastrophal aus, dass Adenauer irrte, als er sagte „Kinder kriegen die Leute immer“.

Also mit Vernunft ist das Geburtenhoch nicht zu erklären. Mit Euphorie angesichts guter Spiele und unerwarteter Siege unserer Mannschaft? Mit Verlaub: Das, zu was Frau und Mann sich nach dem Wunder gegen Argentinien zu tun hingezogen gefühlt haben mögen, muss angesichts diverser mechanischer und pharmazeutischer Hilfsmittel nicht unbedingt in die Zeugung münden.

Ein weites Feld für Forscher. War es vielleicht der Optimismus, die Fröhlichkeit und Aufbruchstimmung der WM-Tage, die manch einen auf den Gedanken gebracht haben mag, es lohne sich, Kinder in diese farbige Welt zu setzen? War es das Erlebnis von Gemeinschaft, das manche überzeugt hat, dass es außer Arbeit und Karriere was anderes gibt?

Mein Chef, der Bürgermeister, glaubt an die Kraft der Zuversicht, die animiert, Kindern das Leben zu schenken und sie am Guten in der Welt teilhaben zu lassen. Ob Krippe oder nicht - Hauptsache die Kinder sind erwünscht und die Politik gibt den Eltern größtmögliche Entscheidungsfreiheit über die Betreuungsform. Denn dass Kinder ein Synonym für Zukunft sind, wusste schon Goethe auf dem heutigen Kalenderblatt: „Wenn man vom Kinde redet spricht man niemals den Gegenstand, sondern immer nur seine Hoffnungen aus.“

ihre
Sabrina

die USA zu emigrieren. So konnte Henry als erster Einwanderer Regierungsmitglied der Vereinigten Staaten werden.

Vor der Naziherrschaft hatte sich Fürth den Ruf eines „Fränkischen Jerusalem“ erarbeitet. Wohl in keiner anderen deutschen Stadt konnten Menschen jüdischen Glaubens freier leben, ohne Pogrome und ohne Ghetto. Auch wenn ihnen oft höhere Steuern aufgebürdet wurden als ihren christlichen Mitbürgern.

Dieser verhältnismäßig großen Glaubenstoleranz ist es wohl zu verdanken, dass hier der bekannteste deutsch-jüdische Dichter lebte: Jakob Wassermann. In den Anfangsjahren des 20. Jahrhunderts war er der meistgelesene deutschsprachige Schriftsteller - seit 1933 sind kaum noch Romane und Essays von Jakob Wassermann zu lesen. Die Geschichte der Juden in Franken arbeitet das jüdische Museum auf.

Sportlich breit aufgestellt

Sportlich sind die Fürther gerade im Jubeljahr breit aufgestellt: Den „Jahrtausend-Marathon“ am 17. Juni wollen über 3.200 Läufer-

zu beteiligen; Einsatz der kostenlos vom Bundesfamilienministerium zur Verfügung gestellten Software

10. Bedarfsgerechte Anpassung der regelmäßigen Öffnungszeiten von institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen.

Jetzt ist Josef Schmid zufolge die Verwaltung am Zug, die Anregungen und Anträge aufzugreifen, zu bearbeiten und umzusetzen, denn: „Wir brauchen ausreichende und flexible Kinderbetreuung, damit Familien in München eine Zukunft haben.“ DK

rinnen und Läufer bestreiten. Der Frauen-Tennis-Federationscup gastierte bereits, und die Bayern-Radrundfahrt wird hier enden.

Verschlossenes Tor

Dagegen müssen die „Kleeblätler“ im Fußball weit zurückblicken auf ihre Erfolge. Einer ist ihnen niemals zu nehmen: Fürth

errang im Jahre 1914 als erster bayerischer Verein den Titel des Deutschen Fußballmeisters.

Doch das ist lange her. Seit es Bundesliga gibt, versuchen die Kleeblätler, dort hinein zu kommen: Im Jahr 2007 gelang dies wieder nicht. Das Tor zur höchsten deutschen Spielklasse scheint Fürth auf ewig verschlossen. Heinz Wraneschitz

Integrationsfirmen im Bezirk Oberbayern

Neuaufgabe des beliebten Nachschlagewerkes vorgestellt

Ausbildung und Arbeit sind zentrale Bestandteile des menschlichen Lebens. Menschen mit Behinderung, insbesondere psychisch behinderte Menschen, haben häufig Probleme, im „normalen“ Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Hier helfen Integrationsfirmen. Bezirkstagspräsident Franz Jungwirth: „Diese Firmen beweisen: Wirtschaftlicher Erfolg und soziales Engagement müssen keine Gegensätze sein. Aber gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es auch für Integrationsprojekte nicht leicht, sich am Markt zu behaupten.“

Hier möchte der Bezirk Oberbayern helfen: Derzeit fördert er im Rahmen des „Arbeitsmarktprogrammes zur Wiedereingliederung von Menschen mit psychischer Krankheit oder Behinderung in das Berufsleben“ eine große Anzahl von Integrationsprojekten. Diese Firmen müssen sich markt- und wettbewerbsorientiert verhalten und nach marktwirtschaftlichen Prinzipien produzieren beziehungsweise ihre Dienstleistungen anbieten. Die Spannweite der angebotenen Leistungen ist weit: Sie reicht von A wie Abfallfragen- Beratung über Gastronomie und beispielsweise Gebrauchswarenverkauf bis hin zu Z wie Zimmererarbeiten.

Dem Bezirk Oberbayern ist es aufgrund seines gesetzlichen Auftrages zur Versorgung psychisch kranker und psychisch behinderter Menschen und aus sozialökonomischen Erwägungen ein Anliegen, Integrationsfirmen nicht nur finanziell zu fördern, sondern auch deren Bekanntheitsgrad und somit die Nachfrage zu erhöhen. Um bei der Suche nach solchen Integrationsfirmen in Oberbayern behilflich zu sein, hat der Bezirk Oberbayern eine Broschüre aufgelegt, in der Integrationsfirmen mit ihrem Leistungsspektrum vorgestellt werden. Diese liegt nun in einer neuen Auflage überarbeitet und aktualisiert wieder vor. Sie kann kostenlos über www.bezirk-oberbayern.de oder telefonisch (089/2198-1015) bestellt werden. □

Zum 50. Geburtstag von Dillingens Landrat Leo Schrell:

Ehrungen „mit Sang und Klang“

Augsburgs Landrat Karl Voegelé: Große Wertschätzung über Parteigrenzen hinweg - Einsatz für die schwäbische Heimat vielseitig gewürdigt

Dillingen (jdt). Von ansteckendem Optimismus und seinen bäuerlichen Wurzeln geprägt ist der Dillinger Landrat Leo Schrell, der seinen 50. Geburtstag feiern konnte. Zu den vielen Gratulanten aus allen Bevölkerungskreisen gehörten Politiker aus allen Parteien, Kommunalpolitiker, Vereine, die Kirchen und - mit „Sang und Klang“, - Musikkapellen und Gesangsgruppen. Hinzu kamen nicht zuletzt die Repräsentanten Schwabens und die Landratskollegen.

In deren Namen überbrachte von persönlicher Verbundenheit zeugende Glückwünsche der Bezirksverbandsvorsitzende Schwabens im Bayerischen Landkreistag, der Augsburger Landrat Dr. Karl Voegelé. Er betonte: „Wir dürfen immer wieder mit Bewunderung erleben, wie Du Dich mit Konsequenz, Nachhaltigkeit und Entscheidungsfreude für 'Deinen' Landkreis und unsere schwäbische Heimat einsetzt“.

50. Geburtstag übermittelten dem Jubilar Präsident Dr. Uwe Brandl und das Geschäftsführende Präsidialmitglied Dr. Jürgen Busse. Sie erinnerten an den Einsatz von Schrell als Kreisvorsitzender, Bezirksvorsitzender und Landesschatzmeister im Bayerischen Gemeindetag sowie im Hauptausschuss des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.

Lücke hinterlassen

Wörtlich schrieben Dr. Brandl und Dr. Busse u. a.: „So sehr wir uns gefreut haben, dass Dich die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Dillingen zu ihrem Landrat gewählt haben, so sehr bedauern wir noch heute die Lücke, die Du bei uns hinterlassen hast...Es ist uns immer ein Vergnügen gewesen, Dir auch menschlich begegnen zu dürfen. Deine offene Art, Deine Gradlinigkeit und Dein Humor haben Dich zu einem großen Sympathieträger beim Bayerischen Gemeindetag gemacht.“

Mit dem besonderen Dank für die gute Zusammenarbeit verbunden war der telefonische Glück-

wunsch von Regierungspräsident Ludwig Schmid für Leo Schrell. „Weiterhin eine glückliche Hand“ wünschte dem jung gebliebenen 50-jährigen Bezirksratspräsident Jürgen Reichert: „Mit Tatkraft und Ideenreichtum hast Du die Geschicke der Gemeinde Buttenwiesen vertreten...Als Kreisvorsitzender des Gemeindetages warst Du für Vieles Motor und Impulsgeber...Als Landrat konntest Du für Deinen Landkreis schon viel Gutes erreichen.“

Visionär und zuverlässig

In der Gratulation von Landrat Dr. Voegelé, Augsburg, hieß es weiter: „Gestaltungswille, Visionen und Zuverlässigkeit sind Kennzeichen Deiner überzeugenden Arbeit...Mit Deiner ausgleichenden Art genießt Du über die Parteigrenzen hinweg große Sympathie und Wertschätzung“.

Landrat Hubert Hafner, Günzburg, hob in seinem Glückwunsch hervor, dass es Schrell in verhältnismäßig kurzer Zeit gelungen sei, für den Kreis Dillingen „ein neues Profil zu entwickeln“. Diese positive Arbeit sei geschehen mit großem Einsatz, Kreativität, Mut und Bravour.

Anruf aus Norwegen

Ebenso wie Hafner dankte der Donau-Rieser Landrat Stefan Rößle dem Dillinger Kollegen für gute Zusammenarbeit und dessen erfolgreichen Einsatz als Vorsitzender von „Donautal Aktiv“. Rößle gratulierte telefonisch aus Norwegen, wo er mit seiner Familie in Urlaub weilte. Darüber hinaus überbrachte stellvertretender Landrat und Bürgermeister Franz Oppel,

Kaisheim, schriftliche Glückwünsche von Stefan Rößle und ein Geschenk. Oppel war auch als Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetages im Kreis Donau-Ries voller Anerkennung für die beispielhafte Zusammenarbeit.

Der Dirigent

Im Hof des Landratsamtes Dillingen brachte der Musikverein Binswangen Landrat Schrell ein stimmungsvolles Ständchen, mit dem „Parade-Defilermarsch“ von Franz Bummerl und dem „Laridah-Marsch“ von Max Hempel, wobei der so Geehrte selbst zum Taktstock griff. Für die Musiker gratulierten Vorstand Konrad Bühler und Dirigent Christoph Günzel, für den württembergischen Nachbarkreis Heidenheim dessen Landrat Hermann Mader.

Hellebarde übergeben

Von viel Herzlichkeit bestimmt war ein Geburtstagsfest in der Heimatgemeinde Unterliezheim. Im „Klosterbräu“ konnte Leo Schrell u. a. die Landratsstellvertreterin Angela Rieder, Hans-Jürgen Weigl (Oberbürgermeister von Dillingen) und Alfred Schneid, Bezirksrat Helmut Zengerle, aber auch Regionaldekan Gottfried Fellner, die Kreisvorsitzende des Gemeindetages, Bürgermeisterin Hildegard Wanner, Höchststadt, und viele Freunde begrüßen.

Bürgermeister Michael Waldenmayr und 2. Bürgermeister Peter Hurler (zugleich Vorstand des SC Unterliezheim) dankten für die besondere Heimatverbundenheit des Jubilars. Diese sei auch zum Ausdruck gekommen bei seinem Einsatz als Gemeinderat von 1984 bis 1994 und als lange Jahre sehr erfolgreicher Fußballer des SC und Jugendtrainer. Der Historische Bürgerverein Gundelfingen ernannte Schrell, mit der Übergabe einer Hellebarde zum „Ehrenwachter“.

Beilagenhinweis
Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegen die Beilagen der BayWa AG München und des Beck-Verlags bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □



Die Kreisvorsitzende des Bayerischen Gemeindetages im Landkreis Dillingen, die Höchststädter Bürgermeisterin Hildegard Wanner, gratulierte ihrem Vorgänger Landrat Leo Schrell herzlich zum 50. Geburtstag. Bild: -jdt-

1000 Jahre Bistum Bamberg

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat dazu aufgerufen, das moderne Bayern weiter auf dem Fundament von Tradition und starken Werten zu gestalten. Bei der Eröffnung der Ausstellung „Unterm Sternemantel - 1000 Jahre Bistum Bamberg“ sagte Stoiber im Bamberger Dom: „1000 Jahre Bistum Bamberg sind ein Symbol für die Kraft, die Bayern aus der eigenen Identität und festen Wertmaßstäben zieht.“

Stoiber würdigte in seiner Rede die wichtigen Akzente, die vom Bistum Bamberg und dem christlichen Leben in ganz Bayern ausgehen: „Die christlichen Werte geben den Menschen Halt und geistige Orientierung, sie sind ein verlässlicher Kompass in einer Welt, die jeden Tag komplizierter wird.“

Stoiber warb bei seiner Rede im Bamberger Dom für ein starkes Geschichtsbewusstsein der Menschen in Bayern. Stoiber: „Wer seine Heimat kennt und stolz auf sie ist, wird sich auch engagieren. Davon profitieren unser Land und wir alle zusammen. Diese Zusammengehörigkeit ist genauso wichtig wie die richtigen politischen Weichenstellungen.“ Laut Stoiber ist es ein wichtiges

Signal bayerischer Zusammengehörigkeit, dass der komplette Domschatz aus staatlichem Besitz zu diesem einzigartigen Jubiläum zurück nach Bamberg kommt. Stoiber: „Mein Ziel war, dass so viele Bürger wie möglich diese großen Symbole der Größe, Stärke und inneren Kraft unseres Landes in Bamberg sehen können.“ Auch die Bayerische Schloßerverwaltung wird ab 21. Juli 2007 in der Bamberger Residenz eine große Jubiläumsausstellung präsentieren. Dort werden die Besucher auch erstmalig die Gelegenheit erhalten, die laufenden Restaurierungsarbeiten in den Kaiserräumen der Residenz aus nächster Nähe zu verfolgen und einen Blick über die Schultern der Restauratoren zu werfen. □

Souveräner Sieg

Bei der Landratswahl am 11. Juli 2004 setzte sich Schrell (FUW) schon im ersten Wahlgang mit 53,5 Prozent der Stimmen gegen drei Mitbewerber durch: MdL Georg Winter (CSU) 29,7 Prozent, Bernd Steiner (SPD) 14,6 Prozent und Hermann Mack (REP) 2,1 Prozent. Schrell trat die Nachfolge des langjährigen Dillinger Landrates Dr. Anton Dietrich (CSU) an, der im Alter von 61 Jahren gestorben war. 14 Jahre lang, ab 1990, hatte Leo Schrell als Bürgermeister der Großgemeinde Buttenwiesen gewirkt.

Herzliche Glückwünsche zum

Vorschau auf GZ 10

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 13, die am 5. Juli erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Finanzierungsmodelle für öffentliche Aufgaben
- Umwelt - Abfall - Recycling
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Inserieren bringt Erfolg!

www.bayerische-gemeindezeitung.de

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Außen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 • 71364 WINNENDEN
Telefon 07195/693300 • Fax 07195/693333
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen



Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

LUNERALLIA GmbH
Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte
Stoll-Heide, 71364 Winnenden
www.lunerallia.de

Kindergarteneinrichtungen

elbe Produktion - Vertrieb GmbH & Co.
Industriestraße 1 • D-91785 Wörlitz
Tel. 039381 89-0 • Fax 039381 89-189
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk - Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 - D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 - Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen

KOMPAN
Playful Living
KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 - 24941 Flensburg
Tel.: 0461-77306-0 - Fax: 0461-77306-35
E-Mail: KOMPAN.gmbh@KOMPAN.com
www.KOMPAN.com

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

elbe Produktion - Vertrieb GmbH & Co.
Industriestraße 1 • D-91785 Wörlitz
Tel. 039381 89-0 • Fax 039381 89-189
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ
Grüninger Straße 1-3 • 71364 Winnenden
Tel. 07195/6905-0 - Fax 07195/690577 - info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner Winterdienst-Technik
Ist unsere Stärke!
Gmeiner GmbH & Co. KG
Bgm.-Knöll-Str. 26
D - 92245 Kürnbergbruck
Telefon: +49 (0) 95 21 / 76 85-0
Internet: www.gmeiner-online.de
E-Mail: info@gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen
siehe Fahrradabstellanlagen
ORION
www.orion-bausysteme.de

Wassermähler

HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT
HYDROMETER GmbH • Industriestraße 13 • 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/18 06 - 601 - Fax: 09 81/18 06 - 615
www.hydrrometer.de